



Plenarprotokoll

14. Sitzung

Donnerstag, 13. Dezember 2012

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung „Schleswig-Holstein für Europa“..... 952

b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 - Europabericht 2012..... 952

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/360

Anke Spoorendonk, Ministerin für
Justiz, Kultur und Europa..... 952

Astrid Damerow [CDU]..... 958

Regina Poersch [SPD]..... 961

Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 964

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 967

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 972

Lars Harms [SSW]..... 974

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 978

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 980

Johannes Callsen [CDU]..... 982

Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/360 an den Europaausschuss und alle weiteren Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung..... 983

Gemeinsame Beratung

a) **Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum
Chance für Schleswig-Holstein...** 983

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 18/257

**Blaues Wachstum - Zukunft
Meer**..... 983

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/408

b) Umsetzung der Resolutionen des 10. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Kiel und der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg.....	983	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/376	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/312		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/411	
Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Drucksache 18/260		b) Für eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020.....	991
Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Drucksache 18/261		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/381	
Astrid Damerow [CDU].....	983	c) Bauliche Situation an den Hochschulen.....	991
Regina Poersch [SPD].....	984	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/313 (neu)	
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	985	Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	992
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	987	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	992
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	987	Christopher Vogt [FDP].....	993, 1011
Flemming Meyer [SSW].....	989	Martin Habersaat [SPD].....	996
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	990	Johannes Callsen [CDU].....	997
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/257 und 18/312 und Änderungsantrag Drucksache 18/408 als selbstständigen Antrag an den Europaausschuss sowie die Anträge Drucksachen 18/257 und 18/408 zusätzlich mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.....	991	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	998
Gemeinsame Beratung		Torge Schmidt [PIRATEN].....	1001
a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12.....	991	Lars Harms [SSW].....	1002, 1012
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/297		Monika Heinold, Finanzministerin	1004
		Tobias Koch [CDU].....	1005
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	1006
		Uli König [PIRATEN].....	1007
		Heike Franzen [CDU].....	1008
		Daniel Günther [CDU].....	1009
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1009
		Christopher Vogt [FDP], zur Geschäftsordnung.....	1013
		Beschluss: 1. Drucksache 18/313 (neu) mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
		2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/411	
		3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/297 in der Fassung der Drucksache 18/376	
		4. Überweisung des Antrags Drucksache 18/381 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss.....	1013

Berichtsantrag zur HSH Nordbank 1013Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/352

* * * *

Monika Heinold, Finanzministerin	1013
Wolfgang Kubicki [FDP].....	1016
Johannes Callsen [CDU].....	1018
Thomas Rother [SPD].....	1019
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1021
Torge Schmidt [PIRATEN].....	1023
Lars Harms [SSW].....	1025
Tobias Koch [CDU].....	1026

Beschluss: Antrag Drucksache 18/
352 und der Tagesordnungspunkt
insgesamt mit der Berichterstat-
tung der Landesregierung erledigt. 1028**Abschaffung der Extremismus-
klausel**..... 1028Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRA-
TEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/373 (neu)

Tobias von Pein [SPD].....	1028, 1037
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	1029
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1031
Wolfgang Kubicki [FDP].....	1032
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	1035
Lars Harms [SSW].....	1035
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1036
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	1037

Beschluss: Annahme..... 1039

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des MinisterpräsidentenAnke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
MinisterpräsidentenDr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung
und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und TechnologieKristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie ganz herzlich.

Folgende Abgeordnete sind erkrankt: von der CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Ostmeier und Herr Abgeordneter Jensen, von der FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Kumbartzky und von der Fraktion der PIRATEN Frau Abgeordnete Beer. - Wir wünschen allen Abgeordneten von dieser Stelle aus gute Besserung!

(Beifall)

Ab 16 Uhr wird der Herr Ministerpräsident nicht mehr anwesend sein.

(Zurufe: Oh!)

Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Dann haben wir wieder etwas ganz Besonderes. Der Herr Abgeordnete Flemming Meyer hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 1 A und 55 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung „Schleswig-Holstein für Europa“

b) Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 - Europabericht 2012

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/360

Das Wort hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor drei Tagen ist die **Europäische Union** in Oslo mit dem **Friedensnobelpreis** ausgezeichnet worden. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs der EU waren bei der Feier anwesend. Für die „hohe Politik“ war dies ein Tag großer Freude. Doch die Reaktion vieler Menschen und insbesondere der Jüngeren in Europa zeigen eine andere Sicht. Die Verleihung ist längst nicht unumstritten, und die Menschen bekommen keine glänzenden Augen mehr, wenn von Europa als Friedensprojekt gesprochen wird. Dafür gibt es viele und auch berechtigte Gründe, und darüber müssen wir reden, auch hier im Landtag.

Europa geht uns alle an, es darf uns nicht gleichgültig sein. Wir müssen Europa und die **innere Haltung** vieler **Bürgerinnen und Bürger** dazu wieder auf die richtige Kompasspeilung bringen.

Für mich ist diese Regierungserklärung daher eine Herzensangelegenheit. Für jüngere Abgeordnete im Landtag mag dies vielleicht irritierend klingen, ein wenig kitschig. Aber ich bin noch in zwei Welten aufgewachsen. Ich kenne Europa noch aus einer Zeit, in der man nicht eben schnell bei Kruså oder anderswo die Grenze nach Dänemark passieren konnte. Das war in einer Zeit, in der Deutsche und Dänen getrennt voneinander, bestenfalls nebeneinander, aber nie miteinander lebten. Das galt nicht nur für Menschen beiderseits der Grenze, sondern das galt auch für die Minderheiten im jeweils anderen Land. Glauben Sie mir, ich weiß, worüber ich rede.

Die Europäische Union ist sicherlich nicht perfekt. Vielleicht wird sie es auch nie sein können. Aber, meine Damen und Herren, ich sage: **Europa** ist ein ungeheurer **Mehrwert für Schleswig-Holstein**. Darum muss Europa uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern auch mehr wert sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen wir uns nichts vor. Die Europäische Union, mehr noch die **europäische Idee**, befinden sich in einer gefühlten Dauerkrise, in der fast alles auf die Bewältigung der **Wirtschafts-**, der **Banken-** und der **Finanzkrise** reduziert wird. Ich halte es für äußerst problematisch, dass bei aller Konzentration auf die Krisenbewältigung der Blick für zentrale Fragen verloren geht, die jetzt gestellt werden müssen: Welches Europa wollen wir nach der Krise?

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Überlebt der Konsens, dass wir nur gemeinsam in der globalen Welt bestehen können? Oder kurz: Erkennen wir, dass Europa mehr bedeutet als Bankenaufsicht und Finanzmarktkontrolle?

In den letzten Wochen und Monaten wurden viele Vorschläge auf den Markt geworfen. Sie reichen vom Erarbeiten einer neuen Verfassung, dem Fokussieren auf die wirtschaftliche Koordinierung oder dem Senken von Staatsausgaben bis hin zur Schaffung eines Kerneuropas.

All diesen Ansätzen ist eines gemeinsam: Eine Gemeinschaft, bei der zwar die Institutionen in Nachtsitzungen immer irgendwie einen Kompromiss finden, zerfällt gleichwohl irgendwann, wenn sie nicht auf das **Vertrauen der Menschen** bauen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lösungen, bei denen die Prognosen immer freundlicher aussehen als die dann eintretende Realität, sind für alle nur schwer erträglich. Sie zerstören die Akzeptanz. Europa wird letztlich am **sichtbaren Erfolg** gemessen, nicht am formalen Kompromiss, der allen wieder erklärt werden muss. Der Mehrwert Europas für alle muss erkennbar sein, damit allen das Eintreten für Europa auch mehr wert ist.

Die Politik muss gegenüber den Finanzmärkten wieder Gestaltungskraft gewinnen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird nach meiner Überzeugung einer der größten Kraftakte in der Geschichte Europas sein. Wie Sie wissen, hat der Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 keine Entscheidung getroffen. Es ist nicht das erste Mal, dass es mehrere Treffen braucht. Doch diesmal ist es etwas anders. Durch den zeitlichen Ablauf wird Einigungsdruck aufgebaut, insbesondere dem Europäischen Parlament gegenüber. Zugleich wird aber versucht, den übergeordneten Ansatz einer verstärkten Kontrolle durchzusetzen. Hierbei ist - lassen Sie es mich vorsichtig ausdrücken - die von der Bundesregierung verfolgte Strategie hinsichtlich der Berücksichtigung der Anliegen der Länder eher suboptimal.

Wir werden das, wenn die Verhandlungen insgesamt erst Mitte des nächsten Jahres zum Abschluss kommen sollten, an geringeren Mitteln für Schleswig-Holstein zu spüren bekommen.

Der Europäische Rat, der einen konkreten Fahrplan für die Weiterentwicklung der **Wirtschafts- und**

Währungsunion beschließen soll, tagt gerade. Auch hier deutet sich an, dass unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen.

Die EU kann und darf sich aber nicht in inneren Auseinandersetzungen verlieren und damit ihre globale Rolle und ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung aufs Spiel setzen. Die simple Weisheit, die über Jahre hin den Erfolg der EU ausgemacht hat, gilt auch heute: Nur gemeinsam sind wir stark. Das Markenzeichen, für das die EU zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten hat, muss als oberste Maxime auch in turbulenten Zeiten gelten: gemeinsamer Fortschritt durch friedlichen Interessenausgleich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was bedeutet das nun konkret für unser Land? **Schleswig-Holstein** gehört historisch, ökonomisch, geografisch und politisch zum **europäischen Zentrum**. Wir gehören dank der EU zum wohlhabenden Teil Europas. Wir profitieren massiv vom europäischen Binnenmarkt, von europäischen Verkehrsströmen, von gemeinsamen Regeln und Vorschriften und natürlich auch von einem funktionierenden Wettbewerb. Wir profitieren genauso von guter Nachbarschaft, von gemeinsamen grenzüberschreitenden Projekten, vom Schüleraustausch, von wissenschaftlicher Zusammenarbeit und von vielem mehr. Die neuen **Schwerpunkte der Landesregierung**, die Ministerpräsident Torsten Albig in der Regierungserklärung vom 13. Juni 2012 formuliert hat, werden auch Leitfaden der Europapolitik Schleswig-Holsteins sein: Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wirtschaft und Arbeit sowie Klimaschutz und Energiewende werden in weiten Bereichen von den durch Europa vorgegebenen rechtlichen, politischen und finanziellen Rahmenbedingungen geprägt. Diese Politikbereiche haben daher auch immer eine europäische Perspektive, die wir nutzen, die wir aber auch beeinflussen wollen.

Damit bin ich bei der Frage, wie wir als Land und als Landesregierung unsere Rolle im europäischen Meinungsbildungsprozess begreifen. Natürlich ist es notwendig, eine realistische Selbsteinschätzung zu haben, also wie stark wir wirklich sind, und zwar im europäischen Maßstab. Das ist aber kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und Europa nur staunend aus der Ferne zu betrachten. Hier haben wir in der Vergangenheit doch etwas zu viel Zurückhaltung an den Tag gelegt.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Die **Leitplanken** der **Europapolitik** dieser Landesregierung heißen: Kreativität, Kompetenz und Kooperation.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kreativität heißt, wir müssen einfallsreich sein, wie wir mit unseren begrenzten Ressourcen den bestmöglichen Erfolg zeitigen. Schon aufgrund der schiereren Komplexität der europäischen Entscheidungsprozesse und der Größe der Europäischen Union droht ein einzelnes Bundesland mit seinen Vorstellungen leicht unterzugehen. Wir müssen aber nach Einflussmöglichkeiten jenseits der formellen Verfahren suchen und kreative Lösungen entwickeln. Es gilt, das Land top zu vernetzen. Wir müssen beste Plätze an den europäischen Informationsströmen besetzen, und wir brauchen den unmittelbaren Zugang zu den maßgeblichen **europäischen Entscheidungsträgern** und den Vorbereitern von Entscheidungen. Oft, meine Damen und Herren, ist ein einziges Gespräch mit der richtigen Person zur richtigen Zeit effektiver als Hunderte von Seiten Papier mit Voten und Stellungnahmen, die zwischen den Mühlen der Entscheidungsprozesse untergehen.

Hier sehe ich großes Potenzial für unsere Europapolitik. Wir verfügen mit unserer „Botschaft“ in **Brüssel, dem Hanse-Office** - sie ist klein, aber fein - über eine hervorragende Plattform, die uns solche Politikkanäle öffnet. Ich habe die von dort bereitgehaltenen Kontakte in den vergangenen Monaten schon intensiv genutzt. So müssen wir uns von Fall zu Fall überlegen, welche Wege wir einschlagen, um den schleswig-holsteinischen Interessen auf europäischer Ebene Geltung zu verschaffen. Für mich findet die Europapolitik der Länder jedenfalls nicht nur im Bundesrat statt. Wir brauchen die Kontakte nach Brüssel. Deshalb wird das Kabinett nächstes Jahr eine Sitzung in Brüssel abhalten.

Neben Kreativität ist und bleibt **Kompetenz** gefragt. Wir müssen unsere Expertise auf allen Ebenen hellwach halten und von ihr ausgehend angrenzende Felder bestellen. In unserer Europaabteilung mitsamt dem Hanse-Office und den in Berlin angesiedelten Mitarbeitern haben wir Experten, die alle Politikfelder im Auge haben und uns hervorragend mit Informationen versorgen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das ist wirklich ein Applaus wert. - Im Übrigen - damit bin ich bei der Leistungsfähigkeit der Landesregierung insgesamt - haben wir die Experten in

den Fachministerien, von denen mittlerweile jede und jeder zugleich ein Experte in der zugehörigen Europapolitik ist; denn Europa wirkt in alle Politikbereiche tief hinein. Es gibt kein größeres Fachthema mehr ohne Europa bezug. So ergänzen sich das Europaministerium und die Fachministerien, und ihre Zusammenarbeit und Verzahnung sind für den Erfolg essenziell. Wir müssen und wir werden in der Querschnittsmaterie Europa eng, unkompliziert und vertrauensvoll Hand in Hand zusammenarbeiten.

Damit komme ich zur dritten Leitplanke unserer Europapolitik. Wir setzen auf **Kooperation**. Wer klein ist, muss schlau sein.

(Heiterkeit)

- Dafür kann man gern klatschen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer im europäischen Kontext schlau ist, nutzt seine Kontakte, seine Grenzregionen, seine Partner und Nachbarn. Kooperation bedeutet für mich: Win-win-Situationen schaffen. Wir müssen mit all jenen kooperieren, die gleichgelagerte Interessen haben. Das schafft Synergien und erhöht die eigene Schlagkraft enorm. Ich werde deshalb für uns und unser Land eine gute Nachbarin und verlässliche Partnerin sein. Das englische Sprichwort, dass ein guter Nachbar derjenige bleibt, den man von Weitem grüßt, entspricht eben nicht der Strategie der Landesregierung. Mit Winken allein ist es nicht getan.

Meine Damen und Herren, Kreativität, Kompetenz, Kooperation, so kann man Europapolitik auch als kleines Bundesland gestalten, und das wollen wir. In Europa wird Politik gemacht, die unmittelbar in unser Land wirkt, die unsere Bürgerinnen und Bürger ganz konkret betrifft. So werden wir in den nächsten Jahren in Europa für Schleswig-Holstein kämpfen, für das Land der Küsten und Meere, für das Land der Gesundheits-, Tourismus-, Agrar- und maritimen Wirtschaft, für das Land der Forschung, der Bildung, des Klimaschutzes und der erneuerbaren Energien, für die Belange unserer Unternehmen und unserer Industrie, für das Land der Minderheiten und der Kultur. In all diesen Politikfeldern gibt es wahrlich viel zu tun.

Es muss endlich weitergehen mit der europäischen Meerespolitik, die wir in Schleswig-Holstein erfunden und in Brüssel auf die Agenda gesetzt haben. Wir müssen unsere Landwirtschaft auf die europäischen Herausforderungen vorbereiten. Wir müssen

(Ministerin Anke Spoorendonk)

den europäischen Forschungs- und Wissenschaftsraum nutzen, sowohl für unsere Hochschulen als auch zur Stärkung unserer Innovationsgeschwindigkeit in allen Bereichen. Wir wollen das Wachstum in unseren wichtigen Wirtschaftsbranchen, zum Beispiel der Gesundheitswirtschaft, der Energiewirtschaft, dem Tourismus und der maritimen Wirtschaft, ausbauen. Wir wollen ganz vorne mitspielen bei der Entwicklung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch der Ausbau des Breitbandnetzes insbesondere im ländlichen Raum bedarf der europäischen Unterstützung. Last, but not least wollen wir auch mit europäischer Hilfe eine lebendige, bunte Kulturlandschaft erhalten. So wird Europapolitik für den Einzelnen ganz praktisch relevant und erfahrbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir bei all diesen Themen auch über **Geld** reden. In der laufenden Förderperiode bekam Schleswig-Holstein aus den europäischen Strukturfonds Mittel in Höhe von circa 780 Millionen € und damit in etwa die Hälfte des Fördervolumens des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein. Damit ist die **Reform der europäischen Strukturfonds** und der europäischen Agrarpolitik für uns mehr als nur eine technische Diskussion über Fondsverordnungen, Fördermittel und die Umsetzung von Kontrollpflichten. Die Auswirkungen dieser Reform bedeuten für uns nicht mehr und nicht weniger als die Neudefinition unserer Regional- und Strukturpolitik, unserer Politik für den ländlichen Raum, unserer Arbeitsmarktpolitik, unserer Innovationspolitik. Sie ist damit eine der größten Herausforderungen für die Landespolitik.

Meine Damen und Herren, anders als bisher geht unsere Landesregierung bei der Aufstellung und Umsetzung der Programme für die Förderperiode 2014 bis 2020 ressortübergreifend und fondsübergreifend vor. Die Programme werden stärker aufeinander abgestimmt. Wir werden die Mittel der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 gezielt für Maßnahmen zur Zukunftssicherung Schleswig-Holsteins einsetzen. Damit befasst sich eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Führung meines Ressorts. Auf der Basis der Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe hat die Landesregierung am Dienstag die **strategischen Ziele** für die **zukünftige Förderperiode** definiert. Auf dieser Basis werden wir das Nachfolgeprogramm für das jetzige Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein formulieren, das ab 2014 die dann weniger üppigen Mittel stärker auf die wichtigen Schwerpunkte fokussieren und die Einzelprogramme besser koordinieren soll.

Die Programmierung für die zukünftige Politik ab 2014 hat schon begonnen. Doch die hierfür notwendigen Entscheidungen auf europäischer Ebene sind noch nicht alle getroffen. In den vergangenen Wochen und Monaten haben Minister Habeck, Minister Meyer und ich in Gesprächen mit der Europäischen Kommission daher auch intensiv für die für das Land wichtigen Anliegen geworben. Ich bin verhalten optimistisch, dass dies nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist.

Kommissar Dr. Hahn, der für die Regionalpolitik zuständig ist, hat mitgeteilt, dass es möglich sein werde, auch in der nächsten Programmperiode nachhaltige **Tourismusmaßnahmen** im Rahmen der Strukturfonds zu fördern, zwar nicht in einem eigenen Schwerpunkt, aber im Rahmen der weiteren Ziele. Diese Zusage ist ein Erfolg der Landesregierung. Ebenso bin ich optimistisch, dass sich unser Einsatz für eine Verankerung von Themen wie Kultur und Tourismus in den neuen **INTERREG-Programmen** lohnen wird.

Sollte es - womit wir rechnen müssen - im **Agrarhaushalt der EU** zu Einsparung kommen, dürfen daraus nicht zwei für Schleswig-Holstein fatale Weichenstellungen erwachsen. Die eine fatale Weichenstellung wäre, bei einer geringeren Ausstattung die sogenannte erste Säule der Agrarpolitik, das **Greening**, zu verwässern.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Direktzahlungen für Landwirte müssen auch dann, wenn sie geringer ausfallen, an ein Greening gekoppelt werden, das seinen Namen zu Recht trägt. Die Direktzahlungen können nur dann eine Berechtigung haben, wenn mit diesen erheblichen öffentlichen Mitteln auch öffentliche Leistungen, insbesondere für den Natur-, Klima- und Ressourcenschutz, entlohnt werden, die der Markt nicht vergütet. Greening heißt eben genau das.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zweite fatale Weichenstellung wäre, die Einsparungen einseitig zulasten der zweiten Säule vorzunehmen. Der ländliche Raum braucht den Landwirt. Der ländliche Raum insgesamt und gerade auch die Landwirtschaft brauchen Infrastruktur, Einkommensmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven in Sektoren außerhalb der Landwirtschaft. Dafür brauchen wir die sogenannten **ELER-Mittel**. Wir brauchen eine starke zweite Säule in der Landwirtschaftspolitik der EU, um Maßnahmen umsetzen zu können, die wir für prioritär im ländlichen

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Raum halten. Dabei wollen wir den Bottom-up-Ansatz der AktivRegionen fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zu einem Bereich, der für Schleswig-Holstein aufgrund seiner Lage per se von besonderem Interesse sein muss, nämlich die **Ostseekooperation**. Wir wollen wieder Ideengeber der Ostseekooperation werden. Deshalb strebe ich an, im Januar 2013 den Vizevorsitz in der interregionalen Gruppe der Ostseeregionen im Ausschuss der Regionen zu übernehmen. Eckpfeiler der Ostseekooperation sind die EU-Ostsee-strategie, das INTERREG-Ostseeprogramm und das Netzwerk partnerschaftlicher Zusammenarbeit in der Region.

Die EU-Ostsee-strategie ist der Bezugsrahmen politischer und projektbezogener Zusammenarbeit im Ostseeraum. Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich mich in zahlreichen Gesprächen für die Verankerung des Themas **Kultur** in der Ostsee-strategie ausgesprochen, unter anderem bei der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Pieper, bei EU-Kommissar Dr. Hahn und beim dänischen Europaminister Wammen. Im Oktober habe ich in Kopenhagen vom Generalsekretär des Nordischen Ministerrates Asgrimsson die Zusage zur Unterstützung und Mitarbeit erhalten.

Um der kulturellen Zusammenarbeit, der kulturellen Vielfalt und dem gemeinsamen kulturellen Erbe im Ostseeraum ein sichtbares Profil zu geben und um der schleswig-holsteinischen Kultur- und Kreativwirtschaft eine ostseeweite Plattform zu bieten, habe ich angeboten, dass **Schleswig-Holstein** die Rolle des **Koordinators** für die Umsetzung der neuen Priorität Kultur in der Ostsee-strategie übernimmt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ende Januar 2013 werden Vertreter der EU-Mitgliedstaaten eine Neufassung des Aktionsplans zur Ostsee-strategie beschließen. Die ersten Referententwürfe beinhalten bereits die von uns geforderte Priorität Kultur. Die Zeichen stehen also gut.

Das **polnische Kulturministerium** will uns in der Koordinierungsarbeit unterstützen. Eine gemeinsame Konzeption für die zukünftige Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte wurde zwischen den Mitarbeitern auf polnischer Seite und meines Hauses bereits entwickelt. Das Internationale Sekretariat der Ostsee-Kulturinitiative Ars Baltica steht bereit, uns in der praktischen Arbeit zu unterstützen. Auch die Union of the Baltic Cities will mit uns kooperieren.

Für April 2013 planen wir eine große **Kick-Off-Veranstaltung** in unserer Landesvertretung in Berlin. Gemeinsam mit unseren polnischen Partnern, dem nordischen Ministerrat und Ars Baltica wollen wir das Projekt vorstellen und die hiermit verbundenen Chancen sichtbar machen. Wir sind im Gespräch mit dem NDR und der Academia Baltica, die Veranstaltung mit dem Baltic Media Forum 2013 zu verbinden.

Hier zeigt sich die wertvolle Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum. Über die Vermittlung von Partnern für EU-Projekte oder von Geschäftskontakten hinaus sollen die Büros in Tallinn, Riga und Vilnius im kommenden Jahre ihren Beitrag leisten, um **Kooperationspartner** für **Kulturprojekte** der EU-Ostsee-strategie zu akquirieren und den Länderschwerpunkt „Baltische Staaten“ des Schleswig-Holstein Musik Festivals erfolgreich durchzuführen.

Das **INTERREG-Ostseeprogramm** ist unser zentrales Werkzeug zur Umsetzung politischer Ziele im Ostseeraum. In der Förderperiode 2007 bis 2013 ist Schleswig-Holstein an 19 von insgesamt 83 geförderten Projekten beteiligt. Damit fließen zugleich knapp 6 Millionen € zusätzlich an Projektträger in unserem Land. Es sind aber nicht nur die Zahlen, sondern auch erhebliche inhaltliche Fortschritte und Ergebnisse, die jetzt am Ende dieser Förderperiode auf dem Tisch liegen. Hier kommt unsere Strategie der Verknüpfung von Förderprogramm und Politik voll zum Tragen.

Unsere zehn Flaggschiffprojekte im Ostseeprogramm segeln hart am Wind. Sei es das Projekt „Clean Ship“, das unsere landespolitischen Ziele im Bereich der sauberen Ostseeschifffahrt mit Erfolg umsetzt, oder „ICT for Health“, das sich um den Mangel und Schwund von ärztlichem Personal auf dem Land kümmert, alle zeigen Erfolge.

Einen besonderen Synergieeffekt haben wir mit unserer letzten Aktivität erzielt, nämlich mit unserem Einsatz für die Integration der Prioritätsachse **Kultur** in den **Aktionsplan der EU-Ostsee-strategie** und der parallelen Mitentwicklung des **Projektes „One Baltic Sea Region“**, das sich mit dem Thema der kulturellen Identität des Ostseeraums sowie einer gemeinsamen Markenbildung beschäftigt. Wir wollen damit deutlich machen: Kultur ist das verbindende Element im Ostseeraum. Es ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der gerade in einer so kreativen Region noch ausbaufähig ist.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Ostseeweit wie auch im Land werbe ich dafür, die Umsetzung der EU-Ostseestrategie mit den genannten EU-Fördertöpfen zu verzahnen. Für die Förderperiode von 2014 an stehen wir mit vielen Ideen für das neue Ostseeprogramm bereit, und wir sind aktiv an der Erarbeitung des Programms beteiligt.

Meine Damen und Herren, einige Worte auch zur **Nordseekooperation**. Die Landesregierung nimmt auch den Nordseeraum verstärkt in den Fokus. Wir setzen auf eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit mit der Nordseekommission und der Konferenz der peripheren Küstenregionen. Wir werden aktiv an der Umsetzung der von der Nordseekommission entwickelten Strategie „North Sea Region 2020“ in einen Aktionsplan mitarbeiten. Ein wichtiges Instrument dazu wird auch in Zukunft das INTERREG-Nordseeprogramm sein. Bei der Vorbereitung auf das neue Nordseeprogramm setzen wir uns daher für ausgewählte Schwerpunkte im Interesse des Landes ein. Es wird wenig überraschen, dass es die Bereiche Energie, Stärkung der Innovationsfähigkeit sowie eine Stärkung der Meereswirtschaft sein werden.

Einen völlig eigenständigen Bereich, meine Damen und Herren, nimmt selbstverständlich die **Zusammenarbeit mit Dänemark** ein. Nichts zuletzt deshalb erfolgte auch die erste offizielle Auslandsreise von Ministerpräsident Albig und mir nach Kopenhagen. Mit Genugtuung habe ich bei den Gesprächen mit Dansk Industri vernommen, dass die dänische Wirtschaft nicht nur Interesse am Fehmarnbelt-Korridor hat, sondern auch am Jütland-Korridor. Das im Raum stehende Triangelmodell mit den drei Polen Øresund-Region, Århus und Hamburg weist den richtigen strategischen Weg.

Unsere regionale Zusammenarbeit mit Dänemark ruht auf drei Pfeilern: Kooperation mit Syddanmark, dem EU-Programm INTERREG A und der STRING-Kooperation im südwestlichen Ostseeraum.

Das deutsch-dänische Verhältnis und besonders die Kooperation mit **Syddanmark** entfalten eine neue Dynamik. Die von der neuen Landesregierung bereits auf den Weg gebrachten Veränderungen in der Minderheitenpolitik haben das Verhältnis wieder auf eine gegenseitige Vertrauensbasis gestellt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir möchten eine neue Ära der deutsch-dänischen Zusammenarbeit einläuten, sozusagen ein deutsch-dänisches Jahrzehnt, in dem sich Vergangenheit

und Zukunft miteinander verbinden. Dafür wird aktuell an ersten Vorhaben gearbeitet.

Am 18. April 2014 jährt sich die Schlacht bei Düppel zum 150. Mal. Dieser Gedenktag hat in Dänemark einen hohen Stellenwert. Wir wollen mit Süddänemark durch Projekte, Initiativen und Veranstaltungen - nach vorne gerichtet - die positive Entwicklung, die kulturelle Vielfalt und das Wachstumspotenzial der Grenzregion herausstellen.

Flensburg und die beiden nördlichen Kreise sowie die vier grenznahen dänischen Kommunen wollen eine Kulturregion Sønderjylland-Schleswig schaffen. Es wäre die erste deutsch-dänische und die erste internationale Kulturvereinbarung dieser Art überhaupt. Die Unterzeichnung ist für Anfang März 2013 vorgesehen. Die Kulturvereinbarung soll aber schon Anfang Januar, also am 1. Januar 2013, in Kraft treten.

Die in gemeinsamen Studiengängen erprobte Kooperation der Flensburger Hochschulen und der Syddansk-Universität soll unter dem Dach eines Europa-Campus noch stärker international und interkulturell ausgerichtet werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter bestreben wir die Ansiedlung einer deutsch-dänischen Fraunhofer-Einrichtung für Leistungselektronik an.

Bei der Weiterentwicklung der deutsch-dänischen Kooperation wird uns helfen, dass wir in der neuen EU-Förderperiode nach 2013 ein großes grenzüberschreitendes **INTERREG-V-A-Programmgebiet** haben werden, das Schleswig-Holstein mit Syddanmark und Sjælland verbindet. Das ist eine große Chance, die Qualität und die Nachhaltigkeit der INTERREG-Projekte zu erhöhen

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Jütland- wie Fehmarnbelt-Akteure zum beiderseitigen Nutzen stärker zu vernetzen. - Und jetzt bitte den Applaus.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der **STRING-Kooperation** in der südwestlichen Ostseeregion packen wir die Zukunft an - nicht erst mit der Öffnung des Fehmarnbelt-Tunnels im Jahr 2021, sondern bereits heute. Es ist die Vision, einen starken und nachhaltigen Wachstumskorridor zwischen dem Øresund der Metropolregion Hamburg zu schaffen, der auch Modellecharakter hat. Vor die-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

sem Hintergrund haben wir beim STRING-Spitzenreffen im September 2012 die „Strategie 2030“ beschlossen. Die Kooperation soll sich künftig auf fünf Hauptbereiche konzentrieren: Infrastruktur, nachhaltiges Wachstum, Forschung und Entwicklung, Tourismus und Kultur sowie Abbau von Hindernissen über Landesgrenzen hinweg. Die Partner dieser STRING-Kooperation sind Schleswig-Holstein, Hamburg, Sjælland, Hovestaden, also Kopenhagen, und die Region Skåne.

Meine Damen und Herren, die Europapolitik in Schleswig-Holstein zeichnet sich durch einen breiten **demokratischen Konsens** über die Grundsätze und Idee der **europäischen Einigung** aus. Diesem Konsens ist und bleibt die Landesregierung verpflichtet. Dieser Konsens gibt uns auch den notwendigen Rückenwind für unsere Arbeit und unser Ansehen in Brüssel.

Als gute Europäerin will ich dafür streiten, dass zu einer lebendigen Debatte über Europa auch die Frage gehört: Was soll Europa für mich als Person und für uns als Land leisten? Wir müssen auch darüber diskutieren, wie dieses Europa konkret aussehen soll. Das wird die Diskussion nicht nur auf abzustellende europäische Fehlentwicklungen lenken, sondern auch darauf, dass wir auf die europäische Integration nicht verzichten können.

Europa ist ein **Mehrwert** für Schleswig-Holstein. Daher muss Europa für Schleswig-Holstein auch mehr wert sein. Gemeinsam mit unseren regionalen Nachbarn sollten wir etwas dafür tun. Europa bedeutet mehr als das Feilschen um Gelder. Die Verständigung über Europa ist zu allererst eine Frage der **Kultur**, nämlich der Kultur des Umganges miteinander für und mit Europa. Es muss ein Umgang sein, der die Menschen in unserem Land anspricht. Wir hier in Nordeuropa besitzen das Bewusstsein einer gemeinsamen Kultur - gerade in den Regionen von Ost- und Nordsee. Uns eint eine grundlegende Kultur- und Ideengeschichte. Der UNESCO-Antrag zum Wikingererbe unterstreicht dies nachdrücklich.

Am Wochenende wurde bekannt, dass Litauens Ministerpräsidentin Dalia Grybauskaitė mit dem **Karlspreis 2013** geehrt werden soll. Ich freue mich darüber. Litauen ist ein kleiner EU-Staat, vergleichbar etwa mit unserem Schleswig-Holstein. **Litauen** habe sich - so die Juroren - von einem einst unfreien Staat zu einem Land mit allen europäischen Werten und Freiheiten gewandelt. Ausdrücklich würdigen sie mit der Auszeichnung der Politikerin auch die „wichtige Brückenfunktion Litauens“ zu den östlichen Nachbarn.

Das ist eine große Anerkennung für einen kleinen Nachbarn in unserer Ostseeregion. Dies beweist mir einmal mehr: Das Entscheidende in Europa ist nicht die Größe, sondern der Spirit, der Geist, die innere Haltung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Schleswig-Holstein ist ein Brückenland. Wir sollten gemeinsam den Bau von Brücken fortsetzen.

Meine Damen und Herren, Jean Monnet, einem der Gründungsväter Europas wird das Zitat zugeschrieben:

„Wenn ich es noch einmal zu tun hätte, würde ich mit der Kultur beginnen.“

Monnet hat Recht: Die **Fiskal- und Wirtschaftspolitik** der EU wird nicht allein durch ökonomische Faktoren beeinflusst, sondern auch durch unsere **Traditionen** und unsere europaweite **Vielfalt der Kulturen** und deren gesellschaftliche Unterschiede. Als Europa- und Kulturministerin möchte ich daher seinen Satz ein wenig abändern: Wir würden nicht mit der Kultur beginnen, um Europa zu bauen; wir müssen uns auf unsere Kulturen besinnen, um im Dialog so viel Einheit wie möglich in Europa zu schaffen, ohne den Reiz und den Zauber der Vielfalt Europas zu verlieren. Europa muss uns dies wert sein. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Frau Ministerin hat ihre Redezeit um 12 Minuten überzogen. Diese Redezeit steht allen Fraktionen zur Verfügung.

Wir beginnen mit der Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Astrid Damerow von der CDU-Fraktion.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorweg allgemein ein paar Worte zu Europa sagen: Dies ist eine ganz besondere Woche, denn die **Europäische Union** hat am Montag den **Friedensnobelpreis** verliehen bekommen. Das empfinde ich als eine hohe Ehre für Europa und auch als eine Anerkennung; eine Anerkennung für den Weg, den die Staaten Europas seit den letzten beiden Weltkriegen zurückgelegt haben. Wir alle fühlen uns mittlerweile als Europäer und leben das in äußerst vielfältiger Weise sehr selbst-

(Astrid Damerow)

verständlich. Die Vorstellung eines Krieges innerhalb Europas ist für uns völlig undenkbar. Wir haben heute ganz andere Anforderungen an Europa und an die europäische Idee, und wir stehen vor anderen Problemen.

Die **europäische Finanz- und Schuldenkrise** stellt uns vor ungeahnte Herausforderungen. Sie darf nicht zur Zerreißprobe für Europa werden. Diese Aufgabe müssen wir bewältigen. Das ist eine Herausforderung. Über die Einzelheiten haben wir vor etwa einem Jahr an dieser Stelle sehr ausführlich diskutiert. Deshalb möchte ich heute das Thema der Finanzpolitik außen vor lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist schade!)

- Wir können in Dreiminutenbeiträgen vielleicht noch darüber reden. - Der Nobelpreis ist eine Anerkennung. Er ist aber auch eine Verpflichtung und eine Mahnung. Wir müssen die Probleme, vor denen wir stehen, lösen. Es muss uns gelingen, in Europa Solidarität zu erhalten, und wir müssen es immer wieder schaffen, die Interessen der Einzelstaaten hinter den Interessen des gemeinsamen Ganzen hintanzustellen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wie schwer dies ist und auf welchem schmalen Grad wir uns hier bewegen, sehen wir bei den gerade gescheiterten Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

Kommen wir aber zu **Schleswig-Holstein**. Auch hier in Schleswig-Holstein hat sich die Akzeptanz Europas stetig weiterentwickelt. Für den Landtag und die Landesregierungen hat die Europapolitik einen immer höheren Stellenwert erhalten. Sehr gut nachzuvollziehen ist dies in den jährlichen **Europaberichten** der letzten Landesregierung. Sie waren bisher stets eine gute Grundlage zur Bewertung der geleisteten Arbeit und eine Zielbeschreibung der Europapolitik der Landesregierung. Auch deshalb war es meiner Fraktion sehr wichtig, noch in diesem Jahr einen solchen Bericht zu erhalten.

Zunächst möchte ich mich aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Europaabteilung des Ministeriums, der Hanseoffices und unserer Repräsentanzen für den vorgelegten Bericht und die geleistete Arbeit bedanken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Trotz unbestritten knapper Personalausstattung arbeiten sie kompetent, engagiert und stets mit großer Überzeugungskraft.

Es war mir sehr wichtig, dies vorweg zu sagen, denn nun gilt es, die **politische Bewertung** des Europaberichtes vorzunehmen. Zunächst hebt die Landesregierung in ihrem Bericht und auch in der Regierungserklärung die Bedeutung Schleswig-Holsteins als Teil der europäischen Zukunftsregion Ostseeraum hervor. - Das hatte die Vorgängerregierung ebenfalls schon festgestellt. Wir freuen uns, dass Sie uns hier zustimmen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie haben die **strategischen Ziele** der **zukünftigen Förderperiode** definiert. Wenn man sich diese anguckt, so entsprechen sie fast eins zu eins den Zielen und Vorgaben der Europa-2020-Strategie. Es wäre also nicht wirklich nötig gewesen, diese noch einmal zu definieren. Sie sind eine Verpflichtung für uns, wir haben uns daran zu halten. Das ist keine eigene Leistung. Sie verkünden, dass Sie die Europapolitik des Landes wieder stärker als bisher auf eine aktive Rolle als Ideengeber ausrichten werden. - Toll, das finde ich klasse. Leider haben Sie vergessen, uns zu sagen, wie Sie das tun wollen. Dazu kann ich im ganzen Bericht nichts entdecken.

Sie identifizieren Kreativität, Kompetenz und Kooperation als Leitfaden Ihrer Europapolitik. - Das ist sehr schön. Kreative Lösungen zu entwickeln und Netzwerke zu bilden, wird durch unser Hanse-Office in Brüssel geleistet. Im Übrigen leisten dies auch unsere anderen Repräsentanzen im Ostseeraum schon seit Jahren sehr erfolgreich. Die alte Landesregierung hat mehrfach darauf hingewiesen. Dass Europapolitik eine Querschnittsaufgabe ist, ist auch nicht wirklich neu. Um genau das deutlich zu machen, war das Thema Europa bei der letzten Landesregierung auch in der Staatskanzlei angesiedelt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, vielleicht sollten Sie zuhören, dann kommen wir mit dem Niveau besser klar. - Auch die Kompetenzen des Landtags wurden genutzt. So gab es bereits in der letzten Legislaturperiode Abgeordnete des Landtags im Ausschuss der Regionen, in Gremien der Nordseekooperation und in diversen Gremien des Ostseeraums.

Ich könnte viele der Beispiele, die Sie in Ihrer Regierungserklärung aufgezählt haben, hier noch einmal herunterbeten. Das möchte ich uns allen ersparen. Wenn ich diesen Bericht lese und Ihrer Regierungserklärung zuhöre, dann fällt mir leider auf, dass Sie im Grunde das weitermachen, was die Vorgängerregierungen gemacht haben.

(Astrid Damerow)

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

- Ja, Sie machen exakt das weiter, was Vorgängerregierungen gemacht haben.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur nicht ganz so gut! - Widerspruch SPD)

- Dazu komme ich gleich. - Dagegen ist auch überhaupt nichts zu sagen.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist nur leider so, dass Sie in Ihrem ganzen Bericht und in Ihrer Erklärung sowie in den Presseerklärungen, die Sie in den letzten Wochen und Monaten herausgegeben haben, immer wieder den Eindruck erwecken, als würden Sie all dies neu und das allererste Mal machen. Die kleinen Wörter wie „Wiederbeleben“ und „neu“ und die Aussage, „wir machen das jetzt“, geben Ihren Berichten und Darstellungen einen Duktus, der den Eindruck erwecken soll, es sei vorher nichts passiert. Ich empfehle Ihnen, sich den letzten Europabericht der Landesregierung genau anzuschauen. Dann werden Sie feststellen, dass im neuen Europabericht nahezu das Gleiche steht. Allein die Reihenfolge und die eine oder andere Betonung haben sich verändert. Ich bedauere das außerordentlich. Wir haben in der Europapolitik immer fraktionsübergreifend konstruktiv zusammengearbeitet. Das möchten wir auch in Zukunft gern tun. Es ist nur sehr schwer zu akzeptieren, dass immer so getan wird, als hätten Sie das Rad neu erfunden. Das steigert nicht unbedingt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Um es abzukürzen: Ich hätte es fair gefunden und auch erwartet, dass mit ein oder zwei Sätzen darauf hingewiesen worden wäre, dass ganz viele Dinge, die Sie jetzt als Ihren Erfolg verkünden, von der Vorgängerregierung vorbereitet worden sind.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf CDU: Das haben wir gern gemacht! - Widerspruch SPD)

Das Lieblingsthema der Frau Ministerin ist die **Kulturarbeit** im Rahmen der **Ostseestrategie**. Auch die haben nicht Sie erfunden. Die Vorarbeiten dazu sind bereits in der letzten Legislaturperiode gelaufen.

(Beifall CDU)

Ich erinnere an die Diskussionen im Europaausschuss zum Thema Ostseegeschichtsbuch. Darüber haben wir dort in epischer Breite diskutiert. Das hat ja wohl auch etwas mit Kultur zu tun. Ich finde es

bedauerlich, dass Sie hier nicht die Größe besitzen, das zu erwähnen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ehrlich gesagt, ich finde Ihren Redebeitrag bedauerlich! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Sie verkaufen in Ihrer Europapolitik aber alten Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall CDU und FDP)

Gott sei Dank haben Sie erkannt, dass dieser Wein so schlecht nicht ist. Deshalb ist das in Ordnung. Wir werden selbstverständlich auch in Zukunft engagiert und kritisch konstruktiv mitarbeiten. Wir haben eine Menge an Arbeit vor uns. Allerdings werden wir weiter darauf hinweisen, dass vieles von dem, was wir heute umsetzen, von uns vorbereitet worden ist.

In der Tat sind die **Herausforderungen**, vor denen wir stehen, sehr, sehr groß. Wir werden eine **neue Förderkulisse** haben, und wir werden andere **Fördergebiete** bekommen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Nein, das bin ich nicht. Jetzt muss ich einmal etwas sagen. Ich habe mir hier diesen Bericht angehört. Es ist einigermaßen schwierig, zu dem etwas zu sagen. Ich kann eigentlich die Rede vom letzten Mal vorlesen, denn Sie haben hier nichts Neues zu verkünden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall CDU)

Sie haben leider überhaupt nichts dazu gesagt, wie Sie konkret mit den Herausforderungen umgehen wollen, die vor uns liegen. Wie wollen Sie organisieren, dass wir es schaffen, **Jütland-Route** und **Fehmarnbelt-Route** gleichermaßen nebeneinander zu fördern und nach vorn zu bringen? Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie innerhalb Ihrer Fraktion auch durchaus noch Probleme haben, die Akzeptanz für eine feste Fehmarnbelt-Querung, die eine Voraussetzung für das Zusammenwachsen der Regionen ist, herzustellen. Dazu haben Sie wenig gesagt, und ich denke, dazu haben Sie auch noch keine Ideen. Sie regieren jetzt seit sieben Monaten.

(Zurufe)

Ich habe wirklich gehofft, Sie würden uns heute in diesem Landtag einige neue Ideen, einige neue Zielrichtungen vorstellen. Leider haben Sie das nicht geschafft. Ich schließe daraus, dass wir entlang der Leitplanken, die wir bereits haben, weiterarbeiten werden. Ich finde das gut, denn die Leit-

(Astrid Damerow)

planken waren ja in Ordnung. Nur tun Sie bitte nicht ständig so, als hätten Sie das alles ganz neu erfunden.

Ansonsten gebe ich Ihnen recht: Die Herausforderungen müssen bewältigt werden. Wir haben **Europa** zu **erklären**. Wir müssen unseren Bürgern erklären, was sie eigentlich von Europa haben.

(Zuruf: Wer hat das erfunden!)

- Ja, das hat auch etwas mit der Frage zu tun, wer es erfunden hat. Aber noch einmal: Wir müssen Europa den Menschen erklären. Wir müssen den Menschen vor allen Dingen erklären können, was sie von Europa haben.

Daran werden wir mitarbeiten, wir werden hier an Ihrer Seite sein. Wir werden diesen Europabericht im Ausschuss sehr intensiv diskutieren. Dabei werden wir auch noch einmal die eine oder andere Nachfrage haben, auch die eine oder andere Idee.

Bitte seien Sie aber doch so fair, und erkennen Sie an, dass Schleswig-Holstein in Europa gut dasteht, dass man die Ostseekooperation nicht wieder neu beleben muss, denn sie lebt.

(Zuruf SPD: Jetzt wieder!)

Auch die Zusammenarbeit mit Dänemark lebt.

(Zurufe SPD und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Damerow. Ich bitte Sie, jetzt die Querdebatten zu unterlassen, das stört hier wirklich.

Astrid Damerow [CDU]:

Auch die grenzüberschreitende **Zusammenarbeit mit Dänemark** lebt. Sie hat auch in der letzten Legislaturperiode gelebt. Es ist doch nicht so, dass Sie jetzt in sieben Monaten hier die große Wiederauferstehung feiern konnten. Sie haben etwas vorgefunden, und das haben Sie weitergeführt. Ihre Darstellung ist nicht redlich. Es tut mir leid, dass ich das hier so deutlich sagen muss.

(Beifall CDU und FDP)

Im Übrigen lassen Sie mich auch einmal sagen: Sie tun dauernd so, als sei die erste Reise Ihres Ministerpräsidenten nach Dänemark eine ganz herausragende Aktion gewesen. Das ist aber in Schleswig-Holstein so üblich.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vor dem Hintergrund dessen, was Sie vorher angerichtet hatten, war das eine herausragende Aktion!)

Das ist üblich in Schleswig-Holstein. Der Ministerpräsident davor hatte seine erste Auslandsreise auch nach Dänemark.

(Beifall CDU und FDP)

Es war ihm ausgesprochen wichtig, und er ist dort ebenfalls von der Königin empfangen worden, er hatte ebenfalls seine Fachministertgespräche. Tun Sie also bitte nicht immer so, als hätten Sie das alles jetzt zum allerersten Mal getan.

Wir werden das weiterführen müssen, wir wollen das weiterführen. Wir werden zusammenarbeiten, und wir werden Sie dabei unterstützen. Ich denke, wir werden dann auch gemeinsam zu guten Lösungen kommen. Wir werden Sie kritisch begleiten, und ich hoffe sehr, dass es uns gelingen wird, hier dann auch wieder zu einer etwas ausgewogeneren Darstellung, wer was in Europa geschafft hat, zu kommen.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich starte einmal so: Liebe Frau Europaministerin Spoorendonk, dass Sie mit Ihrer Regierungserklärung eben gerade einen neuen **Aufbruch** in der **schleswig-holsteinischen Europapolitik** markiert haben,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU und FDP)

sieht man daran, dass es eine Regierungserklärung zu Europa, solange ich dem Landtag angehöre - das sind jetzt siebeneinhalb Jahre -, noch nicht gegeben hat.

(Astrid Damerow [CDU]: Doch! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was hat denn Minister Döring gemacht? - Weitere Zurufe)

Während Sie, Frau Kollegin Damerow, gerade sprachen, habe ich überlegt, welchen meiner Kollegen ich denn bitte, in Zukunft schräg hinter mir immer „Neu, neu, neu!“ einzublenden, um Ihnen klarzumachen, was sich jetzt tatsächlich verändert hat.

(Regina Poersch)

(Heiterkeit und Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Das ist mir in der Kürze der Zeit nicht gelungen. Aber ich freue mich natürlich, wenn Sie mir zuhören, denn dann werden Sie erkennen, wo die neuen Wegmarken in der Europapolitik stehen. Ich freue mich auf Ihre konstruktive Mitarbeit. Es klang eben nur nicht so.

Ich möchte mich bei Ihnen, Frau Ministerin, herzlich für Ihr engagiertes und aktives Eintreten für die **europäische Idee** bedanken. Das unterstützen wir ausdrücklich. Sie machen mit Ihrer Regierungserklärung Mut und Lust auf Europa. Beides können wir angesichts der Krise in Europa dringend gebrauchen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Europa findet wieder in Schleswig-Holstein statt. Wir haben im Koalitionsvertrag die klare Absicht formuliert, in Europa wieder stärker als bisher eine aktive Rolle als Ideengeber zu spielen. Der Ministerpräsident hat das in seiner **Regierungserklärung** am 13. Juni diesen Jahres deutlich gemacht.

(Johannes Callsen [CDU]: Stark!)

Er hat die Schwerpunkte der Landesregierung in der Europapolitik formuliert, die Leitbild für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus sein werden.

Der **Europabericht**, für dessen Erstellung wir als SPD-Fraktion uns bei allen Mitwirkenden herzlich bedanken,

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

zusammen mit der Regierungserklärung heute vervollständigen das Bild, das diese Regierung von Europa hat. Beides weist den Weg, wie sich Schleswig-Holstein in Europa einbringen und von europäischer Politik profitieren kann.

Meine Damen und Herren, Europa ist kein Selbstzweck. Als Land zwischen den Meeren weiß Schleswig-Holstein, was es von und in Europa zu erwarten, aber auch zu leisten hat. Da wäre zunächst die **Ostseekooperation**. Wir werden die Ostseepolitik neu beleben und neu profilieren.

(Johannes Callsen [CDU]: Donnerwetter!)

Handel und Kultur sind seit Jahrhunderten die treibenden Kräfte. In der Wirtschaft gilt aktuell: 34 % der Importe nach Schleswig-Holstein und 25 % der Exporte aus Schleswig-Holstein finden im Ostsee-

raum statt. Die Ostseeregion steht Modell für andere europäische Regionen im Rahmen der EU-Ostsee-Strategie. Unser Ziel wird es weiterhin sein, den **Ostseeraum** zu einer **maritimen Modellregion Europas** zu entwickeln, in der gleichzeitig einerseits wirtschaftlicher Wohlstand und andererseits die Wiederherstellung und der Erhalt des guten ökologischen Zustandes der Ostsee möglich ist. Wir wollen die Umsetzung der EU-Ostsee-Strategie aktiv begleiten. Die Schwerpunkte - das hat auch die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August in St. Petersburg gezeigt - sind Meeresschutz, saubere Schifffahrt und die Sicherheit auf der Ostsee.

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Spoorendonk, dafür, dass Sie sich gleich in den ersten Monaten Ihrer Regierungstätigkeit erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass die Bereiche Kultur und regionale Identität

(Lachen CDU - Johannes Callsen [CDU]: Ein Witz!)

in der EU-Ostsee-Strategie verankert werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Bereiche Kultur und regionale Identität bekommen im Entwurf des neuen Aktionsplans zur Umsetzung der EU-Ostsee-Strategie eine neue Priorität. Wir begrüßen es in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein die Koordinierung dafür übernehmen will. Die Vorgängerregierung hatte das abgelehnt. Meine Kollegin Anette Langner hat darauf mehrfach hingewiesen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das zentrale Mittel, um hier auch aktiv werden zu können - jetzt müsste bitte jemand „Neu, neu, neu!“ einblenden -, ist das **INTERREG-B-Programm** für die Ostseeregion. Damit können wir ostseepolitische Ziele und Aktivitäten durch konkrete Projekte untermauern und fördern. Es ist gut, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung für die Umsetzung der EU-Ostsee-Strategie über die Finanzierung von Projekten über INTERREG starkmacht. Für meine Fraktion spielen dabei die Ostseebüros, über die wir im Europaausschuss noch sprechen werden, eine bedeutende Rolle.

Ein paar Worte zur **Nordseekooperation**. Der Europabericht stellt fest, dass die Nordseekooperation durch die Stellungnahme des AdR vom Oktober 2010 leider nicht die erwarteten Impulse bekommen hat. Dass Impulse von europäischer Seite

(Regina Poersch)

fehlen, geht auf die ablehnende Haltung von Mitgliedstaaten zurück - leider auch von deutscher Seite. Deshalb begrüße ich es sehr, dass die Frau Ministerin, die Landesregierung, jetzt im Vorstand der Nordseekommission vertreten ist und sich für ein verstärktes Engagement Schleswig-Holsteins für die Nordseekooperation ausspricht. Dafür haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder stark gemacht.

Für Schleswig-Holstein nimmt die **Zusammenarbeit mit Dänemark** einen besonderen Stellenwert ein. Dänemark ist für unser Land der bedeutendste Partner in Skandinavien und im Ostseeraum. Das gilt sowohl politisch wie wirtschaftlich. - Jetzt bitte wieder: „Neu, neu, neu!“: Der Boden dafür ist bereitet, indem unsere Landesregierung in der **Ministerienpolitik** das Verhältnis wieder auf eine vernünftige Vertrauensbasis gestellt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das war dringend nötig nach den letzten Jahren. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin!

Wie nah uns Europa in Schleswig-Holstein, im Landtag, kommt, zeigen zunehmend die Beratungen der Subsidiaritätsfragen. Über die interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung hinaus brauchen wir die Mitwirkung jeder und jedes Einzelnen hier im Landtag, um die Vorhaben der Europäischen Kommission einschätzen, bewerten und beurteilen zu können. Das ist innerhalb der gesetzten Acht-Wochen-Frist ab Zuleitung an den Mitgliedstaat Deutschland wirklich sportlich und nur schwer zu schaffen. Deshalb wollen wir das jährliche **Arbeitsprogramm der Kommission** bereits zu Beginn eines jeden Jahres im Landtag diskutieren. - „Neu, neu, neu!“ Wir wollen frühzeitig wissen, welche Vorhaben und Themen im Laufe des Jahres auf uns zukommen werden, damit keiner von uns mehr kalt erwischt wird.

Ich hoffe nach dem Beitrag der Kollegin Dammerow eben, dass wir in dieser Frage zu einem Konsens darüber kommen, wie der Landtag zukünftig in Brüssel vertreten sein kann. Ich will auch hier das **Hanse-Office** erwähnen,

(Zurufe CDU und FDP: Auch ganz neu! - Sandra Redmann [SPD]: Von euch jedenfalls nicht! - Unruhe)

das für uns seit langer Zeit wertvolle Arbeit leistet und das wir stärken und nutzen wollen.

Meine Damen und Herren, einer der wichtigen Schwerpunkte der Europapolitik wird die Nutzung der **EU-Fördermittel** in Schleswig-Holstein ab 2014 sein.

(Zurufe CDU und FDP: Auch neu!)

Angesichts der aktuellen Währungs- und Wirtschaftskrise wird es ganz entscheidend sein, die Struktur- und Förderpolitik als Teil des Wachstums- und Beschäftigungspakts zu verstehen, auf den sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2012 geeinigt haben.

Bei den bestehenden Unklarheiten und nicht zuletzt auch Unsicherheiten über den Mehrjährigen Finanzrahmen sehe ich die Ministerien allesamt, insbesondere was die Abstimmung miteinander und untereinander angeht, sehr gut vorbereitet.

Bereits heute - wir kennen den Rahmen noch nicht - wird intensiv an den operationellen Programmen für Schleswig-Holstein gearbeitet. Denn wenn der EU-Haushalt erst einmal steht und der Förderrahmen auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen feststeht, muss es ganz schnell gehen. Ich bin mir sicher, dass für unser Land Gutes entstehen wird, denn die Ziele der **Europa-2020-Strategie** sind auch unsere: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit für kleine und mittlere Unternehmen, wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen, Energieeffizienz steigern, Schulabbrecherquote senken. Das alles kommt unserem Land zugute. Die Orientierung an diesen Zielen hilft auch, bei den vermutlich sinkenden Fördermitteln die Förderung zu konzentrieren und sie nicht zu verkleckern.

Wenn wir dann auch noch durch Handlungskonzepte wie „Schule & Arbeitswelt“, die Fachkräfte-Initiative oder andere Initiativen mehr Jugendliche in Ausbildung, Lohn und Brot bringen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer hat das erfunden?)

wenn wir es schaffen, älteren Beschäftigten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten oder auch erst zu schaffen, wenn wir Mobilität organisieren und lebenslanges Lernen, dann bin ich optimistisch. Es ist im Bericht nachzulesen: Das Handlungskonzept **„Schule & Arbeitswelt“**, das 2005 von Uwe Döring initiiert wurde, hat die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss von 9,8 auf 7,3 % gesenkt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Habersaat [SPD] hält ein Schild mit der Aufschrift „Neu, gut“ hoch)

(Regina Poersch)

- An dem Schild, das der Kollege Habersaat gerade hochhält, sieht man: Die Dinge sind nicht entweder neu oder gut; manchmal sind sie auch neu und gut.

(Heiterkeit und Zurufe)

Die Themen, die ich gerade beschrieben habe, nämlich Jugendliche und ältere Menschen in Lohn und Brot zu bringen, sie beim lebenslangen Lernen zu fördern, sind Punkte, die wir im August auf der Ostseeparlamentarierkonferenz mit der Resolution beschlossen haben und die wir nun in Schleswig-Holstein konkret umsetzen können. Als Neuling in der Europapolitik sage ich: Das macht ja richtig Spaß.

(Beifall SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt haben wir endlich etwas, was richtig neu ist!)

Meine Damen und Herren, vor drei Tagen ist der **Europäischen Union** in Oslo der **Friedensnobelpreis** verliehen worden, eine großartige und verdiente Auszeichnung für sechs Jahrzehnte friedlichen Zusammenwachsens von Staaten auf dem europäischen Kontinent und für friedentiftendes Wirken in Osteuropa. Es ist keine Aufforderung - da sind wir uns im Haus hoffentlich alle einig -, nun die Hände in den Schoß zu legen und sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Wir brauchen eine europäische Idee für die Zeit nach der Krise.

Zurzeit beherrschen **ökonomische Betrachtungen** die Debatte. Wir diskutieren Sanktionsmechanismen für Haushaltssünder, Rettungsschirme für Staaten und Banken. Wir brauchen aber auch eine Debatte über Demokratie und Grundwerte. Die brauchen wir, damit der soziale Zusammenhalt in Europa nicht aus den Fugen gerät, in diesen Zeiten, in denen es - vorgeblich um die Krise zu bekämpfen - darum geht, bei Sozialleistungen, Bildungsausgaben und Löhnen zu kürzen.

Die Europäische Kommission hat angekündigt, noch vor der nächsten Europawahl ihre Vorstellungen von der **künftigen Gestalt** der **Europäischen Union** vorzulegen. In diesen Diskussionsprozess müssen wir uns aktiv einbringen, um den europäischen Gedanken vor Ort zu festigen und gegen aufkommende Ressentiments zu verteidigen.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es lohnt sich, und deshalb haben wir dazu auch einen Antrag gestellt, den wir morgen diskutieren wollen. Unser Antrag zum Europäischen Jahr für Bürgerinnen und Bürger 2013 soll dazu beitragen, die europäische Idee weiterzuentwickeln und Europa in die Herzen der Menschen zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur wenn die Menschen das Gefühl haben, in Europa gut aufgehoben zu sein, von Europa unterstützt zu werden, auch wenn sie keine Arbeit haben oder von Armut bedroht sind, oder wenn sie in ihrem täglichen Leben von Europa profitieren, wird es uns gelingen, Europa in die **Herzen der Menschen** zu bringen. Die europäische Idee muss im Alltag der Menschen verwirklicht werden, konkret spürbar. Dazu gehört auch und vor allem **Solidarität**. Europa, das ist nicht nur Krise, Europa, das ist ein einzigartiges Friedens- und Wohlstandsprojekt. Wir haben die Chance, die europäische Integration voranzubringen und dabei auch die politische Integration zu schaffen. Doch wir brauchen endlich auch das soziale Europa.

(Beifall SPD und SSW)

Wir begrüßen sehr die Initiative der Europäischen Kommission, den Jugendlichen in Europa eine Jobgarantie zu geben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Auch das ist etwas, was wir auf der Ostseeparlamentarierkonferenz beschlossen und in die Resolution aufgenommen haben. Jetzt wird es konkret. Das zeigt: Wir haben in den Regionen Einflussmöglichkeiten auf die europäische Politik; wir müssen sie aber auch wahrnehmen.

Mein Fazit, alles in allem, nach der Regierungserklärung und dem Europabericht: Beide stecken voller Ideen für unser Land zwischen den Meeren, mitten in Europa. Mein Lesetipp an Sie alle: Schauen Sie einmal in den Europabericht hinein! Denn Europapolitik findet in allen Ressorts statt. Lassen Sie uns den Europabericht federführend im Europaausschuss, aber auch in allen anderen Ausschüssen diskutieren. Ich beantrage die Überweisung des Berichts an alle Ausschüsse.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, es ist hier schon mehrfach gesagt worden, deshalb musste ich meinen Einstieg ändern, aber wir sind **Nobelpreisträger**. Das ist etwas, worauf wir stolz sein

(Eka von Kalben)

können und das wenigstens für einen kurzen Augenblick wieder den Blick klar werden lässt auf den eigentlichen Kern **Europas**, auf seine **Gründungs-idee**. Europa war jahrtausendlang ein Schlachtfeld: Spanien gegen England, Dänemark gegen Schweden, Russland gegen Polen und Deutschland gegen alle. Die unsagbare Katastrophe des Zweiten Weltkriegs, die halb Europa in Trümmer legte, ließ die Menschen innehalten und feststellen: Man muss ein Stück nationale Souveränität aufgeben, um als Europa zusammenzuwachsen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Flemming Meyer [SSW])

In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft hat es seit 1945 keine zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikte mehr gegeben. Es entwickelte sich eine Periode des Wohlstands und des Handels, wie es sie in Europa nie gegeben hat. Das ist eine **Erfolgs-geschichte**, die wir bei aller - auch berechtigten - Kritik an den europäischen Institutionen nie aus den Augen verlieren sollten.

Es gibt jedoch auch die andere Seite der Medaille: Denke ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht. - Dieses abgewandelte Heine-Zitat schwirrt vielleicht manchem im Kopf herum, wenn er an Europa denkt. Europa hat derzeit ein echtes **Imageproblem**. Die Schuldenkrise einzelner Staaten, das Gefühl unüberschaubarer Komplexität unseres europäischen Finanzwesens und das Gefühl aufgeblähter Bürokratie - dies alles führt bei vielen Menschen zu Verdruss und Entfremdung. Die europaskeptischen Töne gerade an den Stammtischen werden lauter. Diese Vorbehalte werden auch gern besonders vonseiten der CSU und leider auch der FDP geschürt - aus parteipolitischen Kalkül.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber zu diesem Zögern und Zocken sage ich: Wer auf Kosten der europäischen Solidarität, auf Kosten der europäischen Einigung sein populistisches Süppchen kocht, muss diese Suppe dann selbst auslöffeln, wenn die Probleme in Europa mal wieder anbrennen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was reden Sie eigentlich für einen Blödsinn da vorne?)

Wir müssen als überzeugte Europäer die Krise als echte Chance und Herausforderung begreifen. Die Küstenkoalition hat nicht von ungefähr der Europapolitik in ihrem Koalitionsvertrag einen sehr breiten Raum gegeben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich finde, die Debatte mit Ihnen im Moment so anstrengend, dass ich jetzt keine Zwischenfragen zulassen möchte.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Neben der Kooperation im Ostseeraum und der Frage der Ausgestaltung der Struktur fondsförderung - beides zentrale Themen mit hoher Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes - enthält der Koalitionsvertrag auch Aussagen zur **Europafähigkeit des Landes** und zur **Weiterentwicklung der Europäischen Union**.

Da mag sich manch einer fragen, was das eigentlich bedeuten soll mit der Europafähigkeit und warum wir uns hier im Land überhaupt mit der Weiterentwicklung der EU beschäftigen sollen. Das könnten ja auch die in Brüssel oder in Straßburg oder Frau Merkel und Mister Cameron machen. Ich möchte daher diese beiden Punkte einmal erläutern.

Viele Menschen interessieren sich nicht für die Politik auf der europäischen Ebene. Das kommt auch in der Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament zum Ausdruck.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Dabei werden auf der europäischen Ebene Beschlüsse gefasst, die auch uns ganz konkret hier in Schleswig-Holstein betreffen und nicht weniger Auswirkungen auf unser Land haben als die Landesgesetzgebung oder Beschlüsse des Bundestages. Mangelnde Betroffenheit kann also nicht der Grund an diesem **Desinteresse** sein. Eher liegt es wohl an der **Kompliziertheit der Entscheidungsstrukturen**, wie Gesetze und Beschlüsse zustande kommen. Viele haben da nur sehr vage Vorstellungen.

Europa ist aber eine Ebene der politischen Entscheidung, die wir auch in der Landespolitik fest im Blick behalten müssen. Wir können sie nicht ausblenden, genauso wenig wie die kommunale Ebene oder die Bundesebene.

Europapolitik ist nicht nur Europapolitik. Sie ist Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, und so weiter. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Zu all diesen Politikfeldern gibt es unterschiedliche Auffassungen. Das müssen wir den Menschen besser vermitteln. Wenn wir über Europa reden, wird in der Regel nur über Europaskeptiker oder Europa-

(Eka von Kalben)

befürworter gesprochen. Die einen sagen, Europa sei aufgeblähte Bürokratie und ein bürokratisches Monster, und die anderen sagen, Europa sichere den Frieden und wir seien alle Europäer.

Beide Haltungen greifen zu kurz, und sie verdecken die unterschiedlichen Interessen, die unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Konzepte und die Herausforderungen, vor denen wir europaweit stehen; zum Beispiel die Frage, wie unsere **Energieversorgung** aussehen soll. Setzen wir weiter auf Atomkraft und auf die Ausbeutung der letzten Vorräte fossiler Brennstoffe mit fragwürdigen Technologien, wie zum Beispiel dem Fracking? Oder sind wir in Schleswig-Holstein die Top Runner, die beweisen, wie eine Energiewende funktionieren kann?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Schaffen wir zum Beispiel gemeinsam in Europa die Herkulesaufgabe, ein **europäisches Super-Grid** auf den Weg zu bringen, ein Energienetz, das die verschiedenen Erzeugungsstandorte der erneuerbaren Energien verbindet - Solarkraft aus Spanien, Wasserkraft aus Norwegen, Windenergie aus Schleswig-Holstein?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Einen ersten Schritt sind wir mit der getroffenen Rahmenvereinbarung über den Bau eines Unterseekabels zwischen Norwegen und Schleswig-Holstein in der vergangenen Woche gegangen. Beide Partner profitieren von so einer Stromverbindung. Das geplante Hochspannungskabel ermöglicht einen Stromaustausch zwischen Norwegen und Schleswig-Holstein. Überschüssiger Windstrom kann in Norwegen verbraucht oder gespeichert werden, während bei hiesiger Flaute Strom aus Wasserkraftwerken die Nachfrage befriedigen kann.

So stabilisieren sich unterschiedliche regenerative Energien gegenseitig. Die neue Integration der Strommärkte von Norwegen und Deutschland bringt Rückenwind für die Energiewende und die Netzstabilität. Das ist der Einstieg in das europäische Super-Grid. Auch das ist Europa.

Seit dem Lissabon-Vertrag haben wir als **Parlamentarier** auch mehr **Mitwirkungsrechte**. Wir haben die Möglichkeit, unsere Anliegen im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Wir haben das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission vorliegen. Wir bekommen alle Gesetzentwürfe, um sie zu prüfen. Das ist eine riesige Fülle an Dokumenten, mit denen wir überschüttet wer-

den. Damit wir unsere Mitwirkungsrechte auch wahrnehmen können, müssen wir uns auf die für unser Land wichtigen Vorhaben konzentrieren. Diese müssen identifiziert werden, bevor die Entwürfe dazu auf europäischer Ebene schon längst abgestimmt sind.

Wir müssen lernen, uns frühzeitiger mit konkreten Vorschlägen und Forderungen in die Debatten einzubringen. Das meinen wir unter anderem mit Europafähigkeit stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Dafür brauchen wir auch eine **Vertretung des Landes in Brüssel**, wie sie bereits viele andere Landesparlamente haben. Wir wollen das gern mit Hamburg zusammen im Hanse-Office ansiedeln. Aber auch in der Landesverwaltung und auf kommunaler Ebene wollen wir die Europafähigkeit stärken.

In unserem Koalitionsvertrag heißt es:

„Unser Ziel ist ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa.“

Heißt das, Europa sei momentan unsozial, undemokratisch und unsolidarisch? - Nein, auf keinen Fall. Die EU leistet einen wichtigen Beitrag beim Ausgleich sozialer Ungleichgewichte in Europa. Die Entscheidungsstrukturen in der EU sind demokratisch. Die Beschlüsse des Ministerrates sind demokratisch legitimiert. Das Europaparlament hat im Laufe der Weiterentwicklung der Verträge immer mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Heute werden bereits 90 % aller Gesetze in der EU nur mit Zustimmung des Parlaments verabschiedet. Wir Grüne haben uns immer für ein **starkes Europaparlament** eingesetzt und sind froh über diese Entwicklung.

Es gibt aber auch noch Defizite bei den bestehenden Strukturen. Gerade bei den Entscheidungen, die in Zusammenhang mit der Eurokrise getroffen wurden, beobachten wir, dass das Parlament häufig außer Acht gelassen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und SSW)

Wir stellen fest, dass es zu großen Schwierigkeiten führt, wenn eine **gemeinsame Währungspolitik** nicht mit einer gemeinsamen oder jedenfalls abgestimmten **Wirtschaftspolitik** einhergeht. Wir stellen fest, dass es ein großes Bedürfnis nach mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie nicht nur in unserem Land gibt, sondern dass die Men-

(Eka von Kalben)

schen europaweit stärker in politische Entscheidungen eingebunden werden wollen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir stellen fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, nicht nur in unserem Land, sondern auch zwischen armen und reichen Regionen in der EU. Diese wachsenden sozialen Ungleichgewichte schaden letztlich allen.

Ich bin überzeugt: Wenn wir gemeinsam in Europa für eine gerechtere Besteuerung, für die Bekämpfung von Steuerflucht und für tragfähige Sozialversicherungssysteme eintreten, erreichen wir letztlich mehr, als wenn wir unsere vermeintlichen Interessen vor anderen verteidigen. Eine Kirchturmpolitik, die versucht, im Rahmen der europäischen Strukturen letztlich doch nur seinen eigenen nationalen oder sogar regionalen Vorteil zu suchen, wird nicht funktionieren. Die Frage ist nicht: „Wollen wir Europa oder wollen wir es nicht?“, sondern: „Welches Europa wollen wir? Wie wird das Europa von morgen aussehen?“

Wir wollen als Parlamentarier daran mitwirken, wir wollen aber auch, dass die Zivilgesellschaft angemessen daran beteiligt wird. Darum setzen wir uns für einen neuen **Europäischen Konvent** zur Weiterentwicklung der **Europäischen Verträge** ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, die Ministerin hat die Leitlinien der Landesregierung zu Europa vorgestellt, die den Titel „Schleswig-Holstein in Europa: Konzentration, Kompetenz und Kooperation“ tragen. Ich möchte diese schöne Alliteration fortsetzen mit: „Schleswig-Holstein in Europa: engagiert, energetisch erneuerbar und effizient“. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir 50 weitere Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau von Kalben, ich weise Ihre infame Behauptung, die FDP habe eine antieuropäische Stimmung geschürt, für meine Fraktion entschieden zurück.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich weise daraufhin, dass ein Hans-Dietrich Genscher und andere Vertreter meiner Partei schon an diesem demokratischen Europa und seiner Entwicklung mitgewirkt haben, als andere in der deutschen Politik noch mit Ziegelsteinen auf Polizisten geschmissen haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, in seiner Laudatio zur Verleihung des **Friedensnobelpreises** an die **Europäische Union** sagte der Vorsitzende des norwegischen Nobelkomitees, Thorbjørn Jagland:

„Es ist wahrlich fantastisch, was dieser Kontinent geschaffen hat, als er sich von einem Kontinent des Krieges zu einem des Friedens wandelte.“

Die EU verdiene den Friedensnobelpreis, weil sie in diesem Prozess eine herausragende Rolle gespielt habe.

Die Auszeichnung gilt also dieser **historischen Leistung**, und sie gilt den Ideen und den Prinzipien, auf denen diese historische Leistung beruht. Die Auszeichnung gilt ausdrücklich nicht der leider oft unzulänglichen Umsetzung im Einzelnen.

Kritische Stellungnahmen zum **real existierenden Europa** der Kommission und der Ministerräte, wie sie auch im Umfeld der Preisverleihung in Oslo - darauf hat Frau Ministerin Spoorendonk hingewiesen - abgegeben worden sind, dürfen daher auch nicht als antieuropäisch verstanden und denunziert werden. Wir Liberale verstehen sie vielmehr als eine Aufforderung, die Realität stärker an das Ideal anzunähern. Es geht darum, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen, von der auch Frau Spoorendonk zu Recht gesprochen hat.

Die europäische Einigung - das ist hier auch schon gesagt worden - ist kein Selbstzweck. Sie dient der Sicherung und Nahrung von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Gut sind europäische Lösungen nicht an sich, sondern nur insoweit, wie sie diesen Zielen entsprechen.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Das betrifft zum einen die **europäische Innenpolitik**, wo es nicht nur um die Bewältigung der Schul-

(Dr. Ekkehard Klug)

denkrise und die Sicherung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, geht, sondern etwa auch um institutionelle Reformen um mehr europäische Demokratie, etwa ein Initiativrecht für das Europäische Parlament.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Zur parlamentarischen Demokratie gehört als Kernstück nun einmal das Recht, aus dem Parlament heraus eigene Gesetzesvorschläge einzubringen, wobei freilich nicht die Menge der Gesetze, sondern eher deren Qualität im Mittelpunkt stehen sollte.

Vor einigen Jahren ließ die niederländische Ratspräsidentschaft ein 36-bändiges Sammelwerk mit den bis dahin erlassenen europäischen Rechtsvorschriften erstellen - ganze 86.000 Seiten **EU-Recht**. Die EU-Kommission hat daraufhin Besserung gelobt und noch unter Leitung des damaligen Kommissionsmitgliedes Günter Verheugen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe es war, ein Viertel der die Wirtschaft betreffenden Rechtsvorschriften bis 2012 zu vereinfachen oder abzuschaffen.

Als der Europaausschuss des Landtages im Oktober in Brüssel war, konnten wir im Gespräch mit mehreren Kabinettschefs von EU-Kommissaren und Vertretern einiger Generalsdirektionen erfahren, dass die Frage nach den Ergebnissen dieser lobenswerten Bemühungen bei den dortigen Mitarbeitern eher Verlegenheit und Irritation auslöste. Immerhin ist der Auftrag an die besagte Arbeitsgruppe über das Jahr 2012 hinaus verlängert worden. Diesem Gremium gehören auch ehrenwerte Persönlichkeiten aus Deutschland an, beispielsweise der ehemalige Ministerpräsident Stoiber aus Bayern. Mal sehen, was daraus hervorgeht.

Die grüne Europaabgeordnete Heide Rühle hat im Gespräch mit uns in Brüssel zu diesem Thema, also der Frage der **Überbürokratisierung**, der **Überverrechtlichung** der EU, kritisch angemerkt, die Kommission habe derzeit die Tendenz, eher noch mehr Gesetzesvorschläge hervorzubringen als in der Vergangenheit, um auf diese Weise in der aktuellen Krise der Europäischen Union Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Ob das wirklich hilfreich ist, mag man in manchen Fällen bezweifeln.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich will nur wenige Beispiele anführen. Da geht es um die Idee, für die Ausbildung zur Krankenschwester oder andere Gesundheitsberufe das Abitur vorzuschreiben, oder etwa im Rahmen der EU-Vergaberechtsreform europaweite Ausschreibungen

auch für Kommunalkredite vorzuschreiben, was bei den betroffenen Kommunen sicherlich großes Vergnügen auslösen würde.

Erst vor wenigen Tagen hat die Landespresse darüber berichtet, welche Probleme die 1.400 **Feuerwehren** in Schleswig-Holstein mit neuen **EU-Abgasvorschriften** für **Löschfahrzeuge** haben. Wenn die künftig vorgeschriebenen Partikelfilter im Kurzstreckenbetrieb verstopfen und Katalysatoren nicht wirksam sind, wäre es in der Tat blanker Unsinn, keine Ausnahmeregelungen zu erlassen. Die Landesregierungen in Hessen und in Brandenburg haben schon entsprechend reagiert.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, eine Staatengemeinschaft mit 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in 27 Mitgliedsländern zentralistisch bis ins Detail hinein steuern zu wollen, wäre ein grundlegend verfehlter Ansatz. Die Forderung nach **mehr Europa**, die wir oft hören, bedarf daher nach meiner festen Überzeugung einer differenzierten Antwort. Sie ist richtig, wenn es um mehr **demokratische Teilhabe** der Bürger und der von ihnen gewählten Parlamente geht oder um eine praktikable oder **funktionsfähige Bankenaufsicht** oder um den **Ausbau trans-europäischer Netze** bei den Verkehrsverbindungen oder etwa bei den Stromtrassen. Ich will diese Liste, die man sicherlich noch verlängern kann, jetzt nicht fortsetzen. Wenn man mehr Europa als globalgalaktisches Rezept für alles Mögliche versteht, trägt das - das ist meine feste Überzeugung - stärker zur Abwendung der Bürger von diesem Europa bei.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Zu Recht ist im Vertrag von Lissabon das **Prinzip der Subsidiarität** gestärkt worden. Der Grundgedanke ist, dass sich europäische Regelungen auf solche Bereiche beschränken sollten, in denen angestrebte Ziele nicht ebenso gut oder besser auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene erreicht werden können. Durch den Lissabonner Vertrag haben die nationalen und regionale Parlamente bei der Subsidiaritätskontrolle neue Rechte und Aufgaben erhalten. Es ist richtig und notwendig, dass sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag in Zusammenarbeit mit der Landesregierung dieser Aufgabe annimmt.

Frau Ministerin Spoorendonk hat in der Regierungserklärung generelle Aussagen zur Zusammenarbeit mit dem Landtag getroffen. Diese Aussagen begrüßen wir als FDP-Fraktion uneingeschränkt.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Dr. Ekkehard Klug)

Wir werden uns konstruktiv an der Diskussion über die von Ihnen angekündigten Initiativen beteiligen.

(Beifall SSW und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FDP-Fraktion befürwortet auch die Einrichtung der Stelle für einen **Parlamentsreferenten** im **Hanse-Office**, vorzugsweise allerdings in Form einer gemeinsamen Vertretung mit der Hamburger Bürgerschaft.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch - zuletzt noch einmal bestärkt durch die guten Erfahrungen während der Brüssel-Reise des Europaausschusses, aber auch aus längerer Perspektive in der Vergangenheit - die hervorragende Arbeit des Hanse-Office hervorheben, dessen Leiter heute bei uns ist. Ich möchte ihm und seinen Kolleginnen und Kollegen in Brüssel ausdrücklich unsere Anerkennung zollen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, um Einflussnahme in Brüssel zu sichern beziehungsweise frühzeitig auf Probleme in Sachen Subsidiarität aufmerksam zu werden, muss der politische **Informationsfluss** verbessert werden. Das ist mehr als nur eine technische Frage der Parlamentsarbeit. Eines der Probleme, die man mit dem Begriff „Demokratiedefizit der Europäischen Union“ beschreiben kann, liegt gar nicht an irgendwelchen institutionellen Unzulänglichkeiten, sondern es liegt eher an der unterentwickelten Form des **politischen Diskurses über Europa**. Wahlkämpfe vor Europawahlen finden zum Beispiel allenthalben weitgehend auf nationaler Ebene durch die nationale Politik statt, werden oft durch nationale Themen und Inhalte bestimmt, in den **Medien** aber werden Debatten über europäische Entscheidungsprozesse nur sehr eingeschränkt, wenn überhaupt, transportiert. Meist beschränkt sich die politische Öffentlichkeit auf eine Zuschauerrolle bei Berichten über Ministerratssitzungen und EU-Gipfeltreffen. Die Berichterstattung aus dem Europäischen Parlament ist eher dürftig, jedenfalls wenn man das einmal mit der Medienberichterstattung über die Debatten im Deutschen Bundestag oder auch in den Landesparlamenten vergleicht.

Nationale und regionale Parlamente können und müssen deshalb hier als Mittler dienen. Das war ja auch damals die Idee, weshalb wir Mitte der 90er-Jahre in unserem Landesparlament einen Europa-

ausschuss eingerichtet haben. Das geschah übrigens auf einen Antrag der FDP-Fraktion hin.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja! - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sehen Sie mal, Herr Stegner, Sie merken das auch.

(Christopher Vogt [FDP]: Erstaunlich!)

- Immer öfter.

Wir als regionale Parlamentsvertreter sind im Zweifelsfall ja auch eher vor Ort präsent beziehungsweise für Diskussionen mit Bürgern greifbar. Ich denke etwa an die Diskussion, die wir kürzlich auf einer Tagung des Bundesverbandes der Europaschulen hatten, an der der Kollege Bernd Voß von der Fraktion der Grünen und ich teilgenommen haben. Auch wenn sich die beiden etwas größeren Fraktionen nicht in der Lage gesehen hatten, dorthin eingeladene Vertreter zu entsenden, glaube ich, haben der Kollege Voß und ich das Landesparlament zu zweit ganz gut repräsentiert.

Meine Damen und Herren, wenn Öffentlichkeit und Medien tendenziell eher die auf nationaler und regionaler Ebene geführten politischen Debatten wahrnehmen beziehungsweise transportieren, dann müssen der **Bundestag** und die **Landtage** es sich eben selber stärker zur Aufgabe machen, wichtige europäische Themen aufzugreifen und zum Gegenstand ihrer Debatten zu machen.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ich füge hinzu: Das kann durchaus, wenn es denn angebracht und angemessen ist, auch einmal im Streit erfolgen. Der altbackene, der von Altväterzeiten hergebrachte Gedanke, dass man in Sachen Europapolitik immer die große „Friede-Freude-Eierkuchen-Veranstaltung“ nach dem Motto „Wir sind doch alle für Europa“ machen muss, ist eher nicht hilfreich,

(Beifall FDP, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil die Öffentlichkeit - das wissen wir ja, weil wir alle ein bisschen politische Erfahrung haben - eher politische Debatten wahrnimmt, wenn sie im Konflikt, im Streit oder zumindest in einem ordentlichen demokratischen Meinungs austausch erfolgen, man sich eben nicht dauernd nur in den Armen liegt und sagt: „Wir sind ja alle dafür.“ Mit anderen Worten: Das kann durchaus auch sehr hilfreich sein.

(Dr. Ekkehard Klug)

Lassen Sie mich ganz zum Schluss in diesem Komplex noch eine eher technische Sache ansprechen, die mir überhaupt erst seit diesem Brüssel-Besuch bekannt ist. Wir haben darüber gesprochen, wie wir den **Informationsfluss** verbessern können. Wir werden uns Anfang des nächsten Jahres einmal mit den schleswig-holsteinischen oder norddeutschen Europa-Abgeordneten zusammensetzen und darüber reden, wie wir das zwischen dem **Europaausschuss** des Landtages und den **Mitgliedern des Europäischen Parlaments** in Brüssel hinkriegen.

Aber wir haben unter anderem erfahren, dass die **deutschen Europaabgeordneten**, die ja auch ein Teilnahmerecht an Sitzungen des **Europaausschusses des Bundestages** haben, dieses praktisch nicht wahrnehmen können. Der Kollege Fleckenstein, Hamburger SPD-Europaabgeordneter, hat mir gesagt, seit er im Europaparlament sitze, habe er an keinem einzigen Sitzungstermin des Europaausschusses des Bundestages teilnehmen können, weil die Termine alle so gelegt worden seien, dass dies nicht gehe. Er hat noch ein bisschen resigniert hinzugefügt, offenbar sei das nicht gewünscht. Ich habe ihm gesagt, das müsse ein Thema - Kollege Kubicki, Kollege Stegner - für Fraktionsvorsitzendenkonferenzen werden, das müsse ein Thema für die Konferenz der Parlamentspräsidenten werden. Wenn das so weitergeht, können wir eine parlamentarische Einflussnahme in Fragen der Europapolitik nicht optimal gestalten.

(Beifall FDP, SPD und vereinzelt PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ein Schwerpunkt des **Europaberichts** der Landesregierung und der Regierungserklärung lag, wie auch bei früheren Debatten zu diesem Thema, im Bereich der **Ostsees Zusammenarbeit**. Da hat Frau Damerow durchaus recht. Frau Ministerin Spoorendonk hat in diesem Zusammenhang unter anderem auch einiges zum Bereich der Kulturpolitik gesagt. Anderes hat sie in diesem Zusammenhang freilich nicht gesagt; das muss ich dann jetzt doch noch ansprechen.

Es gibt - das ist von der Ministerin auch erwähnt worden - eine internationale Initiative zur Anmeldung **archäologischer Fundstätten** aus der **Wikingerzeit** als **UNESCO-Weltkulturerbe**. Schleswig-Holstein ist bekanntlich mit Haithabu und dem Dannewerk an dieser Initiative beteiligt, eine Initiative, die sich auf die gesamte Ostseeregion und mit Island auf den Nordatlantik erstreckt. Von Bedeutung ist dies nicht nur als Kulturinitiative, sondern auch wegen des touristischen Potenzials, nicht zuletzt für unser Bundesland.

Nun ist aber bedauerlicherweise der Teilnehmerstaat **Schweden** aus dieser Initiative **ausgestiegen**, wodurch die Verwirklichung des Vorhabens einen schweren Rückschlag erlitten hat. Das, was ich vorhin angedeutet habe, ist genau dieser Punkt: Warum, Frau Ministerin Spoorendonk, haben Sie sich in der Regierungserklärung zu diesem Thema nicht geäußert? Frau Ministerin Spoorendonk hat sich dazu in der Presse in der letzten Woche oder vor Kurzem geäußert, aber in der Regierungserklärung, die ansonsten viel von kultureller Zusammenarbeit im Ostseeraum hervorbringt, herrscht ausgerechnet bei diesem Punkt ein beredtes Schweigen. Das verblüfft mich umso mehr, als die Ministerin in ihrer vormaligen Funktion als Fraktionsvorsitzende des SSW das Thema Haithabu/Dannewerk parlamentarisch ausgiebig bespielt hat.

Ich kann Ihnen sagen: Zu Zeiten eines Björn Engholm oder Gerd Walter hätten schleswig-holsteinische Regierungsvertreter längst Kontakt nach Schweden aufgenommen und versucht, hierzu die Meinungsbildung, die aus unserer Sicht nicht in Ordnung und nicht vernünftig ist, zu ändern.

(Beifall FDP)

Ich darf deshalb an dieser Stelle noch einmal nachfragen. Das ist das, was ich in der Regierungserklärung vermisst habe, weil es ein aktuelles Thema ist. Beabsichtigt die Ministerin, beabsichtigt die Landesregierung, auf politische Gesprächspartner in Schweden zuzugehen, um dort doch noch einen Sinneswandel zu befördern? Und wie vereinbart sie das Stillschweigen in der Regierungserklärung beziehungsweise in ihrer Rede hier mit dem just in der Regierungserklärung erhobenen Anspruch, künftig bei der Umsetzung des Themas Kultur in der Ostseestrategie die Rolle eines Koordinators zu übernehmen? Das ist ein hoher Anspruch, aber dann, wenn ein Problem auftaucht, herrscht Stille. Wenn man Ideengeber für die Ostseekooperation in diesem Bereich sein will, dann muss man, wenn Probleme auftauchen, schon mal die Flagge am Fahnenmast hochziehen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Birte Pauls?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Birte Pauls [SPD]: Herr Kollege Klug, ist Ihnen bekannt, dass der Projektleiter, Herr von Carnap-Bornheim, das Ausscheren von Schweden zwar als ärgerlich ansieht, aber nicht als ganz stark problematisch?

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Es ist natürlich eine Schwächung der internationalen Initiative, wenn ein Ostsee-Anrainerstaat, der nun einmal wesentliche archäologische Fundstätten aus der Wikingerzeit vorzuweisen hat, aus dieser gemeinsamen Initiative ausschert. Natürlich haben wir die Hoffnung, dass es auch in der kleineren Variante gut gehen kann. Trotzdem ist es ein Problem. Ich denke, es ist auch unser gemeinsamer Wunsch, dass die Schweden später doch wieder mitmachen.

(Beifall FDP)

Generell ist festzustellen, dass der abrupte Ausstieg eines der wichtigsten Partner bei dem Vorhaben den Eindruck erweckt, dass es um die Ostseezusammenarbeit - ich muss nun ein bisschen Wasser in den Wein gießen - doch nicht so gut bestellt ist, wie dies in Sonntagsreden so gern politisch beschworen wird.

Noch am 13. Juni 2012 proklamierte Ministerpräsident Albig in seiner Regierungserklärung:

„Meine Regierung ist eine bewusst nordeuropäische.“

Wir haben damals auch gehört, dass wir „Teil dieses einen und starken Schleswig-Holsteins sind“ und dass ganz Europa auf Schleswig-Holstein blicke. Das hat der Herr Ministerpräsident Albig uns damals am 13. Juni vorgetragen. Wenn das alles gesagt wird, dann wundere ich mich schon, wenn die Regierungsvertreter zu Punkten, die die Ostseekooperation - schädigend - tangieren, keinen Laut von sich geben.

(Beifall FDP)

Ich frage also: Was macht das starke und stolze Schleswig-Holstein, damit dieses Projekt doch noch in der angestrebten Form verwirklicht werden kann? Es kann ja nicht sein, dass Nordeuropa im Norden nur bis Sonderburg und im Süden bis zur Eider reicht.

Meine Damen und Herren, auf den ersten Blick könnte man es noch als Panne ansehen, dass zu diesem Thema von der Ministerin in der Regierungser-

klärung nichts gesagt worden ist. Leider handelt es sich aber nicht - jetzt solltest du zuhören, Anke; Heiner, lenk die Ministerin nicht ab - um einen Einzelfall. Auch zur **drohenden Schließung** des 1999 eingerichteten **Ostseesekretariats für Jugendangelegenheiten** haben wir hier bedauerlicherweise in der Regierungserklärung zur Europapolitik und zur Ostseezusammenarbeit von dieser Landesregierung nichts gehört.

(Beifall FDP - Zuruf SPD)

- Jetzt können Sie einmal einen Moment zuhören! - Bekanntlich haben Lettland, Island, Schweden und Litauen ihre Teilnahme an der vom die Präsidentschaft zurzeit wahrnehmenden Anrainerstaat Russland anberaumten Konferenz, in der über ein neues Mandat für das Ostseejugendsekretariat gesprochen werden sollte, abgesagt. Das zuständige Ministerium Norwegens hat prinzipiell erklärt, dass es keine Beiträge mehr leisten wolle. Damit droht dem in Kiel beim Landesjugendring angesiedelten Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten das Aus.

Der Vorsitzende der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe des Bundestages, Kollege Franz **Thönnies**, MdB - für alle, die es nicht wissen: SPD - hat sich in dieser Angelegenheit mit Bitte um Unterstützung an die Bundesjugendministerin, die Staatsministerin im Auswärtigen Amt sowie an die Parlamentspräsidenten der norddeutschen Bundesländer gewandt. Diese **Briefe** liegen mittlerweile allen Landtagsfraktionen vor, weil sie dankenswerterweise von der Landtagsverwaltung weiterverteilt worden sind. Erstaunlicherweise schreibt er in dem Brief, in dem er alle seine Adressaten anführt, nichts darüber, ob er sich auch an die schleswig-holsteinische Landesregierung gewandt hat. Deshalb möchte ich an dieser Stelle fragen: Was tut eigentlich die bewusst nordeuropäische Landesregierung des Ministerpräsidenten Albig, um in den genannten Partnerländern des Ostseeraumes für eine Fortsetzung der Arbeit des Ostseesekretariats für Jugendangelegenheiten zu werben, und warum hat Ministerin Spoorendonk in ihrer Regierungserklärung auch zu diesem Thema nichts gesagt?

(Zuruf: Wusste sie noch nicht!)

- Sie wusste es noch nicht. Das ist ein Ding. - Solche Regierungserklärungen sind doch keine stolzen Schönwetterreden, in denen man Probleme und drohende Rückschläge einfach unter den Teppich kehren darf, damit es das nette Bild nicht beeinträchtigt. Natürlich ist es richtig, wenn Kollege Thönnies die Bundesregierung um Unterstützung bittet, zumal diese in diesem Bereich schon viel geleistet

(Dr. Ekkehard Klug)

hat. Ich zitiere aus dem Schreiben des Kollegen Thönnies an Staatsministerin Cornelia Pieper:

„Im Rahmen der erfolgreichen deutschen Präsidentschaft des Ostseerates ist es dem Auswärtigen Amt gelungen, mit der in Berlin durchgeführten Ostseejugendkonferenz einen wichtigen Markierungsstein für die weitere Entwicklung einer jugendpolitischen Kooperation im Ostseeraum zu setzen.“

Auf diese positive Bewertung kann man wirklich stolz sein. Auf die bei diesem Thema eher stolz vor sich hin schweigende schleswig-holsteinische Landesregierung kann man dagegen nicht so sehr stolz sein.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN spricht der Fraktionsvorsitzende Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir PIRATEN sind ja eine Bewegung, die selbst weltweit aufgestellt und vernetzt ist. Deswegen sind wir uns der Bedeutung der **europäischen Einigung** für den Frieden, die Freiheit, den Wohlstand und die Rechtsstaatlichkeit auf diesem Kontinent sehr bewusst. Wir erkennen an, dass diese Errungenschaften weder selbstverständlich noch garantiert sind, sondern eines ständigen aktiven Einsatzes und der Ausgestaltung durch die Menschen in Europa bedürfen. Insofern ist die Zusammenarbeit der europäischen Staaten eine **historische Errungenschaft**, die auch zum Vorbild weltweit geworden ist, wenn wir uns ähnliche Organisationen ansehen, die sich in Südamerika, in Asien, in den arabischen Staaten, in Afrika und anderen Regionen gebildet haben. Trotzdem sage ich auch: Die **Wirklichkeit** der EU muss sich an den **europäischen Werten** wie Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit auch messen lassen und damit in Einklang stehen.

Es ist fast auf den Tag genau heute vor sieben Jahren gewesen, dass das EU-Parlament der berüchtigten EU-Richtlinie zur **Vorratsdatenspeicherung** zum Beispiel zugestimmt hat. Hier wurden die Institutionen der EU richtiggehend missbraucht, muss ich sagen, um eine einzigartige Sammlung aller unserer Kontakte, Bewegungen und Internetnutzungsdaten zu erzwingen, die auf einzelstaatlicher Ebene nie durchsetzbar gewesen wäre. Dieses Verfahren

nennt man Politikwäsche, und dem muss Schleswig-Holstein eine ganz klare Absage erteilen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren neuen Plan der EU-Kommission, die jetzt auch alle unsere **Flugreisen aufzeichnen** will, ohne jeden Verdacht. Auch dem müssen wir entschieden entgetreten.

Es gibt Beispiele, wo das besser gelaufen ist. So sollten zeitweise zum Beispiel **Internetsperren** eingeführt werden oder auch einschneidende Maßnahmen zur **Kontrolle des Urheberrechts** im Internet durchgesetzt werden, Stichwort ACTA. Hier hat sich erfolgreich eine europäische Bürgerrechtsbewegung gebildet, die dies verhindern konnte; ein großer Erfolg für die europäische Zivilgesellschaft und auch für das Europäische Parlament.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den Umgang mit **Flüchtlingsen** an den **Außengrenzen** angeht, muss ich festhalten: Frontex und auch eine mangelnde Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen innerhalb der EU stehen im Widerspruch zu europäischen Werten.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa hat eine Verantwortung nicht nur für seine Mitglieder und die inneren Grenzen, sondern eben auch an seinen Außengrenzen. Täglich sterben dort Menschen an dieser von uns mitfinanzierten Mauer, dieser Festung Europas und des Mittelmeeres. Europa muss sich den Ursachen der Migration in den Herkunftsländern stellen und dies mit derselben Energie verfolgen, die bisher in Maßnahmen wie Frontex und die Überwachung der Außengrenzen gesteckt wird.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen muss ich festhalten: In den Augen der Menschen, die diese Einschnitte von Bürgerrechten und Menschlichkeit kritisieren, muss sich die EU den **Friedensnobelpreis** erst noch verdienen. Die Ursachen sind ganz klar bekannt. Wir haben eine Intransparenz von Entscheidungen zum Beispiel im Rat zu verzeichnen, wir haben eine fehlende echte Mitbestimmung der Bürger zu verzeichnen und auch eine Ferne demokratischer Legitimation der Ratsmitglieder. Wir müssen einen **unzureichenden Schutz der Bürgerrechte** konstatieren, weil die EU noch immer nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten ist, weil wir noch im-

(Dr. Patrick Breyer)

mer keine Verfassungsbeschwerde gegen grundrechtswidrige EU-Maßnahmen erheben können.

Aus eigener Erfahrung kann ich hinzufügen: Die **EU-Gerichte** selbst wollen **Transparenz** ihrer Verfahren doch eher verhindern. Bei dem Versuch, meine eigenen Schriftsätze aus einem Verfahren zu veröffentlichen, hat die EU-Kommission gefordert, ich solle das doch bitte wieder aus dem Internet löschen. Also das ist keine Transparenz und Rechtsstaatlichkeit.

Die Europäische Union kann in ihrer gegenwärtigen Form eine demokratische Kontrolle durch ihre Bürger nur unzureichend gewährleisten und stößt deswegen auch auf wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Frau Ministerin, Sie haben aber zu Recht gesagt, die EU kann auf Dauer nur mit dem **Vertrauen der Bürger** funktionieren. Deswegen sind wir der Überzeugung, wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen, wir müssen zum Beispiel über Volksabstimmungen über institutionelle Änderungen die Bürger wieder in Veränderungen der Strukturen einbinden. Wir müssen durch **Bürgerbeteiligung** den Mut haben, wirkliche Verbesserungen gegenüber den Bürgern begründen zu können und inakzeptable Verschlechterungen gerade als gute Europäer auch abzulehnen.

Eines möchte ich noch einmal ganz eindeutig an die Adresse der Fraktionsvorsitzenden der Grünen sagen: Berechtigte Kritik schwächt nicht die europäische Idee, sondern macht sie überhaupt erst zukunftsfähig, weil sie die Unterstützung der Bürger erst sichert. Man darf die Sorgen von Bürgern nicht mit einem Pauschalvorwurf wie Populismus plattmachen, sondern muss sie ernst nehmen.

Eine Möglichkeit zur Schaffung eines wirklich demokratischen europäischen Rechtsstaats - dabei sind wir wieder zusammen - ist die Ausarbeitung einer **Verfassung**. Diese muss aber durch eine direkt gewählte Versammlung ausgearbeitet werden. Anschließend muss ein Verfassungsreferendum stattfinden, bei dem wir die Bürger befragen müssen, ob sie mit dem Ergebnis einverstanden sind. Einen solchen Prozess wünschen wir PIRATEN uns ausdrücklich.

Die **Bürgerbeteiligung** hat im Bericht der Europa-ministerin leider keine große Rolle gespielt. Dabei ist nächstes Jahr das europäische Jahr der Bürger. Wir würden gern klare Aussagen hören zu der Frage, welche Aktivitäten in Schleswig-Holstein dazu geplant sind, zum Beispiel im Rahmen der Europa-woche im Mai 2013. Morgen werden wir einen Antrag dazu beraten, der aber erst die Fragen stellt und

noch keine Antworten darauf gibt, wie wir das europäische Jahr hier ausgestalten wollen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Ich komme auf das Thema **Finanzen** zu sprechen. Frau Ministerin, Sie haben richtigerweise die bevorstehenden Veränderungen bei den Fonds angesprochen, aus denen auch wir in Schleswig-Holstein Mittel bekommen. Wir müssen allerdings feststellen, dass es für die jetzt geplanten Veränderungen auch gute Gründe und Hintergründe gibt, nämlich nicht zuletzt die Schuldenkrise.

Dazu will ich sagen: Solidarität in Europa bedeutet eben auch, Rücksicht auf die finanzielle Lage unserer Partner in der EU zu nehmen. Diese stehen viel schlechter da als Deutschland. Ich wünsche mir, dass Schleswig-Holstein seine eigenen Interessen auch in Relation zur Gesamtsituation setzt und in Anbetracht der veränderten Gesamtlage nicht auf einem Status Quo in diesem Bereich beharrt, zumal viele **EU-Subventionen** bei den Bürgern und der Zivilgesellschaft aus guten Gründen auf Kritik oder sogar auf Ablehnung stoßen. Als Stichworte nenne ich die Agrarsubventionen und den Bereich der Fischerei.

Auch warne ich davor, uns als Bundesland immer **abhängiger** von **Fördertöpfen** des Bundes oder der EU zu machen. Als eigenständiges Land brauchen wir auch eine starke eigenständige Finanzierung. In den Bereichen, in denen unsere Mittel, wie dies insbesondere im Bildungsbereich erkennbar ist, ersichtlich unzureichend sind, kann eine zunehmende Projektitis keine Dauerlösung sein. Wenn einzelne Projekte durchgeführt werden, wünsche ich mir, dass das mit einer Evaluierung ihres Nutzens einhergeht.

Zum Beispiel wünsche ich mir eine **Auswertung** der Ergebnisse der **AktivRegion**. Dabei sollte auch hervorgehoben werden, was am besten funktioniert hat. Ich glaube, wenn wir dieses Programm fortsetzen wollen, sollten wir auswerten, wie es bisher gelaufen ist.

(Beifall PIRATEN)

Frau Ministerin, besonders im Bereich der **nachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit Dänemark** habe ich den ganz festen Eindruck, dass diese bei Ihnen in sehr guten Händen ist. Dabei haben Sie auch ausdrücklich unsere Unterstützung. Sie haben auch ganz konkrete Maßnahmen genannt, die angestrebt werden. Das ist sehr erfreulich.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Patrick Breyer)

Europa ist natürlich mehr als Dänemark. Man muss sagen, dass die Schwerpunkte der Landesregierung bei der Europapolitik insgesamt recht wenig konkret sind. Das ist vor dem Hintergrund der inhaltlichen Ausrichtung natürlich gut begründbar. Ich wünsche mir, dass als Schwerpunkte auch die Bürgerrechte, die Weltoffenheit und die Informationsgesellschaft anerkannt und in das Zukunftsprogramm aufgenommen werden. Gerade die Informationsgesellschaft bietet doch für ein kleines Land wie Schleswig-Holstein große Chancen. Zum Beispiel ist das Unabhängige Landesdatenschutzzentrum inzwischen international anerkannt bei seiner Arbeit der Zertifizierung von Produkten. Dieses sollte in seiner Aufgabe gestärkt werden.

(Beifall PIRATEN)

Wir PIRATEN unterstützen ausdrücklich auch die Bemühungen, dass der Landtag eine Stelle im Hanse-Office einrichtet und dort vertreten ist.

Gleichwohl möchte ich bei der Diskussion, wie sich Schleswig-Holstein in Europa einbringt, vor einer **übermäßigen Verflechtung** warnen. Gerade in Deutschland haben wir doch erlebt, dass der Bund im Laufe der Jahre den Ländern immer mehr **Kompetenzen** abgenommen und im Gegenzug den Ländern **Vetorechte** im Bundesrat eingeräumt hat. Genau dieses Modell - das mussten wir nach Jahrzehnten endlich erkennen - hat zu Blockaden, zu einer Handlungsunfähigkeit und dazu geführt, dass wir im Rahmen der Föderalismusreform die einzelnen Ebenen endlich wieder klarer voneinander abgegrenzt haben.

Deswegen wünsche ich mir auch bei der EU eine Überprüfung, welche Bereiche wir wirklich der EU und der EU alleine überantworten wollen, dann aber ohne nationale Vetorechte von Regierungsvertretern, die - Sie haben es in Ihrer Rede gesagt - in langen Nächten oftmals schlecht begründbare Deals schließen.

An dieser Stelle bin ich bei der FDP: Ein **Europäisches Parlament**, das kein **Initiativrecht** hat, bei dem sogar Entwürfe von der Kommission als genehmigt gelten, wenn sie nicht innerhalb einer gewissen Frist abgelehnt werden, das entspricht nicht unseren Vorstellungen einer Demokratie.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Lassen Sie uns deswegen als Schleswig-Holstein eintreten für eine Fortentwicklung der EU hin zu einem demokratischen europäischen Rechtsstaat, der die Bürger in den Mittelpunkt seines Handelns

stellt. Lassen Sie uns eintreten für ein Europa der Bürger und der Regionen.

Insofern würde ich gern den drei Ks der Landesregierung - Kreativität, Kompetenz und Kooperation - etwas zur Seite stellen, nämlich drei Bs, die wir gern der Landesregierung mitgeben wollen: Bürgerrechte, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW spricht jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich der Ministerin für die Regierungserklärung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Europaministeriums für diesen ausführlichen Bericht danken. Der Bericht macht in seinem Umfang mehr als nur deutlich, dass er nicht nur eine Aufzählung von Fakten ist. Sondern er beschreibt zum einen die großen Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen, zeigt aber gleichermaßen, wie sich Schleswig-Holstein zukünftig in Europa einbringen wird. Angesichts der großen Probleme, vor denen wir in Europa stehen, ist es wichtig, dass wir hier im Land genau diese Wege aufzeigen, um den Menschen vor Ort Europa wieder ein Stück näherzubringen.

Eines ist jedoch klar: Nicht Europa ist von den **Menschen** abgerückt. Vielmehr ist manchmal die Politik der Europäischen Union von den Bürgern abgerückt. Die oft **neoliberale Wirtschaftspolitik** der Europäischen Union hat dazu beigetragen, dass die Menschen nicht nur hier im Land ein mehr als gespaltenes Verhältnis zu Europa entwickelt haben. Die Politik der EU ist dominiert von der Finanzmarkt- und Eurokrise. Es wird darum gerungen, Instrumente auf den Weg zu bringen, um wieder **Stabilität** in den **Finanz- und Wirtschaftsmarkt** zu bekommen oder um die Eurozone zu retten. Das sind die vordringlichen Themen, die derzeit auf europäischer Ebene beraten werden. Ob all die Maßnahmen letztendlich ausreichen, wird die Zukunft zeigen; denn die Krise wird uns auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen.

Allerdings muss man auch ganz deutlich sagen, dass gerade die extrem liberale Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene dazu beigetragen hat, dass wir große Probleme im Bereich der sozialen Absi-

(Lars Harms)

cherung der Menschen haben. Das führt natürlich auch zu einer Distanz der Menschen zu Europa.

Das Spannungsverhältnis zwischen den **nationalen Interessen** der Mitgliedstaaten und den **gemeinschaftlichen Interessen** der Europäischen Union hat sich seit der Krise zugespitzt. Auch in den nächsten Jahren wird weiter darum gerungen werden, um die EU und die Eurozone zu festigen. All dies muss gelingen, wenn wir das Vertrauen der Menschen nicht verlieren wollen. Es darf sich nicht der Eindruck verfestigen, dass die EU nur für die Rettung von Banken zuständig ist; denn sie ist viel mehr als das. Das muss sich auch in der konkreten europäischen Politik widerspiegeln. Das bedeutet auch, dass der soziale Aspekt, ein wichtiges Element der europäischen Identität, in Zukunft viel stärker Berücksichtigung in den europäischen Politiken finden muss.

Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, worum es bei der EU wirklich geht. Die Auszeichnung der EU mit dem **Friedensnobelpreis** öffnet uns hierfür wieder die Augen. Das friedliche Zusammenwachsen von Europa ist eine große politische Leistung von Jahrzehnten und von vielen Nationen. Zum einen ist sie eine Auszeichnung für die erbrachte Leistung. Sie ist aber auch ein Auftrag an die EU, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und sich weiter dafür einzusetzen. Sie ist zugleich eine Mahnung, dass wir den Frieden in der EU und in Europa nur erhalten können, wenn alle füreinander eintreten.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, ob dieser Wille stark genug ist. Daher müssen wir alles dafür tun, dass diese Auszeichnung auch in Zukunft ihre Berechtigung behält.

Das entscheidende Manko der bisherigen EU-Politik ist die **mangelnde Bürgernähe**. Mit anderen Worten: Es müssen mehr Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger dezentral verankert werden. Sie müssen sich dann auch an der sozialen Wirklichkeit der Bürger orientieren.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Die Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN haben Recht: Auch sehr bürgernahe Elemente müssen dort eingebaut werden.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Das ist aber auch eine Aufgabe, die wir hier auf Landesebene haben.

Bürgerinnen und Bürger können nämlich nur vor Ort von der Notwendigkeit europäischer Zusam-

menarbeit wirklich überzeugt werden. Aus diesem Grund ist es richtig, dass wir den Menschen in Schleswig-Holstein beweisen, dass die EU mehr ist als nur Bankenrettung. Dies sehen wir als einen Auftrag an die Politik hier im Land.

Es ist zu begrüßen, dass sich die **Landesregierung** künftig stärker als bisher auf eine **aktive Rolle** als Ideengeber ausrichten wird, wie es auch dem Bericht zu entnehmen ist. Daher muss sich die Landesregierung stärker auf europäischer Ebene einbringen und die Zusammenarbeit mit den Partnern in Europa weiterentwickeln. Es bedarf aber auch einer aktiveren Rolle in den europäischen Gremien in Brüssel, um die schleswig-holsteinischen Interessen besser zu vertreten. Dafür werden wir auch das **Hanse-Office** neu einbinden und aufstellen. Soll heißen: Das Hanse-Office wird als echte Landesvertretung künftig stärker in die Zusammenarbeit mit anderen Vertretungen und Gremien gehen, um gezielter an Informationen heranzukommen und um in Brüssel stärker Einfluss auf Kernthemen des Landes zu nehmen. Da ist eine wichtige Aufgabe auch für das Landesparlament gegeben. Deswegen ist es in der Tat sehr wichtig, dass auch wir als Landtag im Hanse-Office vertreten sind.

(Beifall SSW, SPD und PIRATEN)

Damit nimmt das Hanse-Office, meine Damen und Herren, nicht nur die Funktion einer Beratungsinstitution für schleswig-holsteinische und Hamburger Institutionen ein, vielmehr schaffen wir eine bessere Verzahnung von Politik und wirtschaftlichen Interessen des Landes. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, dass es nicht nur darum geht, Unternehmen und kulturelle Organisationen sowie andere Organisationen darüber zu beraten, was gerade in Europa geschieht, sondern es ist aus Landesinteresse heraus auch wichtig, dass wir Einfluss auf die europäische Politik nehmen. Das ist ein Ansatz, der möglicherweise neu ist. Er ist aber nach meiner Auffassung ein ganz, ganz wichtiger Ansatz. Mit dieser Stelle, die wir auch als Landtag dort mit einrichten wollen - am liebsten mit den Hamburgern zusammen -, ist ein erster Schritt getan, dass wir tatsächlich auch politischen Einfluss nehmen können.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, wie bereits gesagt: Um die europäische Sinnkrise zu bewältigen, bedarf es aktiver Politik vor Ort. Gerade Schleswig-Holstein als Verbindungsland zwischen Skandinavien und Europa, als Ostsee- und Nordsee-Anrainer, hat hier-

(Lars Harms)

bei eine wichtige Aufgabe beziehungsweise Funktion. Diese müssen wir dann auch mit Leben füllen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat seinerzeit einstimmig beschlossen, Sønderborg als **Kulturhauptstadt Europas** für 2017 zu unterstützen. Nun wissen wir zwar, dass Århus nominiert wurde, wir haben aber in dem gesamten Bewerbungsverfahren erlebt, wie eine Region diesseits und jenseits der Grenze geschlossen hinter Sønderborg stand und wie man sich gemeinsam für Sønderborg ausgesprochen hat. Allein deshalb hat sich für uns der Aufwand gelohnt, auch wenn Sønderborg den Zuschlag nicht erhalten hat.

Diese Zusammenarbeit und dieser Zusammenhalt über Grenzen hinweg ist gelebter europäischer Gedanke. Dies wäre vor wenigen Jahrzehnten - Ministerin Spoorendonk ist auch darauf eingegangen - so nicht möglich gewesen. Daher ist Sønderborg ein Erfolg für die gesamte Region. Es ist richtig und wichtig, dass die Landesregierung diesen Erfolg weiter unterstützt, indem die grenzüberschreitende Kulturkooperation mit der Region Süddänemark extra gefördert wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Mosaikstein im europäischen Zusammenhang ist die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** auf dem **Arbeitssektor**. Auch hier hat es in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahrzehnten Veränderungen gegeben, die früher einfach nicht denkbar waren. Gerade in der grenznahen Region ist es mittlerweile nichts Ungewöhnliches mehr, wenn der Nachbar jeden Tag hinüber fährt, um auf der anderen Seite der Grenze zu arbeiten. Aber auch in einem vereinten Europa müssen wir immer noch akzeptieren, dass wir immer wieder auf Hürden stoßen. Soll heißen: Wir haben auf beiden Seiten der Grenze unterschiedliche Systeme, was zum Beispiel Steuern und Krankenversicherung angeht, die nicht kompatibel sind.

Wir sind uns alle einig, dass die Zusammenarbeit weiter ausgebaut und die Hürden natürlich abgebaut werden müssen; aber wir müssen auch akzeptieren, dass es diese unterschiedlichen Systeme und Hürden gibt und dass diese auch grundsätzlich bleiben. Deshalb ist die **Information** über diese **grundlegenden Unterschiede** auch ein wichtiger Baustein in der Zusammenarbeit. Vielleicht ist dies sogar der allerwichtigste Baustein. Es geht nicht darum, Skandinavien an mitteleuropäische Verhältnisse anzupassen oder Mitteleuropa an skandinavische Verhältnisse anzupassen, sondern die Informa-

tion über die Lebensverhältnisse auf der jeweilig anderen Seite der Grenze ist das entscheidende Element, um die Grenze richtig durchlässig zu machen.

Es gibt auch Kooperationen über die Grenzen hinweg, die sich dieser Problematiken angenommen haben, um Hilfestellung zu leisten. Dies ist auch ein Ergebnis langjähriger Erfahrung und Zusammenarbeit. Das **Regionskontor** in **Padborg** ist das gemeinsame Sekretariat und Informationsbüro für die Region Sønderjylland-Schleswig. Es ist die Anlaufstelle für Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie für Bürgerinnen und Bürger, die Fragen haben, beziehungsweise um Kontakt zur jeweils anderen Seite herzustellen, aber auch um Anregungen und Vorschläge für Projekte und Aktivitäten aufzunehmen, um sie dann an entsprechende Stellen weiterzuleiten. Dies ist praktisches Handeln in der Region, um grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern. Das ist der richtige Weg.

Wenn wir in Schleswig-Holstein über die **Fehmarnbelt-Region** sprechen, so gelten dort die gleichen Voraussetzungen wie an der Landgrenze zu Dänemark. Aber auch das Zusammenwachsen dort wird nur möglich sein, wenn wir entsprechende Anlaufstellen und Ansprechpartner vorhalten. Auch in der Fehmarnbelt-Region wird es bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Hürden geben. Darum ist es notwendig, auf beiden Seiten der Grenze dafür zu sorgen, das Wissen über den jeweils anderen zu schaffen. Dafür wäre das Modell des Regionkontors vorzüglich geeignet, meine Damen und Herren.

Ich glaube - auch das ist wichtig -, dass die kulturelle Komponente bei uns in der Grenzregion natürlich gegeben ist. Sie ist auf diese Art und Weise aber noch nicht in der Fehmarnbelt-Region gegeben. Deshalb ist es auch sehr, sehr wichtig, dass wir die **kulturelle Komponente** im Auge haben, wenn es darum geht, diese Verbindung über den Fehmarnbelt mit Leben zu erfüllen. Es geht nicht nur um ein verkehrspolitisches Projekt, sondern um ein europäisches Projekt. In der Folge geht es dann auch um ein kulturelles Projekt zwischen Deutschland und Dänemark. Auch das müssen wir, wenn wir über die Fehmarnbelt-Querung reden, im Auge haben.

(Beifall SSW und SPD)

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Kooperation mit Dänemark so konkret und so ergebnisorientiert wie möglich ausgerichtet wird. Ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen der bisherigen grenzüberschreitenden Projekte wird die Landesre-

(Lars Harms)

gierung die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausbauen. Hierfür wurde bereits ein Thesenpapier erstellt, das die Grundlage für gemeinsame Aktivitäten darstellt.

In diesem Kontext ist auch der **Besuch** von **Ministerpräsident Albig**, der **Europaministerin Spoorendonk** und der **Minderheitenbeauftragten** zu sehen. Dies begrüßen wir ausdrücklich - hat es doch dazu geführt, dass das angespannte Verhältnis zur dänischen Politik schnell beruhigt werden konnte. Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, das Verhältnis war in der Tat aufgrund der Diskriminierung der dänischen Schülerinnen und Schüler durch die vorherige Koalition höchst angespannt. Zum Glück hat das ein Ende. Das wird auch gerade in der dänischen Politik sehr begrüßt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bericht wird deshalb in diesem Zusammenhang explizit darauf hingewiesen, dass die **Minderheitenpolitik** als sehr konstruktiv bezeichnet wurde. Dies ist eindeutig ein Verdienst der jetzigen Landesregierung, die sich zu ihren Minderheiten bekennt und die Gleichstellung wieder eingeführt hat.

Ich möchte aber deutlich sagen, dass die **Kürzungen** bei den Minderheiten seinerzeit nicht nur im deutsch-dänischen Zusammenhang gesehen wurden. Vielmehr wurden die Kürzungen auch auf europäischer Ebene wahrgenommen. Sie haben auch dort für Entrüstung und Unverständnis gesorgt. Daher wurde auch dort die Gleichstellung positiv aufgenommen. Meine Damen und Herren, Minderheitenpolitik ist nämlich auch Europapolitik. Dies war der schwarz-gelben Landesregierung völlig egal. Uns ist es aber nicht egal. Wir wollen eine gute Europapolitik haben. Dazu zählt ausdrücklich auch eine moderne Minderheitenpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bereits eingangs erwähnt, kommt dem Land Schleswig-Holstein auch im Zusammenhang mit der **Ostsee- und Nordseepolitik** eine wichtige Rolle zu. Im Zusammenhang mit der integrativen europäischen Meerespolitik hat sich Schleswig-Holstein seinerzeit unter Minister Döring ein redliches Standing erarbeitet. Ich weiß, dass es eine Herzensangelegenheit von Europaministerin Spoorendonk ist, dies wieder neu zu beleben und Schleswig-Holstein wieder neu zu profilieren. So wird Schleswig-Holstein in Zukunft wieder ein maßgeblicher und verlässlicher Zusammenarbeitspartner sein, wenn es

um die Kooperation im Ostseeraum und um die Umsetzung der EU-Ostseestrategie geht. Mit anderen Worten: Schleswig-Holstein wird dazu beitragen, dass der **Ostseeraum** zur **maritimen Modellregion Europas** wird. Dieses, meine Damen und Herren, ist nicht nur ein kulturelles Thema, es ist auch ein wirtschaftliches Thema in Bezug auf die, wenn man so will, Konkurrenzregion im Mittelmeerraum. Das ist nicht irgendwie „nice to have“, sondern diese Politik ist ein wichtiger Teil der schleswig-holsteinischen Politik, der eben auch wirtschaftliche Auswirkungen haben kann, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht macht deutlich, dass die **Nordseekooperation** zurzeit noch in den Kinderschuhen steckt. Der Wille vonseiten der Nordseekommission, die Zusammenarbeit voranzubringen, ist da, jedoch fehlt es derzeit an politischer Durchschlagskraft. Nichtsdestotrotz wurde von der Nordseekommission ein Aktionsplan entwickelt, der als Teil einer europäischen Nordseestrategie herangezogen werden könnte. Die Zusage Schleswig-Holsteins, sich stärker in der Nordseekooperation zu engagieren, ist positiv, um die Zusammenarbeit in der Nordseeregion praktisch und wirkungsvoll voranzubringen.

Für den Bereich der **Wattenmeerregion** entlang der dänischen und deutschen bis einschließlich der niederländischen Küste lässt sich feststellen, dass es sich hierbei durchaus um eine homogene und zusammenhängende Region handelt. Das Wattenmeer, die Inseln und Halligen sowie das Festland und die Deiche, bilden einheitliche Elemente, die für die gesamte Küstenregion prägend sind. Seit Jahrtausenden ist diese Küstenlandschaft gleichermaßen den Einflüssen der Nordsee ausgesetzt. Die Lebensgrundlage der dort lebenden Bevölkerung ist nahezu identisch und hat sich entsprechend entwickelt.

Die natürliche Lebensgrundlage ist - wie anderswo auch - die Grundlage für die kulturelle Entwicklung der Bevölkerung. Daher ist es nicht verwunderlich, dass wir in der gesamten Wattenmeerregion so viele **kulturelle Gemeinsamkeiten** haben; trotz der nationalen Grenzen. Vom LancwadPlan gibt es ein Projekt, dessen Strategie der Erhalt dieser Landschaft als gemeinsames Erbe und als lebendige historische Landschaft ist. So ist es für uns vom SSW einleuchtend, darüber hinaus die gesamte Kultur der Wattenmeerregion als lebendiges kulturelles Erbe zu erhalten. Als **immaterielles Kulturerbe** der

(Lars Harms)

UNESCO lässt sich diese einzigartige Wattenmeerkultur und damit verbunden die dort vorhandene einmalige sprachliche Vielfalt nicht nur schützen, sondern auch auf die europäische Ebene heben. Dies sage ich vor dem Hintergrund, dass heute verkündet wurde, dass der Bundestag zugestimmt hat, diesem Abkommen über ein immaterielles Weltkulturerbe beitreten zu wollen, sodass wir in drei Monaten Ratifizierungsstaat sein werden. Für uns Schleswig-Holsteiner ergibt sich daraus eine große Chance, auf europäischer Ebene ein Ausrufungszeichen zu setzen.

Die **niederdeutsche Sprachgruppe** hat diesen Wunsch schon geäußert, und auch die **friesische Minderheit** zeigt sich von dieser Idee überzeugt; übrigens nicht nur hier bei uns, sondern auch in den Niederlanden. Eine solche Initiative der Anmeldung der kulturellen Ausdrucksformen in der Nordseeregion verbunden mit der sprachlichen Vielfalt könnte somit der Startschuss für eine noch engere Zusammenarbeit in der Nordseeregion sein. Wir wollen diese Zusammenarbeit angehen, und zwar nicht nur in der Nordsee-, sondern auch in der Ostseeregion und grenzüberschreitend in Dänemark. Das ist das belebte Europa der Regionen, für das wir in Schleswig-Holstein eine Verantwortung haben. Das bringt den europäischen Gedanken näher zu den Menschen. Dies muss unser aller Ziel sein. Ich bin ganz sicher, dass die Erreichung dieses Ziels bei Frau Ministerin Spoorendonk in guten Händen ist. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vier Anmerkungen zu der Debatte und der guten Regierungserklärung der Europaministerin machen.

Liebe Anke Spoorendonk, der Abgeordnete Dr. Klug hat komplett recht, wenn er sagt, wir müssen bei europäischen Fragen in der Sache streiten und nicht nur so tun, als seien wir uns in allem einig. Hier haben Sie wirklich recht. Auch wenn ich mit manchen der Punkte, die Sie hier vorgetragen haben, nicht übereinstimme, so muss ich doch sagen, dass sich Ihre Rede angenehm von der der

Kollegin Damerow unterschieden hat, die bemerkenswert substanzlos war.

Frau Damerow, auf der einen Seite sagen Sie, alles, was wir jetzt machen, sei - im **Vergleich** zu Ihnen - genau das Gleiche. Dabei rührt sich bei Ihnen jedoch keine einzige Hand, egal was hier vorgetragen wird. Auf der anderen Seite sagen Sie, das sei inhaltsleer. Für eines müssen Sie sich schon entscheiden. Inhaltsleer war dann wohl die Politik der **Vorgängerregierung**. Das hat wirklich keine Substanz. Da streite ich lieber mit Herrn Dr. Klug über die Inhalte, statt einer so niveaulosen Rede zuzuhören.

(Beifall SPD und SSW)

Es gab aber in der Tat einen **Neuanfang**. Darauf hat der Kollege Harms eben hingewiesen. In der Minderheitenpolitik und bei der **Beziehung zu Dänemark** war das Verhältnis durch die Vorgängerregierung nahezu ruiniert. Das ist in kürzester Zeit geändert worden, und das ist gut so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es auch ein bisschen kleinkariert, der Europaministerin zu sagen, sie habe alles Mögliche noch nicht erreicht, wenn wir noch nicht einmal ein halbes Jahr an der Regierung sind. Vieles hat sie schon erreicht. Liebe Anke Spoorendonk, das war auch der SSW-Beitrag aus der Landesregierung. Wir freuen uns, dass der SSW daran beteiligt ist. Das ist gut so. Wir haben, was die Europapolitik für den Rest der Legislaturperiode angeht, hohe Erwartungen an die Europaministerin.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Obwohl die Frau Kollegin von Kalben sich wirklich selbst verteidigen kann, möchte ich einen Punkt aufgreifen. Lieber Herr Dr. Klug, zu dem, was Sie mit Blick auf Hans-Dietrich Genscher und auf anti-europäische Ressentiments vorgeworfen haben, will ich sagen: Momentan geht es in Europa genau darum, das Primat der **demokratischen Politik** gegen den **Wettbewerbsfundamentalismus** und gegen die Dominanz der Finanzmärkte zu verteidigen für ein **soziales und demokratisches Europa**. Als Vertreter einer Partei, die schon 1925 in Heidelberg beschlossen hat, die Vereinigten Staaten von Europa zu wollen, sage ich: Es ist genau diese Frage, die dafür sorgt, dass anti-europäische Ressentiments nicht stärker werden. Bei diesem Thema verweigert sich die FDP am stärksten. Sie blockieren fast jede Maßnahme, die ein soziales Europa stärkt und die Finanzmärkte in die Schranken weist sowie dafür

(Dr. Ralf Stegner)

sorgt, dass es ein Primat der Politik für ein soziales Europa gibt. Sehr verehrter Herr Dr. Klug, das ist das Problem der FDP.

Leider gilt das auch für die Union. Die Kanzlerin ist - was das Thema angeht - ein Rohr im Wind. Sie ist meinungslos. Sie vollzieht unsere Forderungen mit Verspätung, egal ob diese die Finanzmarkttransaktionssteuer oder Wachstumsimpulse gegen die erschreckend hohe **Jugendarbeitslosigkeit** in Spanien oder Griechenland betreffen. Ich sage Ihnen: Wenn wir nicht etwas tun, damit die jungen Menschen eine Perspektive in Europa kriegen, dann werden diese sich gegen Europa und gegen die Demokratie auflehnen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Darum geht es, und hier haben Sie sich lange genug verweigert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Schlimmste, das die Bundesregierung, die von Schwarz und Gelb gestellt wird, macht, ist, dass die Art und Weise, wie sie in Europa auftritt, überhaupt nichts mit dem **Europa der guten Nachbarn** zu tun hat. Ganz Europa stellt sich gegen Deutschland, weil es besserwisserisch auftritt und sich eben nicht darum kümmert, um Verständnis zu werben. Deutschland war in Europa noch nie so isoliert wie seit der Zeit, in der Frau Merkel die Politik macht. Herr Sarkozy ist weg, er war der letzte Verbündete. Berlusconi soll angeblich wiederkommen, das kann nur heiter werden. Alle Europäer, egal wer sie regiert, sagen: Diese Art der deutschen Dominanz, des Auftretens und der Besserwisserie, anderen zu erzählen, was man tun muss, statt dafür zu werben, dass man gemeinschaftlich vorankommt, ist in der Tat ein Problem.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Martin Schulz ist ein hervorragender Vertreter, nicht nur des Europäischen Parlaments, sondern genau derjenigen, die dafür werben, Europa zusammenzubringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit dem habe ich gerade geredet!)

- Es mag sein, dass Sie ab und zu mit jemandem reden, Herr Kubicki. Es wäre aber gut, wenn Sie aus den Gesprächen etwas verstehen würden. Martin Schulz könnte Ihnen nämlich erklären, wie das mit dem demokratischen Europa ist. Es ist in jedem Fall kein Europa, in dem Frau Merkel so auftritt, als sei sie die Lehrmeisterin der Republik.

Ich will Ihnen auch sagen, wie sie das tut: Wir haben es eine ganze Weile lang erlebt, wie antigrie-

chische Ressentiments geschürt wurden. Gleichzeitig wird den Menschen die Wahrheit vorenthalten, dass der **Schuldenschnitt** kommen wird. Dieser wird nämlich kommen. Sie glauben, Sie kommen besser über die Bundestagswahl, wenn Sie die Wahrheit verweigern. Das sehen wir bei Frau Merkel.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung leistet europapolitisch viel zu wenig. Wir müssen ein Volk der guten Nachbarn sein und bleiben. Das bedeutet, auch mit den kleineren Ländern so umzugehen, dass man **Ressentiments** nicht schürt, sondern den Menschen erklärt, was passiert. Man darf im Übrigen auch nicht hingehen und sagen, ich presse euch alle möglichen Dinge ab: Die Renten werden gekürzt, im öffentlichen Dienst werden die Leute entlassen, die Gehälter werden gekürzt, und es wird privatisiert, was nicht niet- und nagelfest ist. Wenn es aber darum geht, an die Milliarden Euro zu kommen, die zum Beispiel von griechischen Millionen auf Schweizer Konten liegen, dann kommen Sie mit einem deutsch-schweizerischen Abkommen, das die Steuerhinterzieher schützt. Das ist Ihr Beitrag zu Europa, und das ist ein falscher Beitrag. Das ist ein ganz falscher Beitrag zur Europapolitik.

(Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie schützen immer diejenigen mit den höchsten Einkommen und Vermögen. Das kennen wir schon von Ihnen. Das aber ist nicht Europa. Europa ist nicht das Europa der Mächtigen und der Finanzstarken, sondern Europa muss das Europa der Menschen sein; der Jugendlichen, die Perspektiven haben. Europa muss ein Europa der Menschen und der Demokratie sein, damit wir eine höhere Wahlbeteiligung erhalten und über die Inhalte streiten, wie Herr Dr. Klug es gesagt hat. Dazu gehört aber auch ein gewisser Umgangsstil.

Vor Kurzem hatte ich die Gelegenheit, mit Herrn Barroso zu reden, als ich in Brüssel war. Er steht nicht im Verdacht, Sozialdemokrat zu sein. Ich habe mit ihm darüber geredet, wie die Regierungschefin auftritt und was darüber selbst in den Ländern gedacht wird, die von der eigenen Parteienfamilie regiert werden. Sie hören überall: Das ist die deutsche Dominanz, das ist der Versuch, uns einzuschränken und sich durchzusetzen. All dies wird sich für uns noch bitter rächen.

Denn man muss sagen, dass es auch schon Zeiten gegeben hat, in denen Deutschland der Unterstützung durch europäische Nachbarn bedurft hat. Das

(Dr. Ralf Stegner)

wird manchmal von denjenigen vergessen, die die Regierungsmehrheit haben.

Ich sage nur, wir Sozialdemokraten - ich glaube, das teilen auch die Grünen und der SSW - wollen ein Deutschland der guten Nachbarschaft mit unseren Nachbarn an allen Stellen in Europa sein. So habe ich die Bemerkung verstanden. Da haben wir einiges zu tun, und daran sollten wir arbeiten. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder des Ortsvereins der SPD Sereetz, die auf Einladung der Abgeordneten Redmann hier sind. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat der FDP-Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, ich frage mich, wo Ihre intellektuelle Brillanz geblieben ist. Das, was Sie hier machen, ist nichts mehr als stupide Polemik.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie waren wirklich einmal besser. Ich weiß nicht, was mit Ihnen passiert ist, dass Sie so absacken.

(Zurufe SPD)

- Wenn er denn eine deutsche Eiche wäre, dann würde man sich an ihm auch reiben können. Davon ist er aber deutlich entfernt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich will das einmal auf den Europabereich herunterbrechen. Sie treten hier auf und sagen, wir wollten uns in der Sache streiten, bringen sachlich aber keinen einzigen Beitrag.

(Beifall FDP)

Es stellt sich doch nicht die Frage, ob wir ein **soziales Europa** wollen, sondern, wie wir dort hinkommen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Dr. Stegner, wenn Sie in Griechenland auftreten und den griechischen arbeitslosen Jugendlichen versprechen, dass sie mit Ihrer Mithilfe einen Job bekommen werden, werden sie Sie fragen: Wie denn? Das Problem, das Griechenland, Spanien und Italien haben, ist ihre man-

gelnde Wettbewerbsfähigkeit. Das bekommen Sie nicht durch Appelle in den Griff, sondern nur durch eine verbesserte wirtschaftliche Kompetenz, eine verbesserte Infrastruktur und durch eine verbesserte Grundbuchgeschichte. Noch einmal: Nicht durch Appelle wird die Welt besser, sondern durch Taten wird die Welt besser. Da lassen Sie einiges vermissen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will nun hier nicht **Angela Merkel** verteidigen, weil auch ich einige ihrer Äußerungen und **Auftritte** anders sehe. Wie sollte es auch anders sein, ich bin Mitglied der FDP. Gleichwohl sage ich Ihnen, dass 70 % der deutschen Bevölkerung ihr gegenwärtiges Engagement in der europäischen Staatsschuldenkrise nicht nur befürworten, sondern auch für angemessen halten. Warum? - Weil die ständigen Appelle, egal was passiert, wir helfen den anderen Ländern, ihre Schuldenprobleme zu lösen, nicht dazu führen, dass die Schuldenprobleme gelöst werden, sondern dass sie sich verstärken. Wir müssen schon erwarten, wenn wir helfen wollen, dass die Hilfe im Zweifel auch angenommen und nicht als selbstverständlich angesehen wird. Das bedeutet, dass die Griechen und die Spanier ihre Hausaufgaben machen müssen, um ihre eigene Leistungsfähigkeit wieder herzustellen und nicht darauf vertrauen, dass andere das machen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, ich bin ein vehementer Europäer. Sie werden demnächst von mir etwas in einer doch bedeutenderen Zeitschrift lesen - die bei mir nachgefragt hat und nicht bei Ihnen -, nämlich in der Zeitschrift „Kapital“, zu der Frage: Wie soll es in Europa weitergehen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herzlichen Glückwunsch! - Weitere Zurufe SPD)

- Ja, selbstverständlich. Weil sie von Leuten mit ökonomischem Sachverstand gelesen wird und weil darin auch Peer Steinbrück gelegentlich veröffentlicht hat - noch ohne Honorar, wahrscheinlich würde er jetzt ein Honorar nehmen.

(Zuruf SPD: Und was nehmen Sie? - Weitere Zurufe SPD)

Aber das muss man auch nicht machen. Sie als Sozialdemokraten sind ja so bedeutsam - mit 27 % bundesweit. Sie müssen vielleicht einmal darüber nachdenken, was das bedeutet. Eine Partei, die einmal mehr als 40 % der Stimmen organisiert hat, muss sich doch fragen, ob ihre Politik überhaupt noch richtig ist und von den Menschen verstanden

(Wolfgang Kubicki)

wird. Sie sollten sich nicht dauernd hier hinstellen und sagen, wir befinden uns im Bereich der Besserwisser.

Wenn Europa künftig eine Zukunft haben soll, müssen wir die **europäische Integration** verstärken. Das geht nur, wenn wir **nationale Souveränitätsrechte** aufgeben. Wir können wegen der ökonomischen Disparitäten auf Dauer keinen gemeinsamen Währungsraum unterhalten, wenn wir keine gemeinsame Fiskal-, keine gemeinsame Sozial- und keine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Wer das nicht begreifen will, der lügt nicht nur sich selbst in die Tasche, sondern wird auch Probleme schaffen, zu deren Bewältigung die nationalen Kapazitäten nicht mehr ausreichen werden.

Wer uns heute empfiehlt, wir sollten zur **D-Mark** zurückkehren, der hat den Schuss nicht gehört. Wer in der logischen Folge einer Veränderung der bisherigen Eurozone die D-Mark zu einer Fluchtwährung machen will, muss nur in die Schweiz schauen. Die Schweiz merkt gerade, was dann passiert. Die Schweizer Nationalbank ist stark genug, um mit Gelddrucken dagegen anzugehen. Aber für uns würde das bedeuten, dass wir von heute auf morgen eine Aufwertung von 40 bis 50 % hätten mit der Folge, dass die Exporte zusammenbrächen und wir ökonomische Probleme bekämen, deren Folgewirkungen wir heute gar nicht absehen können, die jedenfalls schlimmer wären als all das, was wir leisten, um die Eurozone zu stabilisieren.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe überhaupt nicht verstanden, was das deutsch-schweizerische Steuerabkommen mit griechischen Steuerflüchtlingen zu tun haben soll. Bisher bin ich nicht davon ausgegangen, dass wir Griechenland okkupiert haben und die griechischen Staatsbürger Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterliegen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Der gleiche Geist, Herr Dr. Stegner, könnte Sie vielleicht dazu veranlassen - darüber müssen wir mit Martin Schulz vielleicht einmal reden -, Ihre Genossinnen und Genossen in Griechenland zu veranlassen, endlich die Norm aus der Verfassung herauszustreichen, wonach **Reeder in Griechenland von der Steuer befreit** sind. Ich kenne kein anderes Land, in dem eine Berufsgruppe von der Steuer befreit ist. Das ist übrigens mit Zustimmung der dortigen

Sozialisten so. Das ist eine Nummer, zu der auch ich als Parlamentarier sage: Wenn das nicht beseitigt wird - das erwarte ich vom griechischen Parlament -, dann muss man schon begründen, warum man von Deutschland Geld haben will, das man von den eigenen Staatsbürger nicht einnimmt.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Wolfgang Baasch [SPD]: Sie haben die Hoteliers auch befreit!)

- Ja, wir haben die Hoteliers befreit. Wir befreien viele.

(Zurufe SPD)

- Ja, Sie doch auch, Herr Baasch. Diese ganzen **Mehrwertsteuerausnahmetatbestände** sind doch nicht geschaffen worden, weil einige böse Menschen das wollten, sondern weil immer mehr Gruppen kamen und sagten, wir brauchen für die Zeitschriftenverleger, wir brauchen für die Blumenhändler, wir brauchen für bestimmte Leute und Regionen Ausnahmetatbestände. Das geht doch bis heute so, bei Ihnen in gleicher Weise. Der Vorschlag, der von Herrn Wiegand und mir auf dem Tisch lag und hoffentlich von Frau Heinold weiterverfolgt werden wird, war deshalb doch auch der, alle Ausnahmetatbestände bei der Mehrwertsteuer zu streichen und dann einfach den Satz zu senken.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Dann wollen wir doch einmal sehen, wie intensiv und stark Sie auf unserer Seite kämpfen werden, Herr Baasch, Herr Dr. Stegner oder auch andere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist ein wichtiges Projekt. Das, was wir momentan erleben, ist eine **Renationalisierung der Gedankengänge**. Ich bin noch mit einer **Emphase für Europa** groß geworden. Meine Kinder sind mit einer Emphase für Europa groß geworden. Ich merke, dass diese Emphase mittlerweile nachlässt. Wenn es uns nicht gelingt, eine neue Euphorie für die europäische Integration zu schaffen, dann werden die jungen Menschen, die Europa nur im Frieden erlebt haben, für die es selbstverständlich ist, dass sie ohne Pässe quer durch Europa reisen können, dass sie an keiner Zollstation mehr aufgehalten werden, nicht mehr bereit sein, den Integrationsprozess so zu beschreiben, wie wir ihn uns vorstellen.

Lieber Ekkehard Klug, das bedeutet nicht, dass wir eine allgemeine Sülze verbreiten sollen. Ich will mich mit Herrn Dr. Stegner darüber streiten, wohin der gemeinsame Weg geht. Aber was wir dokumentieren müssen, ist, dass **Europa uns als Projekt am**

(Wolfgang Kubicki)

Herzen liegt, dass Europa mehr ist als nur Frieden in Europa zu sichern und kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Es ist das Projekt einer stärkeren Bedeutung in der Welt, die kein einzelner Nationalstaat in Europa erhalten kann - so wie sich die Welt verändert. Wir sind auch als Deutsche - das sage ich immer wieder - nur stark als Europäer und nicht als Deutsche allein, so wie alle anderen auch. Wenn es uns gelingt, dort wieder eine gewisse Emphase zu entfachen, dann werden wir mit den Problemen, die wir haben, die zu beschreiben sind, fertig - nicht in Angst, sondern in großer Euphorie und in großer Zuversicht. Europa hat in den letzten 60 Jahren so viel geschafft. Mit dem, was wir jetzt haben, werden wir spielend fertig - auch mit Herrn Dr. Stegner. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da hat eben - sozusagen vor mir - ein großer Europäer gesprochen. Herr Dr. Stegner, Sie haben von Besserwisserei, von Ressentiments in der Europäischen Union gegenüber kleineren Staaten gesprochen. Mir fällt auf: Sie sagen so etwas immer, zum Beispiel gegenüber Malta, gegenüber der ehemaligen dänischen Regierung, wenn Ihnen bestimmte Dinge ideologisch nicht in den Kram passen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genauso ist es!)

Das ist nicht das Europa, das ich mir vorstelle, wenn man von einer gegenseitigen Achtung in Europa spricht.

(Beifall CDU)

Wir haben die Regierungserklärung gehört. Liebe Anke Spoorendonk, ich habe mich in der Tat gefragt, wie diese **Regierungserklärung** uns heute vorangebracht hat außer mit der gemeinsamen Botschaft, dass wir zu und hinter Europa stehen. Die Regierungserklärung hat über den **Europabericht** hinaus, der dem Parlament vorliegt, nichts Neues gebracht. Das hat auch nichts damit zu tun, dass es hier um die Perspektive für die Zukunft geht, sondern es ist ausdrücklich Auftrag des Landtags gewesen, dass der Europabericht - und das schreibt die Landesregierung auch in ihrem Bericht in den Vorbemerkungen - nicht nur Rückschau, sondern ausdrücklich auch Vorausschau ist. Insofern hätte

es dieser Regierungserklärung formal nicht bedurft. Es hätte ihrer auch inhaltlich nicht bedurft, weil es in der Tat kaum etwas Neues gab.

Ich möchte das kurz an drei Beispielen festmachen. Sie haben Ihren angeblichen Erfolg gewürdigt, dass **Kultur**, regionale **Identität und Tourismus** jetzt endlich in die **Förderprogramme** aufgenommen worden sind. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode häufig darüber gestritten - Sie haben uns dabei alles Mögliche vorgeworfen -, aber Sie schreiben in Ihrem Europabericht dezidiert, dass seit 2011 das Land genau dafür eintrete. Das heißt, dieser Erfolg ist der Erfolg der alten Landesregierung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie schreiben in Ihrem Bericht, Sie wollten die Dänemark-Strategie fortsetzen. Ich erinnere mich an viele Debatten, in denen Sie uns vorgeworfen haben, was für ein Blödsinn die Dänemark-Strategie sei. In einer Pressemitteilung der damaligen SSW-Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk heißt es in der Überschrift: „Neue Dänemark-Strategie gefährdet die Errungenschaften im Grenzland.“ - Was ist bis heute anders geworden?

(Zuruf)

- Ja, dass Anke das jetzt macht.

(Beifall SPD und SSW)

Das macht es aber in der Sache nicht besser.

(Zurufe)

Sie haben uns damals vorgeworfen, was die INTERREG-Fördergebiete angeht - ich zitiere noch einmal -:

„Deshalb sieht der SSW ... die geplante Zusammenlegung des Nordens und der Fehmarnbelt-Region zu einem gemeinsamen INTERREG-Fördergebiet mit großer Skepsis.“

Toll! Ein Jahr später sagt dieselbe Anke Spoorendonk, bei der **Weiterentwicklung der deutsch-dänischen Kooperation** werde uns helfen, dass wir in der neuen Förderperiode ein - ein! - großes grenzüberschreitendes Fördergebiet haben; das sei eine große Chance. Liebe Kollegin Anke Spoorendonk, was ist an dieser Geschichte neu?

Sie heben die Bedeutung der **Kultur in der Europapolitik** der neuen Landesregierung hervor. Neben vielen netten Worten habe ich nicht ein Stichwort gehört, wie diese Landesregierung, wie Sie neue Förderprogramme, die die EU-Kommission nach 2014 im Kulturbereich anbietet, nämlich das Programm „Kreatives Europa“ und andere Maßnah-

(Johannes Callsen)

men, konkret nutzen will. Völliger Bodennebel in Ihrer Diskussion. Außer netten Worten kein greifbares Ergebnis. Herr Dr. Stegner, diese Regierung ist in Bezug auf neue Inhalte für die Europapolitik des Landes Schleswig-Holstein inhaltslos.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet. Es ist zwar ausdrücklich kein Antrag zu Punkt b) gestellt worden - -

(Widerspruch)

- Es ist ausdrücklich ein Antrag gestellt worden; das erleichtert die Arbeit des Präsidiums erheblich. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/360, dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Zurufe)

- Dem Europaausschuss und allen anderen Ausschüssen mitberatend. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Unruhe)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 und 13 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum Chance für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 18/257

Blaues Wachstum - Zukunft Meer

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/408

b) Umsetzung der Resolutionen des 10. Forums der Parlamente der Südlichen Ostsee in Kiel und der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/312

Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 18/260

Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 18/261

Wird das Wort zur Begründung? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Landesregierungen haben das große Potenzial, welches die maritime Wirtschaft im Land zwischen Nord- und Ostsee bietet, erkannt und genutzt. Bereits 2004 ist die Entwicklung und Umsetzung der Initiative „Zukunft Meer“ in Schleswig-Holstein erfolgt. Darauf aufbauend ist der „Aktionsplan Meer“ entstanden. Schleswig-Holstein hat seine Möglichkeiten genutzt und war maßgeblich Initiator der Entwicklung der europäischen Meeresplanung. Immer wieder hat Schleswig-Holstein die große Bedeutung dieses wichtigen **Wirtschafts- und Forschungssektors** unterstrichen.

Das Hanse-Office in Brüssel hat auch in Zusammenarbeit mit anderen Küstenregionen Europas Schlüsselkonferenzen und maritime Arbeitsgruppen organisiert. In Brüssel und Berlin haben Vertreter der schleswig-holsteinischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft maritime Themen und Projekte wie zum Beispiel den „Maritimen Aktionsplan Schleswig-Holstein“ präsentiert. Zusätzlich wurde 2011 das erste länderübergreifende „Maritime Cluster Norddeutschland“ unter Beteiligung von Hamburg und Niedersachsen geschaffen.

Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Platz für die **maritime Wirtschaft** und **maritime Spitzenforschung**. So ist das GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel mit 750 Mitarbeitern eine der führenden Einrichtungen auf dem Gebiet der Meeresforschung in Europa. Es ist eine beeindruckende Bilanz, an der insbesondere Professor Dr. Herzig als Wissenschaftler, aber ebenso der frühere Europaminister Döring, in besonderer Weise auch Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und

(Astrid Damerow)

die Wirtschaftsminister Austermann und de Jager mitgearbeitet haben.

Die Europäische Kommission hat nun unter dem Titel „**Blaues Wachstum**“ ein **Handlungskonzept** erstellt, das alle Wirtschaftstätigkeiten von Meereschutz über Fischerei, Schifffahrt und Schiffbau, Häfen, Tourismus, Energie und Rohstoffgewinnung sowie Wissenschaft und Forschung am und im Meer betrifft, zusammengefasst. Die EU erkennt dabei die enormen Wachstumspotenziale, die selbst in Krisenzeiten in den aufgeführten Feldern bestehen. Es gibt zahlreiche Initiativen im Bereich der Meerespolitik; die Bandbreite ist hier sehr vielfältig und höchst interessant zu lesen.

An dieser Stelle besteht der direkte Bezug zur **Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz** vom August dieses Jahres. Wer, wenn nicht die Ostsee-Anreinerstaaten, hat die großen Schnittmengen mit der Meerespolitik der EU? Besonders erfreulich ist dabei zusätzlich, dass auch Russland in die Beschlussfassungen eingebunden ist. So finden sich in der Resolution unter den Beschlüssen zur integrierten Meerespolitik die Punkte wieder, die im Ostseeraum in besondere Weise, aber im Grunde für alle Meeresteile der EU bedeutsam sind.

Ich nenne einige wenige: Es sind Forderungen nach der Förderung von Sicherheit auf See oder dem Schutz des Ökosystems Ostsee, die Forderung nach Wissensnetzwerken über maritime Fragen und so weiter. Hier kann eine Kooperation im Kleinen beispielhaft für ganz Europa werden. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten die Forderungen der Ostseeparlamentarier aufnimmt, umsetzt und weiterträgt. Warum sollen wir nicht auch hier gemeinsam mit den Ostseestaaten Motor für Entwicklungen in Europa sein? Was für die Meerespolitik zählt, gilt auch für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, für die Umwelt- und Energiepolitik und andere Punkte der Resolution.

Schleswig-Holstein ist nun auch angesichts der ab 2014 geltenden neuen Förderstrukturen und Kulissen mit neuen Schwerpunktsetzungen gefordert, seine Spitzenstellung nicht nur zu bewahren, sondern weiter auszubauen. Wir haben bislang leider noch nicht gehört und gesehen, welche **Vorstellungen** die neue **Landesregierung** hier entwickelt. Was soll fortgeführt werden? Was soll verstärkt werden? Wie will sie das beschriebene Potenzial nutzen und ausbauen, wie auf den Erfolgen aufbauen? Deshalb stellen wir heute hier die Frage nach der Haltung und den Initiativen der Landesregierung auf die Mitteilung der Kommission zum blau-

en Wachstum im Bundesrat sowie zum Grünbuch Meereskenntnisse 2020. Wir sind uns in diesem Hause sicher alle einig, dass Schleswig-Holstein die **Zukunftspotenziale des marinen und maritimen Wachstums** nicht vernachlässigen darf.

Es ist wirklich ein Alleinstellungsmerkmal, das wir in Schleswig-Holstein haben. Wir wünschen uns sehr, dass die neue Landesregierung das mit demselben Engagement weiterverfolgt, wie ihre Vorgänger das getan haben. Schließlich brauchen wir das blaue Wachstum. Wir wollen am Ende ja schließlich nicht ein blaues Wunder erleben.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

(Zurufe)

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Ministerpräsidentin Simonis im Jahr **2003** das Projekt „Zukunft Meer“ ins Leben rief, trug sie der wachsenden Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Schleswig-Holstein Rechnung. Ende **2004** folgte die Einrichtung einer Stabsstelle bei der Ministerpräsidentin, und **2005** lag der erste Bericht an den Landtag vor. Er stellte als erstes Strategiefeld Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Meeresverschmutzung durch Schiffe und zur Erhöhung der Schifffsicherheit in der Ostsee vor. Wie Sie wissen, war das alles ein echter Erfolg. Einige der Kernbotschaften dieser Politik konnten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab 2005 in unseren Koalitionsvertrag mit der CDU retten. Ich freue mich sehr, dass unser Thema Sie offenbar überzeugt hat. Selbstverständlich sind wir dabei, wenn es darum geht, rund ums **Meer** Politik zu gestalten.

Ihr Antrag ist mir allerdings ein bisschen zu defensiv. Nachdem Schleswig-Holstein die **integrierte Meerespolitik der EU** mit auf den Weg gebracht und 2008 analog zum europäischen Aktionsplan einen regionalen verabschiedet hat, hat meine Kollegin Anette Langner - ich habe sie heute schon erwähnt - zu Recht vor etwa einem Jahr bedauert, dass es Schleswig-Holstein unter der CDU/FDP-Regierung nicht gelungen ist, die Koordinierung für einen Schwerpunktbereich der EU-Ostsee Strategie zu übernehmen. Das hätte uns gut zu Gesicht gestanden. Dass Sie diese Chance vertan haben, sollte

(Regina Poersch)

uns jetzt erst recht anspornen, mit unseren Stärken nach vorn zu gehen. Unsere Kompetenz in Sachen Meer ist ein Pfund, mit dem das Land zwischen den Meeren wuchern sollte.

Wir halten die Punkte der EU-Kommission für wichtig. **Blaues Wachstum** - das heißt für uns in Schleswig-Holstein Stärkung und Weiterentwicklung unserer Häfen für Kreuzfahrttourismus, Güterverkehr und Offshore-Windkraft-Services, für Landstromversorgung, für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserem Land. Auch im Bereich von Aquakultur und mariner Biotechnologie sind Kompetenzen aus Schleswig-Holstein gefragt. Bei alledem dürfen Wasserstraßen wie der Nord-Ostsee-Kanal und seine wirtschaftliche Bedeutung nicht vergessen werden.

Mit all diesen Themen haben sich in den letzten Jahren auch die **Ostseeparlamentarierkonferenz** und das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** beschäftigt. Auch die aktuellen Resolutionen fordern die Umsetzung und Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik. Schleswig-Holstein hat also ganz konkrete Interessen am blauen Wachstum in der Ostseeregion, aber auch an der Nordsee. Die Stichworte lauten hier Energieversorgung durch Offshore-Windkraft und natürlich der Nationalpark Wattenmeer.

Lassen Sie mich sehr deutlich sagen, dass sich neben den essenziellen wirtschaftlichen Aspekten die Ostsee- und Nordseeregion auch kulturell und gesellschaftlich weiterentwickeln müssen. Das war auch immer Ausgangspunkt der 2003/2004 auf den Weg gebrachten Initiative „Zukunft Meer“. Das ist auch Anliegen der europäischen integrierten Meerespolitik. Wirtschaftliche Entwicklung ohne gesellschaftliche Basis ist ein Mittel ohne Zweck.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten die Ostseeparlamentarierkonferenz und das Parlamentsforum Südliche Ostsee weiter stärken, damit sie ihre Schlüsselrolle bei der Vernetzung im **Ostseeraum** fortführen. Parallel dazu werden wir uns auch für eine **Nordseestrategie** starkmachen. In beiden Regionen leben Menschen, die sich mit der Geschichte und Kultur ihrer Region identifizieren. Aber beide Regionen sind auch mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie sind gemeinsame Lebensräume, die Chancen für unseren Arbeitsmarkt bieten. Auch das ist Blue Growth.

Klar, dass wir uns hier engagieren und unser Land wieder zum Motor und Ideengeber machen. Die Zielrichtung Ihres Antrags zum blauen Wachstum

finden wir richtig. Wir haben sie mit unserem Antrag etwas mutiger und moderner gemacht. Wir bitten deshalb heute dazu um Ihre Zustimmung. Was die Umsetzung der Resolutionen aus der Ostseeparlamentarierkonferenz und aus dem Parlamentsforum Südliche Ostsee angeht, ist es gute Tradition hier im Haus, dass wir die Landesregierung gemeinsam auffordern, diese Resolutionen in Schleswig-Holstein umzusetzen. Wir freuen uns, dass zumindest darüber weiter Konsens besteht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ein herzliches Dankeschön an Frau Damerow dafür, dass sie diesen Punkt blaues Wachstum in den Landtag eingebracht hat. Ich denke, Sie brauchen dann auch nicht mucksch zu sein, dass Sie mit Ihrer Regierungspolitik der letzten Jahre zu viel ignoriert worden seien.

Die schleswig-holsteinische Landespolitik ist seit zehn Jahren - mit kleinen Stolpersteinen - Motor einer **europäischen Meerespolitik**. Der integrierte Ansatz heißt, sowohl den Schutz der Meere zu sichern und ihre Qualität zu verbessern, als auch blaues Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Die EU-Kommission hat im September die Mitteilung „Blaues Wachstum - Chancen für nachhaltiges marines und maritimes Wachstum“ vorgelegt. Sie legt in dieser Mitteilung ein klares Gewicht auf die klassischen ökonomischen Bereiche der Meerespolitik. Es sollen insbesondere fünf Schwerpunkte betrachtet werden: nachhaltiger Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus, blaue Energie, Meeresbodenschätze, Aquakultur und maritime Biotechnologie - so weit die Schlagworte. Wir müssen bei all diesen Punkten die integrierten Entwicklungsziele zusammendenken.

Ich nenne einige Beispiele. Das erste Beispiel: Der NABU hat am 9. Dezember 2012, also vor einigen Tagen, wieder eine Kampagne gegen Luftverschmutzung durch die Kreuzfahrtschiffe gestartet: „All-Inclusive heißt bei uns: Rußpartikel, Stickoxide und Schweröl sind im Preis inbegriffen!“ Danach stößt ein Kreuzfahrer so viele Schadstoffe aus

(Bernd Voß)

wie fünf Millionen moderne Pkw auf der gleichen Strecke.

Für einige hört sich das wieder einmal nach Spielverderber für blaues Wirtschaftswachstum an. Ich denke, genau das Gegenteil ist hier bei uns in Schleswig-Holstein der Fall. Die **Lösungen** werden in den **maritimen Unternehmen** bei uns entwickelt. Ich denke da an die Lösungen für saubere Schiffstreibstoffe wie LNG, Katalysatortechnik für Abgasminderung, an Windantriebe wie SkySails oder den Flettner-Rotor, um nur einige zukunftsfähige Beispiele zu nennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Ein weiteres Beispiel: Das abgeschwächte Wachstum durch die lange noch nicht überwundene Wirtschafts- und Finanzkrise führt zu einem Rückgang bei den Schiffstransporten und zu sinkenden Frachtraten. Die Offshore-Windenergie wird sich über kurz oder lang zu einer der wichtigsten Wachstumsbranchen hier im Land entwickeln. Der Aufbau der Offshore-Windparks ist keine Arbeit für zwei oder drei Jahre, sie ist ein Geschäftsfeld für die Küsten für die nächsten 30 oder 40 Jahre und auch für viele Unternehmen im Binnenland.

Zusammengefasst: Die **Zukunft der maritimen Verbundwirtschaft** hat für die wirtschaftliche Entwicklung von Schleswig-Holstein eine große, eine entscheidende Bedeutung. Es geht dabei um die maritime Forschungslandschaft mit dem GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung. Sie sind alle Spitze. Es geht um die Häfen, den Nord-Ostsee-Kanal, die Reedereien, die Offshore-Windenergie und natürlich um unsere Werften.

Wir haben in den **Beschlüssen der Parlamentarierkonferenzen des Ostseeraums** wieder sehr konzentriert die verbindenden Lösungen für eine integrierte Meerespolitik, für blaues und für grünes Wachstum hervorgehoben. Deutlich werden in den gemeinsamen Beschlüssen auch die gemeinsamen Interessen bei der Lösung der grenzüberschreitenden Arbeitsmarktprobleme, gegenseitige Anerkennung der Ausbildungs- und Berufsabschlüsse, medizinische Zusammenarbeit, die aktive Gestaltung des demografischen Wandels, um nur einige Punkte zu nennen. Gekennzeichnet sind die Beschlüsse aber auch von dem Willen, die Energienetze, die Energiespeicherung und die erneuerbaren Energien voranzubringen.

Zugegeben: Bisher ist es manchmal so, dass, wenn ein Vertreter aus dem Baltikum davon redet, die Gefahr der Atomenergie zu beseitigen, das ein

Stück weit etwas anderes heißt als das, was wir damit meinen. Aber zugleich wird auch deutlich, mit welcher Spannung sie unseren Weg zu den erneuerbaren Energien hin begleiten.

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien bei uns macht es deutlich: Wir brauchen bei der Entwicklung unserer Energiepolitik in Europa starke nationale Spielräume. Nur so kommen wir mit den Ideen und dem Innovationsgeist der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft schnell zu den besten Zukunftslösungen. **Erneuerbare-Energien-Politik** ist, denke ich - das muss man sich bei den Kämpfen um die Ressourcen, die demnächst weltweit intensiver werden, immer wieder vor Augen halten -, ganz vorn an auch **Friedenspolitik**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir brauchen eine Integration, die die Regionen in Europa stärkt, die Europa stärkt und die Menschen mitnimmt. Europa ist mehr als die Krise seiner Währung. Es ist die Krise einer äußerst rückständigen europäischen Integration in den entscheidenden Politikfeldern wie Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Die Vielfalt seiner Regionen und Länder ist der Schatz, aus dem letztlich das gemeinsame Europa erwächst. In der Ostseeparlamentarierkonferenz, im Parlamentsforum Östliche Südsee wird seit Jahren eine wichtige Integrationsarbeit für ein starkes Europa geleistet. Ich denke, das ist der richtige Weg, auf den wir setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Wir lassen es bei der südlichen Ostsee,

(Heiterkeit)

aber ich glaube, das ist kurz vor der Mittagspause verständlich.

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Nein!)

- Wünscht der Abgeordnete nicht das Wort?

(Zuruf)

- Doch!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nimm doch die Rede von eben, die war gut! - Heiterkeit)

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem blauen Wachstum ging das immer hin und her. Eigentlich wollte unbedingt Christopher Vogt dazu reden. Aber ich übernehme das zusammen mit dem Thema Ostseeparlamentarierkonferenz.

Der Antrag „Blaues Wachstum“ bezieht sich auf die **Wachstumspotenziale** der **maritimen Wirtschaft**, die für unser Land von besonderer Bedeutung sind. Die FDP-Fraktion begrüßt alle Initiativen und Maßnahmen, mit denen Schleswig-Holstein sinnvoll zu ihrer Entwicklung beitragen kann. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei der Verbesserung der Infrastruktur in den Häfen und den Verkehrsverbindungen zu. Die Meerestechnik ist ein wichtiger Bereich der maritimen Verbundwirtschaft und umfasst eine breite Palette von Produkten und Dienstleistungen zum Beispiel im Bereich der Offshore-Windenergie, der marinen Umweltschutztechnik und der Unterwassertechnik.

Schleswig-Holstein muss diese Potenziale noch stärker als bisher nutzen. Durch eine Bündelung des bereits vorhandenen Wissens und der Ressourcen von Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Einrichtungen der Technologie- und Wirtschaftsförderung muss ein fruchtbarer Technologietransfer etabliert werden, um künftig einen noch größeren Beitrag zur Wertschöpfung in unserem Land zu erreichen.

Auch besteht weiterhin erheblicher **Forschungsbedarf** bei den **Meereswissenschaften**. Das aus dem IFM-GEOMAR hervorgegangene GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel ist immerhin eine der drei großen europäischen Meeresforschungsinstitute. Allein wegen dieser herausragenden Stellung des bei uns angesiedelten Helmholtz-Zentrums sollten wir im Rahmen einer Ausschussberatung - die ich für die beiden vorliegenden Anträge anrege - noch einmal überlegen, wie man die Funktion dieses Instituts im Sinne der im Antrag beschriebenen Wachstumsstrategie noch konkreter berücksichtigen könnte.

Um es mit Gerhard Stoltenberg zu sagen: Der Antrag der CDU ist ein guter erster Entwurf. Aus der Regierungskoalition kamen weitere Vorschläge. Wir schlagen vor, die Anträge im Europa- und im Wirtschaftsausschuss weiter zu beraten.

Die vorgelegte **Resolution** zu den Ergebnissen der letzten **Ostseeparlamentarierkonferenz** und des **Parlamentsforums Südliche Ostsee** findet die Zustimmung der FDP-Fraktion, auch wenn wir uns in Nuancen andere Formulierungen gewünscht hätten,

die nur zum Teil in den interfraktionellen Antrag aufgenommen worden sind.

Für die Zukunft rege ich an, dass die beiden genannten Gremien der parlamentarischen Ostseezusammenarbeit - Ostseeparlamentarierkonferenz und Parlamentsforum Südliche Ostsee - neben Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Arbeitswelt auch stärker das Themengebiet der Kultur im Bereich der Ostseekooperation berücksichtigen sollten. Das wäre kompatibel mit dem vorhin hier gehörten Beitrag der Europa- und Kulturministerin Anke Spoorendonk im Rahmen der Regierungserklärung und zum Europabericht. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Sven Krumbeck.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklungsstrategie „Südliche Ostsee 2020“ der Ostseeparlamentarierkonferenz zielt darauf ab, Bildungschancen zu verbessern, Beschäftigung zu sichern und auszubauen, die Wertschöpfung der Ostsee-Anrainer auf ein dauerhaftes ertragfähiges Fundament zu stellen. Die in der Drucksache 548/12, Chancen für nachhaltiges marines und maritimes Wachstum, formulierten Ziele der Europäischen Kommission, das sogenannte **blaue Wachstum**, verfolgt die gleiche Zielrichtung. Die Kommission fragt sich, wie der Meeres- und Küstentourismus zum Wirtschaftswachstum und zur Schaffung sicherer Arbeitsplätze beitragen könne und wie die europäische Industrie bei der Förderung von Mineralien vom Meeresboden wettbewerbsfähig werden kann.

Was die vor uns liegenden Aufgaben zur wirklichen Herausforderung macht, ist das Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung unter den Vorgaben der HELCOM voranzutreiben. Das bedeutet, der ökologische Zustand der Ostsee muss sich deutlich verbessern. Die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht zu Lasten der Artenvielfalt gehen, der Eintrag von Schadstoffen und Düngemitteln muss deutlich reduziert werden.

(Beifall PIRATEN)

Die Europäische Kommission spricht hier von „Maßnahmen zur Vermeidung der Schädigung einzigartiger Ökosysteme“ und macht deutlich, dass es

(Sven Krumbeck)

ihr dabei nicht nur um den Erhalt der Fischgründe geht. Es geht um den **Schutz des Meeres** als Gesamtgefüge, ein Gefüge, das Grundlage für blaue Biotechnologie ist.

Vielfach ist uns der **Nutzen**, den wir aus der **biologischen Vielfalt** gewinnen können, noch gar nicht bekannt. Unser Wissen um die Bedeutung der Biodiversität wächst beständig. So nutzen wir bereits Schwämme für die Gewinnung organischer Moleküle. Yondelis beispielsweise ist eines der ersten aus Meeresweichtieren stammenden Krebsmedikamente. Wir lernen stets mehr über Algen, und die Chancen stehen gut, dass uns in der Zukunft völlig neue Möglichkeiten der Biosynthese eröffnet werden.

Auch die Biomimikry verblüfft uns immer wieder, wenn wir zum Beispiel feststellen, dass die raue Haut von Haifischen den Strömungswiderstand deutlich verringert - ein Prinzip, das auch bei Flugzeugen oder Schiffen funktioniert. Die **Natur** ist ein Labor, in dem seit Jahrmillionen **Lösungen für Probleme** entwickelt werden. Diese Lösungen müssen wir aufgreifen und für unsere Zwecke weiterentwickeln.

Leider steht unser Handeln, unsere fieberhafte Suche nach Öl und anderen Rohstoffen häufig noch in einem krassen Widerspruch zu dem Anspruch, die natürlichen Ressourcen auch für die Zukunft zu sichern.

(Beifall PIRATEN)

Wir legen daher im Moment ein **ökologisches Verschuldungsprogramm** auf, das uns noch teuer zu stehen kommen wird. Es liegt an uns, das zu ändern. Wir alle haben die Möglichkeit dazu. Eigentlich müssten wir uns nur dazu entschließen, die Art und Weise, in der wir produzieren, zu verändern. Empfehlungen dazu finden sich in der Strategie Europa 2020, die sagt, wenn der Druck auf die natürlichen Ressourcen beständig wächst, eine Schlussfolgerung darin liegen muss, das Produktdesign an die neuen, veränderten Bedingungen anzupassen.

An dieser Stelle möchte ich aber nicht nur die Allgemeinplätze bedienen und frage daher: Was heißt das ganz konkret? Die Antwort fällt gar nicht so schwer. Denken Sie einfach an die **Energiewende**. Wir sprechen immer wieder davon, dass die günstigste Kilowattstunde diejenige ist, die wir gar nicht verbrauchen. Genauso ist das bei den **Rohstoffen** auch. Die eigentliche Herausforderung liegt also darin, neue Technologien zu entwickeln, die aus weniger mehr machen. Auch hier gibt es bereits

ganz konkrete Beispiele, die uns den Weg weisen. So holt sich ein amerikanisches Unternehmen mit circa 1 Milliarde \$ Jahresumsatz, dessen Namen ich hier nicht nenne, um Schleichwerbung zu vermeiden, die verbrauchten Produkte von seinen Kunden zurückholt, um sie für die Herstellung neuer Produkte zu verwenden. Das Material ist also nur geborgt und so konzipiert, dass es sich immer wieder verwenden lässt. Das spart Geld beim Einkauf von Rohstoffen und erhöht die Kundenbindung. So und nicht anders sieht nachhaltiges Produktdesign aus.

Wenn wir also davon sprechen, Rohstoffe schonend zu gewinnen, müssen wir zuallererst darüber sprechen, wie wir sie möglichst wirkungsvoll einsetzen. Professor Michael Braungart aus Hamburg sagt hier: Das Ende gehört an den Anfang. Nicht erst Müll produzieren und dann überlegen, wohin damit, sondern sich von vornherein darüber im Klaren sein, was später aus dem Produkt werden soll.

Was wir hier in Schleswig-Holstein tun sollten, ist, Unternehmen, Forschung, Hochschulen, Vereine und Verbände an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam die beste Lösung zu finden. Das eröffnet neue Bildungsmöglichkeiten, das schafft Beschäftigung und eine Wertschöpfung, die sich nicht erschöpft. Viele Rohstoffe sind endlich. Wenn wir auch in Zukunft Wirtschaftswachstum wollen, brauchen wir neue **Ideen**, denn Ideen sind die einzige Ressource, die praktisch unerschöpflich ist.

(Beifall PIRATEN)

Eine kurze Aussage der **Entwicklungsstrategie Südliche Ostsee 2020** muss ich aber kritisch hinterfragen. Ich unterstelle zunächst mal, dass hinter der Entwicklung neuer Technologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit positive Absichten stehen, dass es darum geht, die Sicherheit auf See zu verbessern, Gefahren abzuwenden und letztlich Menschenleben zu retten.

Als PIRAT hege ich aber gegenüber jeglicher Form von Überwachung eine gewisse Skepsis.

(Beifall PIRATEN)

Ich weise also vorsorglich darauf hin, dass jede technische Neuerung auch die Gefahr des Missbrauchs in sich birgt. Meine Fraktion und ich werden deshalb darauf achten, dass die Entwicklung technischer Sicherheitsmaßnahmen nicht in die Persönlichkeitsrechte der Bevölkerung eingreift.

(Beifall PIRATEN)

Wir stimmen dennoch den Anträgen der Koalition und der Resolution zu. - Vielen Dank.

(Sven Krumbeck)

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Als es seinerzeit um die Umsetzung der **integrierten europäischen Meerespolitik** ging, war Schleswig-Holstein nicht nur maßgeblich beteiligt, vielmehr hat Schleswig-Holstein hierbei die Vorreiterrolle eingenommen. Über Jahre hinweg hat das Land seine überregionale maritime Kompetenz unter Beweis gestellt. Sowohl auf Bundes- wie auf EU-Ebene hat sich Schleswig-Holstein in den Prozess eingebracht und den Verlauf vorangebracht. Dies wurde vom SSW immer lobend hervorgehoben.

Nun gilt es, die integrierte Meerespolitik für die Zukunft weiter zu gestalten. Im Rahmen von Europa 2020 wurde die **Wachstumsstrategie der EU** festgelegt. Dabei legt die EU den Fokus auf die **maritime Wirtschaft**. Seit jeher sind Küsten und Häfen Impulsgeber für die Wirtschaft. Die Meere bergen enormes wirtschaftliches Potenzial. In Anbetracht der technologischen Fortschritte im maritimen Sektor werden insbesondere den Anrainern hohe wirtschaftliche Möglichkeiten gegeben. Die moderne Technik lässt es zu, dass in immer tiefere Gewässer vorgedrungen werden kann, um diese zu erschließen. Dies zeigt sich beispielsweise auch im Bereich der Offshore-Windenergie.

Aber auch die Notwendigkeit, die Treibhausgase zu reduzieren, ist eine Chance für die maritime Wirtschaft. Aufgrund der jetzt schon geringeren Emission je Tonnenkilometer haben Seewege eindeutige Vorteile gegenüber der **Güterbeförderung** an Land. Doch auch hier gibt es noch Verbesserungsbedarf. Der Kollege Bernd Voß hat ja bereits darauf aufmerksam gemacht, welche Verunreinigungspotenziale es dort gibt. Aber ich glaube, wir haben auch die Möglichkeit, die Emissionen unserer Schiffe gewaltig zu reduzieren, sodass das Verhältnis noch besser werden wird.

(Beifall SSW und vereinzelt PIRATEN)

Daneben gehören auch **Aquakultur** und **Meeresbodenschätze** in den Bereich der maritimen Wirtschaft. Die genannten Beispiele werden für die Zukunft von enormer wirtschaftlicher Bedeutung sein,

insbesondere für die Anrainerländer. Daher gilt es, diese Chancen auch für Schleswig-Holstein nutzbar zu machen.

Damit sind aber auch **Verpflichtungen** verbunden. Mit der wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Meere übernehmen wir auch Verantwortung für ein empfindliches Ökosystem. Daher ist der sorgsame und nachhaltige Umgang mit den Meeren weiter geboten. Darüber hinaus gilt es aber auch, die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die wir brauchen, um die versprochenen Resultate erzielen zu können.

Schleswig-Holstein fängt, wie gesagt, nicht bei null an. Bereits mit der Landesinitiative „Zukunft Meer“ wurde seinerzeit ein Aktionsplan auf die Beine gestellt, um das Meer für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Damit hat Schleswig-Holstein bereits frühzeitig den integrativen und innovativen Ansatz verfolgt. Das ist gut so, aber jede Initiative muss neuen Herausforderungen angepasst werden. Dies hat die Landesregierung getan, und damit kommt neuer Wind in die Landesinitiative.

Darüber hinaus haben sich Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu einem gemeinsamen **Maritimen Cluster Norddeutschland (MSC)** zusammengetan, um die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der norddeutschen Region zu stärken. Das ist zu begrüßen, weil damit Kräfte gebündelt werden und die Schlagkraft erhöht wird. Der Fachkräftemangel im maritimen Sektor ist eine der Herausforderungen, die sich auch das MSC auf die Fahne geschrieben hat.

Damit sind wir bereits bei einem Teil der **Resolution des Parlamentsforums**. Die Schwerpunkte der Resolution liegen klar im Bereich der maritimen Wirtschaft. Auch dort wird auf den Fachkräftemangel hingewiesen. Gleichzeitig ist damit die Forderung verknüpft, die Hürden zu senken und Konzepte zu entwickeln, um Beschäftigungsmöglichkeiten in der maritimen Wirtschaft auch grenzüberschreitend zu schaffen.

Neben dem wirtschaftlichen Ansatz geht es in hohem Maße auch um die nachhaltige Nutzung der maritimen Umwelt - und ich betone hier „Nachhaltigkeit“ - und die Wiederherstellung der Ostsee. Nur wenn wir dies umsetzen, erhalten wir die Meeresökosysteme - wie zum Beispiel die Ostsee - als Lebens- und Wirtschaftsraum. Nur so schaffen und erhalten wir dringend benötigte Arbeitsplätze und steigern Lebensqualität und Wertschöpfung auch in Schleswig-Holstein.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 13. September 2012 hat die EU-Kommission ein Papier zum Thema „Blaues Wachstum - Chancen für nachhaltiges marines und maritimes Wachstum“ vorgelegt. Damit hat die Kommission einen klaren Schwerpunkt im ökonomischen Bereich der Meerespolitik gesetzt: **blaues Wachstum, blaue Jobs**. Sie vervollständigt damit einen Katalog von Maßnahmen und Strategien im Rahmen der integrierten Meerespolitik, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu verwirklichen.

In Ergänzung dazu haben die Meeresminister der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission am 8. Oktober 2012 die Limassol-Erklärung verabschiedet. Diese hat das klare Ziel, mehr Wachstum und Arbeitsplätze im Bereich der Meereswirtschaft zu schaffen.

Nach dem maritimen Blaubuch von 2007 stellt diese neue europäische Agenda eine wichtige Zäsur für die Entwicklung der integrierten Meerespolitik dar. Sie bekräftigt, dass der integrierte Ansatz in maritimen Angelegenheiten sowohl die Entwicklung der blauen Wirtschaft als auch den Schutz der Meere und Ozeane fördert.

Mit den in diesem Papier genannten Handlungsfeldern bestätigt die EU-Kommission zugleich die Arbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung, dass die Fokussierung auf das Meer der richtige politische Ansatz ist. Die Bündelung und Fokussierung der **meerespolitischen Aktivitäten** erfolgt in Schleswig-Holstein - das ist bereits gesagt worden - seit 2004 in der ressortübergreifenden Initiative „Zukunft Meer“. Die Landesregierung will, dass diese Initiative wieder neuen Schwung erhält. Die Ressorts arbeiten im Rahmen dieser Landesinitiative vertrauensvoll miteinander. Gemeinsam mit dem maritimen Koordinator, Herrn Professor Herzig, arbeiten wir an den maritimen Themen des Landes. Im Namen der Landesregierung danke ich daher Herrn Professor Herzig sehr herzlich für seine erfolgreiche Arbeit und sein enormes Engagement, ein Engagement, das wir seit Jahren kennen.

(Beifall SSW, SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Landesinitiative „Zukunft Meer“ koordiniert das federführende Wirtschaftsministerium die Beteiligung der Landesregierung an der laufenden Konsultation der Kommission zum Grünbuch Meereskenntnisse 2020 von der Kartierung des Meeresbodens bis zu ozeanologischen Prognosen.

Das **Grünbuch Meereskenntnisse 2020** reiht sich in eine Liste von konkreten Maßnahmen und Forderungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung ein. Das Engagement der Landesregierung in der Meerespolitik ist vielfältig, auch das ist schon gesagt worden. Gesagt worden ist auch, liebe Frau Kollegin Damerow, dass dies eine Initiative ist, die eine lange Geschichte hat.

Der im Jahre 2008 aufgelegte maritime Aktionsplan der Landesregierung ist aber gerade aktualisiert worden. Die Kabinettsbefassung erfolgte am 27. November dieses Jahres.

Schleswig-Holstein gehört zu den engagierten Befürwortern des nationalen Masterplans Maritime Technologie, der in technologischen Fragen dieselbe Stoßrichtung verfolgt wie blaues Wachstum.

Am 8. und 9. April nächsten Jahres wird in Kiel in der Sparkassenarena die achte nationale maritime Konferenz stattfinden. Etwa 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Politik und Verwaltung erarbeiten in Workshops Herausforderungen und Wege zur Zukunftssicherung der maritimen Wirtschaft und beraten konkrete Handlungsempfehlungen.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es daher sehr, dass auch die Resolution des **Parlamentsforum Südliche Ostsee** und die **Ostseeparlamentarierkonferenz** einen starken Akzent auf blaues Wachstum setzen und sich für eine integrierte Meerespolitik stark machen. Mich freut besonders, dass die neuartige Kooperation der neun Ostseeorganisationen mit meerespolitischer Kompetenz von der Ostseeparlamentarierkonferenz ausdrücklich gelobt wird. Schleswig-Holstein hat diese Kooperation über den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Meerespolitik des Netzwerkes der Ostseeregion, abgekürzt BSSSC, mitinitiiert und kräftig unterstützt.

Die erarbeiteten Initiativen zielen zum einen auf eine saubere Ostseeschifffahrt, in der umweltverträgliche Antriebssysteme und Treibstoffe gefördert werden, und eine abgestimmte maritime Raumplanung. Zum anderen sollen gemeinsame Lobbyarbeit

(Ministerin Anke Spoorendonk)

für eine integrative Meerespolitik im Ostseeraum und bessere finanzielle Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung stattfinden. Die Aktivitäten sollen eng verknüpft werden mit der EU-Ostseestrategie. Diese enge maritime Kooperation der parlamentarischen, regionalen und nationalen Ebene der Ostseeregion ist unseres Erachtens die richtige Antwort auf die allzu oft berechtigte geäußerte Frage, es gebe zu viele Ostseeorganisationen und zu wenig Koordinierung unter ihnen. Diese Kooperationsform sollte möglichst viele Nachahmer auf anderen Politikfeldern finden.

Die **Resolutionen** des Parlamentsforums Südliche Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz sind somit Wasser auf die Mühlen der Ostseepolitik der Landesregierung. So gehört zum Beispiel die Forderung nach Green Growth zu einem der fünf aktuellen Schwerpunktthemen der STRING-Kooperation. Ich sagte es bereits, das ist die Kooperation von Schleswig-Holstein mit Hamburg, Seeland, der Hauptstadtregion Kopenhagen und Skåne. Ich freue mich über die fraktionsübergreifende Unterstützung vieler Aktivitäten, die die Landesregierung im Ostseeraum voranbringen will. Die Resolutionen geben wertvolle Anstöße, und sie werden helfen, den Stellenwert der Ostseekooperation zu erhöhen. Dafür danke ich allen beteiligten Akteuren.

Ich danke den Fraktionen für weitere Anregungen. Ich bin sicher, dass wir dies alles dann auch in den zuständigen Ausschüssen miteinander weiter erörtern werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/257 und 18/312 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/408 als selbstständigen Antrag sowie die Drucksachen 18/257 und 18/408 dem Europaausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und erholsame Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:11 bis 15:00 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung und begrüße die Anwesenden.

Ich gebe Ihnen noch folgende Änderungen im Ablauf der Tagesordnung bekannt. Die Tagesordnungspunkte 50 - Wohnverhältnisse der Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein - und 54 - Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“ - sollen ohne Aussprache an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden. Der Aufruf erfolgt morgen vor Aufruf der Sammeldrucksache.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll Tagesordnungspunkt 51 betreffend Stand und Perspektive der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7, 33 und 58 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/297

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/376

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/411

b) Für eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/381

c) Bauliche Situation an den Hochschulen

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/313 (neu)

(Präsident Klaus Schlie)

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der mitberatende Bildungsausschuss hat empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW unverändert anzunehmen, aber noch über eine Ergänzung nachzudenken. Dem Votum des Bildungsausschusses folgte der Finanzausschuss nicht.

Dazu gab es Änderungsanträge der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Alle diese drei Änderungsanträge hat der Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt. Ein Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Änderung des Gesetzentwurfs ist bei Enthaltung der Stimmen der CDU-Fraktion dem Landtag zur Annahme empfohlen worden. Die genauen Änderungen können Sie der Vorlage entnehmen. - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Zunächst teile ich Ihnen mit, dass die Landesregierung ihre Redezeit auf die Bildungs- und Finanzministerin aufteilen wird. Bei Tagesordnungspunkt 58 ist ein mündlicher Bericht der Landesregierung vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen folgende Redereihenfolge vor. Zunächst spricht für die Landesregierung Frau Bildungsministerin Professor Dr. Wende. Daran anschließend spricht die FDP-Fraktion als Antragstellerin des Berichts zu Tagesordnungspunkt 58, dann die SPD-Fraktion als erstgenannte Fraktion des Antrags zu b), danach die Fraktionen in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen. Anschließend spricht für die Landesregierung wie zuvor angekündigt Frau Finanzministerin Heinold.

Ich erteile der Ministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Professor Dr. Waltraud Wende das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die erste Phase des Hochschulpaktes

ist gerade abgeschlossen. Das erste Jahr des **Hochschulpakts II** ist gerade zu Ende, und uns erreichen neue Prognosen, die die bisherigen Erwartungen hinsichtlich neuer Studienanfängerzahlen weit übertreffen. Zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger sind wichtig. Wir brauchen möglichst viele gut **ausgebildete Menschen** in unserem Land. Zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger kosten aber natürlich auch Geld.

Ganz egal, wie viele es tatsächlich sein werden - aktuell geht die KMK bis 2015 von 270.000 zusätzlichen Anfängern aus -: Wir in Schleswig-Holstein haben nicht die Mittel, die diese neuen Studienanfängerinnen und Studienanfänger kosten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die GWK hat zur Begleitung des Hochschulpakts eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene eingerichtet. Diese ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die im **Hochschulpaket II** vorgesehenen und derzeit gedeckelten Mittel von knapp 9,7 Milliarden € voraussichtlich schon Ende des Jahres 2014 ausgeschöpft sein werden.

Wir haben somit zwei Probleme: Erstens. Wie finanzieren Bund und Länder den Hochschulpaket II aus, dessen letzte Kohorte bis 2018 zu finanzieren ist? Zweitens. Was passiert nach dem Hochschulpaket II, der nur auf die Studienanfänger von 2011 bis 2015 ausgelegt ist?

Zur ersten Frage hat die GWK die erwähnte Arbeitsgruppe damit beauftragt, die Beratungen über die weitere Entwicklung des Hochschulpakts zügig fortzusetzen.

Für Schleswig-Holstein ist die zweite Frage aber viel wichtiger, weil der **doppelte Abiturjahrgang** bei uns erst im Jahr 2016 die Schule verlässt. Was also passiert nach dem Hochschulpaket II? Diese Frage steht ebenfalls bereits auf der Agenda besagter Arbeitsgruppe.

Ich gehe aktuell davon aus, dass sich der Bund dazu bereit erklären wird, die Deckelung des Hochschulpakts II anzuheben und darüber hinaus einen dritten Hochschulpaket aufzulegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fordern vom Bund die Bereitstellung ausreichender Mittel für die **Schaffung von zusätzlichen Studienanfängerplätzen** bis 2020. Ich sage aber auch: Schleswig-Holstein ist ein Konsolidierungsland. Woher wir landesintern die notwendigen Mittel zur Kofinanzierung eines möglichen dritten Hochschulpakts nehmen sollen und wollen, ist ungeklärt.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

In unserer Hochschullandschaft gibt es einen immensen Investitionsbedarf, dies nicht allein wegen der steigenden Studierendenzahlen. Bei realistischer Schätzung kommt man auf eine Summe von 1,5 Milliarden €, die bis 2025 erforderlich ist. Zunächst müssen wir natürlich die laufenden Projekte bedienen. Allein das Gesamtvolumen der laufenden Maßnahmen beträgt 99 Millionen € in den Jahren 2012 bis 2017. Außerdem stellt sich die Frage, welche neuen **Bauvorhaben** in dieser Legislaturperiode geplant werden können. Der Bedarf ist viel größer als die zur Verfügung stehenden Mittel.

Deshalb müssen wir zweierlei tun. Zunächst einmal müssen wir versuchen, **zusätzliche Mittel** zu akquirieren. Ferner werden wir Schwerpunkte setzen müssen. Dabei wird die Sanierung des Bestehenden Vorrang vor Erweiterungsbauten haben.

Unsere **Prioritäten** lauten wie folgt: Erstens. Gesetzliche Auflagen, die uns die Aufsichtsbehörden als Rahmenbedingungen vorgeben und die erfüllt werden müssen. Zweitens. Die Sanierung zum Erhalt der Bausubstanz. Drittens. Raumprobleme, die an verschiedenen Hochschulen akut sind.

Realistisch betrachtet, erlaubt uns das Finanzkorsett allenfalls Maßnahmen der Kategorien eins und zwei. Deshalb muss es darum gehen, Finanzquellen zu sichern und - wenn möglich - neue zu erschließen.

Erstens. Wir müssen zum Beispiel über Artikel 91 b versuchen, **Bundesmittel** für Forschungsbauten und Forschungs Großgeräte zu erhalten.

Zweitens. Wir müssen zusätzliche landeseigene Mittel bereitstellen. Das Sondervermögen Hochschulsanierung verschafft uns hier ein wenig Luft.

Drittens. Wir müssen nach **alternativen Finanzierungsmöglichkeiten** Ausschau halten. Damit ist nicht ausschließlich und prioritär das klassische ÖPP gemeint. Denkbar sind auch Mietmodelle und Drittmittelfinanzierungen. Zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gehören – last, but not least - auch die EU-Fördertöpfe, wie zum Beispiel EFRE, ESF und ELER. Aber auch das INTERREG-Programm könnte sich eignen.

Sehr geehrten Damen und Herren, wir haben an unseren Hochschulen einen gigantischen Modernisierungsbedarf und sind dabei, kreative Lösungen zu suchen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne 40 Mitglieder der Abendvolkshochschule Leck und eine Gruppe des Amtsgerichts Kiel mit Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärtern sowie Justizfachangestellten. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke der Ministerin für ihren Bericht. - Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich beim Landtagsvizepräsidenten und bei den Mitarbeitern zu entschuldigen, die seine gestrige Vorlage erarbeitet haben. Ich hatte gestern beim Tagesordnungspunkt „Lehrerbildung“ interveniert und behauptet, wir hätten den Bericht schon im November beschlossen. Es war allerdings in diesem Fall nicht so. Insofern trifft die Mitarbeiter der Landtagszeitung keine Schuld. Der Landtagspräsident hat nur insofern Schuld, als er auf mich hereingefallen ist. Ich wollte das nur klarstellen. Das tut mir leid.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Außerdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, das dreiste Suggestieren des Kollegen Dr. Klug bei der Erörterung des Themas blaues Wachstum richtigzustellen, dass ich eigentlich die Rede hätte halten sollen. Lieber Ecki, das müssen wir noch einmal intern klären. Das war wirklich sehr frech von dir.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Die Krawatte ist zufällig gewählt, Herr Dr. Stegner. Ich finde, im Parlament kann man ruhig einmal eine Krawatte tragen, Herr Stegner.

(Heiterkeit)

Wir hatten im November-Plenum das Zugeständnis gemacht, dass wir in dieser Sitzung lediglich einen mündlichen Bericht von der Landesregierung zum Thema **Hochschulbau** bekommen. Den Berichts Antrag hatten wir gestellt, um uns einen besseren Überblick über den **baulichen Bedarf an den Hochschulen** und die entsprechenden Vorstellungen der Landesregierung zu verschaffen, wie dieser Bedarf in dieser Legislaturperiode gedeckt werden soll. In dieser Legislaturperiode wollen wir uns

(Christopher Vogt)

wieder umfassend mit diesem Problem auseinandersetzen.

Frau Ministerin, ich muss leider sagen: Sehr viel schlauer sind wir durch Ihren Bericht heute eigentlich nicht geworden. Natürlich ist der Bedarf gewaltig. Wir hätten heute aber gern etwas konkreter von Ihnen gehört, welche **Neubauprojekte und Sanierungen** in dieser Legislaturperiode vorgesehen sind. So hatten wir das auch gefordert. Darauf habe ich heute noch keine ganz konkrete Antwort vernehmen können.

Sie haben aber schon die Prioritäten genannt und gesagt, nach welchen Kriterien entschieden werden soll. Es bleibt aber für mich die Frage offen, wie die angesprochenen zusätzlichen Mittel vom Bund und vor allem von der EU akquiriert werden sollen. Sie hatten auch die **ELER-Mittel** angesprochen. Ich weiß, ehrlich gesagt, auch nicht so recht, wie sich die Landesregierung das da vorstellt.

Wir werden an dem Thema dranbleiben. Uns eint jedoch, dass wir den Hochschulen Schritt für Schritt beim Abbau des Investitionsstaus helfen wollen. Das **Sondervermögen**, das aus dem schwarz-gelben Haushalt 2012 gebildet werden soll, ist ein guter Anfang, den Sanierungsstau an unseren Hochschulen auszulösen.

(Beifall FDP)

- Die älteren Fraktionsmitglieder der FDP klatschen manchmal später als die anderen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dringend benötigte Sanierungen werden vorgezogen und bringen in den kommenden Haushalten mehr Spielräume, die den Hochschulen zugutekommen müssen. Festzuhalten ist, dass die von uns erwirtschafteten Spielräume aus dem Haushalt 2012 genutzt werden, um die Aufgabe der **Auflösung des gewaltigen Investitionsstaus** an den Hochschulen anzupacken. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat gestern im Finanzausschuss noch einmal völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Vorgehen, freundlich ausgedrückt, haushaltstechnisch nicht allzu vorbildlich ist. Wir unterstützen das Vorgehen aber dennoch, wehren uns allerdings gegen die lächerliche Behauptung aus den Reihen der Koalition, dass Schwarz-Gelb für den Sanierungsstau an den Hochschulen verantwortlich sei. Jeder, der solchen Unsinn behauptet - Herr Harms und Herr Andresen, ich schaue Sie völlig zufällig an -, hat entweder keine Ahnung, wie es in den Hochschulen aussieht,

oder er möchte die Leute hinter die Fichte führen. Beides ist nicht wirklich redlich.

(Beifall FDP)

Seit Jahrzehnten ist da zu wenig gemacht worden, Herr Stegner. Sie wissen das auch.

Meine Damen und Herren, wir nutzen Spielräume auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt. Wir finanzieren dieses Sondervermögen durch neue Schulden, die eigentlich für Zinszahlungen vorgesehen waren. **Schuldenfinanzierung** ist nun wahrlich kein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen. Dass wir diese Kredite aber nun für Investitionen an den Hochschulen nutzen, statt damit Zinsen zu bezahlen, ist immerhin schon eine positive Entwicklung.

Die Koalition hatte ursprünglich vorgeschlagen, 30 Millionen € in das Sondervermögen für die Hochschulen zu geben. Wir hatten 50 Millionen € vorgeschlagen, also 20 Millionen € mehr. Wer mitgerechnet hat: Das ist kein Vorschlag aus der Opposition nach dem Motto „viel hilft viel“, sondern wir hatten uns an dem orientiert, was wohl noch an verfügbarem **Zinsspielraum** vorhanden sein wird. Nach Aussage der Finanzministerin kommt das ziemlich gut hin. Ich glaube, dass sie im Finanzausschuss in der letzten Woche von knapp 60 Millionen € gesprochen hat. Deswegen sind diese 50 Millionen €, glaube ich, ein guter Betrag, den wir investieren können.

Die Koalitionsfraktionen hatten uns signalisiert, dass man dort zusammenkommen könne. Das ist jetzt, bedingt durch den Gipfel mit den Kommunen - die Landesregierung hatte sich mit den Kommunen über den Krippenausbau geeinigt -, nicht mehr ganz der Fall. Immerhin sind 51,5 Millionen € näher an 50 Millionen € als an 30 Millionen €. Insofern sind wir froh, dass wir uns zumindest im Großen und Ganzen einig geworden sind. Sie wollen nun 40 Millionen € für die Hochschulen und 11,5 Millionen € für die energetische Sanierung bei Schulen und Krippen ausgeben. Das können wir im Sinne der Sache mittragen. Wir haben das gestern im Ausschuss auch schon getan.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, manchmal ist auch die zweitbeste Lösung eine gute Lösung. Insofern machen wir das mit.

Ich hatte es bereits gestern im Finanzausschuss deutlich gemacht und möchte das hier auch noch einmal betonen: Die Landesregierung sollte die zusätzlichen Mittel, die wir nun aus dem Haushalt

(Christopher Vogt)

2012 bewilligen, nutzen, um nicht nur die Sanierung von Hochschulgebäuden in Kiel vorzuziehen, sondern auch um den Bedarf an benötigten neuen Gebäuden in Lübeck und Flensburg schneller als vorgesehen abzudecken.

(Beifall FDP)

Ich war gestern im Ausschuss einigermaßen erschrocken, als auf meine Frage geantwortet wurde: Nein, damit sollen nur die energetischen Sanierungen schneller vonstattengehen. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich mich über den Einwand der Finanzministerin gefreut habe, dadurch entstünde in den nächsten Jahren mehr Spielraum, der gegebenenfalls für neue Projekte genutzt werden sollte.

Wenn wir uns die Situation an den Hochschulen anschauen, sehen wir, dass die Situation im Hochschulbau an der Uni Kiel im Vergleich zum Campus in Lübeck - ich nenne beispielsweise die Fachhochschule - eine völlig andere ist. Dort wird seit Jahren ein **neues Seminargebäude** gefordert. Ich bin der Meinung, wir können eigentlich nicht zulassen, dass Studenten in Kinosälen - wie es in Lübeck passiert - beziehungsweise zu ganz früher oder zu ganz später Stunde ihre Veranstaltungen besuchen müssen, weil einfach keine Räumlichkeiten vorhanden sind, wo sie stattfinden können. Deswegen brauchen wir eben nicht nur Sanierung, teilweise brauchen wir auch neue Gebäude an den Hochschulen.

(Beifall FDP)

Deswegen hoffe ich, dass das auch so vonstattengehen und kein haushaltstechnischer Etikettenschwindel sein wird. Wir finden das Programm PROFI nicht besonders toll. Allerdings ist für uns völlig klar, dass unsere Hochschulen angesichts des Investitionsstaus und der anstehenden Herausforderungen in den nächsten Jahren mehr Mittel brauchen. Ich fordere die Landesregierung deshalb dazu auf, die Blockadehaltung bei der **Aufhebung des Kooperationsverbots** aufzugeben und sich kompromissbereiter zu zeigen. Wie gesagt, manchmal ist die zweitbeste Lösung auch eine gute Lösung. Frau Schavan hat noch einmal an die Länder appelliert, im Bundesrat ihre Blockade aufzugeben und kompromissbereiter zu sein. Ich denke, dass momentan die Chance vorhanden ist, zu einer Lösung zu kommen, auch wenn es nicht die beste Variante sein wird. Ich finde, man sollte trotzdem darauf eingehen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, gestern hat der Senat der Universität Lübeck einstimmig beschlossen, dass die Uni in eine **Stiftungsuniversität** umgewandelt werden soll. Wir begrüßen das und beglückwünschen auch die Universität zu diesem deutlichen Signal. Es sah nicht immer so aus, dass es eine einstimmige Entscheidung werden könnte. Der Begriff „Stiftungsuni“ ist etwas irreführend, da es sich um eine **Zuwendungsstiftung** handeln soll. Das heißt, die Landesmittel bleiben erhalten, und on top können zusätzliche Mittel generiert werden. Die Uni Lübeck wird dadurch freier, autonomer. Das ist, denke ich, genau der richtige Weg für diese Universität.

Wir freuen uns auch darüber, dass einige hier in diesem Hohen Haus ihre Abneigung gegen dieses Modell abgelegt haben. Noch vor einigen Monaten gab es zu diesem Stiftungsmodell sehr kritische Töne aus den Reihen der heutigen Koalition. Das hat sich offensichtlich - wie man hört - auch durch den Einsatz der Ministerin gelegt. Insofern ist auch das positiv.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

An dieser Stelle möchte ich allerdings nicht versäumen, die Landesregierung aufzufordern, das Stiftungsmodell möglichst schnell umzusetzen. Wir hatten den Beginn von 2014 dafür vorgesehen. Sie wollen dies für Anfang 2015. Ich denke, das sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, das Stiftungsmodell der Universität Lübeck ist ein guter Anfang. Wir von meiner Fraktion werden in den nächsten Jahren Initiativen dahin gehend vorlegen, dass wir die **Autonomie der Hochschulen** in Schleswig-Holstein insgesamt weiter stärken. Es gibt aus meiner Sicht in anderen Bundesländern wie in Nordrhein-Westfalen gute Beispiele dafür, wie wir den Universitäten insgesamt mehr Autonomie verschaffen können.

Zu dem Antrag der Koalition zum Hochschulpakt möchte ich abschließend sagen: Angesichts der Prognosen und der neuen Zahlen sehen wir die Notwendigkeit einer **dritten Programmphase des Hochschulpaktes**. Die Ministerin hat gesagt, dass sie dies ebenso sieht. Ich weiß nicht, ob es dem einen oder anderen aufgefallen ist, aber sie hat auf das Problem der **Kofinanzierung** hingewiesen. Sie haben gesagt, Sie werden sich auf der Arbeitsebene dafür einsetzen, dass dies vorangetrieben wird. Ich finde aber, wir sollten Ihren Antrag noch einmal im Finanzausschuss und im Bildungsausschuss genauer beraten und gerade die Frage der Kofinanzierung

(Christopher Vogt)

klären, weil diese für Schleswig-Holstein elementar ist. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle reden von der **Energiewende**, und ausgerechnet der öffentliche Bereich ist oft derjenige, der daraus die wenigsten Konsequenzen zieht. Viele Bauwerke, in denen heute Schüler und Studierende der Zukunft entgegenstreben, dienen - hoffentlich meist unfreiwillig - auch der Beheizung der unmittelbaren Umgebung. Das hat natürlich auch etwas mit Verhalten zu tun. Wenn in der Pause gelüftet wird, dann kommt kaum jemand auf die Idee, die Heizung herunterzudrehen. Es gibt hier noch andere Beispiele.

Mein Kollege Lars Winter hat in der letzten Tagung deutlich gemacht, dass unsere Hochschulen ein **Sonderprogramm zur baulichen Sanierung** und insbesondere zur energetischen Modernisierung benötigen. Der Gesetzentwurf der Koalition ist in den vergangenen Wochen intensiv beraten worden. Die FDP forderte die Aufstockung der Mittel, und auch die CDU findet in der Opposition Gefallen an Anträgen nach dem Motto: höher, weiter, schneller.

Wir haben Ihnen im Finanzausschuss als Ergebnis dieser Beratungen, aber auch als Konsequenz aus der etwas entspannten Haushaltssituation, einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt, der das Volumen des Sondervermögens Hochschule von 30 auf 40 Millionen € erhöht. Zugleich begründen wir ein weiteres **Sondervermögen für die energetische Sanierung** von Schulen und Kindertageseinrichtungen in Höhe von 11,5 Millionen €. Damit tragen wir auch der Einigung zwischen den Kommunen und dem Land über den Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen „Kindern“ Rechnung.

Wir verkennen nicht, dass auch 40 Millionen € eines Sondervermögens nicht alle berechtigten Wünsche erfüllen und nicht einmal alle Notwendigkeiten, die sich aus dem baulichen Zustand unserer Hochschulen ergeben, finanzieren können. Es ist aber mit Sicherheit weit mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Das Parlament wird nach Wegen suchen müssen, wie wir den Hochschulen innerhalb der engen Grenzen, die der Landshaushalt uns allen setzt, in diesem Bereich hel-

fen können. Ob der Weg, den die Universität zur **Stiftungsuniversität** gehen will, hier eine Lösung bietet, werden wir genau beobachten. Herr Vogt, Abneigung, Skepsis und konstruktive Kritik sind verschiedene Abstufungen, die wir in diesem Zusammenhang noch einmal feiner differenzieren können.

In den nächsten Jahren dürfen wir in ganz Deutschland einen weiteren **Zuwachs an Studienanfängern** erwarten, natürlich auch bei uns. Das ist ein Grund zur Freude, denn wir brauchen mehr akademisch qualifizierte Kräfte, aber dies stellt uns auch vor Herausforderungen. Die Vorausberechnungen aus dem Jahr 2009 versprochen für das Jahr 2011 bundesweit rund 413.000 Studienanfänger. Diese Zahl bildete die Grundlage für den **Hochschulpakt II** und damit auch für die Berechnung der Fördermittelhöhe des Bundes. Tatsächlich haben rund 518.000 Hochschulzugangsberechtigte in Deutschland ihr Studium aufgenommen. Das ist ein Plus von mehr als 100.000. Für 2012 zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab, auch wenn sie nicht ganz so drastisch sein wird. Die Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz prognostizieren, dass wir bis 2020 circa 750.000 Studienanfängerplätze mehr benötigen werden als bisher angenommen. Allein diese Zahl belegt, dass der Hochschulpakt II keineswegs ausreichend ist, um seine Ziele umzusetzen. Dann wären alle Bemühungen der letzten Jahre nur ein netter Versuch ohne Konsequenz und Nachhaltigkeit.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Unser Ziel war es doch, mehr jungen Menschen die Chance zu geben, sich akademisch zu qualifizieren, einen Hochschulabschluss zu erlangen und so den immer größer werdenden Fachkräftebedarf zu decken. Die demografische Entwicklung, die doppelten Abiturjahrgänge und der Wegfall der Wehrpflicht sind dabei zusätzliche Aspekte, die wir nicht außer Acht lassen dürfen.

Wir allein können die **steigende Studienplatznachfrage** ohne die Hilfe des Bundes nicht bewältigen. Auch auf den drohenden Mangel an Masterstudienplätzen müssen wir entsprechend reagieren, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, das zu beenden, was sie angefangen haben. Die Befürchtung der Bachelor-Absolventen, einen Weg einzuschlagen, den sie nicht zu Ende gehen können, obgleich ihre Leistungen gut sind, ist legitim und muss von uns ernst genommen werden.

2007 haben wir angefangen, ein Gerüst zu bauen, welches ohne weitere Finanzierung ins Wanken ge-

(Martin Habersaat)

raten wird, und das kann niemand wollen, denn es wurde bereits einiges erreicht. Mit der ersten Säule des Hochschulpaktes sollten an deutschen Hochschulen zusätzliche Studienmöglichkeiten geschaffen werden. Dieses Ziel wurde nicht nur erreicht, sondern es wurde übertroffen. Mit der zweiten Säule konnten Programmpauschalen für **universitäre Forschung** effektiv unterstützt werden, und die Strategiefähigkeit der Hochschulen konnte erhöht werden. Bis dato mussten die Hochschulen diese zusätzlichen Kosten für ihre Projekte immer aus Eigenmitteln finanzieren. Mit der dritten Säule konnten die Studienbedingungen durch Personalgewinnung, Personalqualifizierung und durch Weiterentwicklung der Lehrqualität verbessert werden. Vielleicht geschah das alles noch nicht immer in ausreichendem Maße, aber Schritte in die richtige Richtung sind deutlich erkennbar.

Nun wäre es konsequent, eine **dritte Programmphase** des Hochschulpaktes 2020 einzusetzen. Vor 2021 können wir nicht mit einem Absinken der Studienanfängerzahl auf das Niveau von 2010 rechnen, sagt die Kultusministerkonferenz. Nebenbei bemerkt: Eigentlich wollen wir auch nicht, dass sich die Studienanfängerzahl wieder auf ein Niveau früherer Jahre absenkt. Wir brauchen Planungssicherheit, um den zusätzlichen Studieninteressenten zukunftsfähige Angebote schaffen zu können. Hier im Landtag haben wir einen Konsens darüber, dass Bund und Länder wieder enger zusammenarbeiten müssen. Im Bereich des Hochschulpaktes bedürfte das nicht einmal einer Grundgesetzänderung. Herr Vogt, zum Kooperationsangebot: Wenn das die zweitbeste Lösung wäre, dann wären wir sofort dabei. Aber irgendeine Pseudolösung, die entsteht, weil der Bundestagswahlkampf vor der Tür steht und Frau Schavan dringend einen Erfolg braucht, reicht uns absolut nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sicher, das Ministerium wird klug verhandeln und geeignete Wege finden. Ich bitte Sie deshalb, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Sondervermögen und unserem Antrag zum Hochschulpakt III zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass wir heute im Landtag in der Lage sind, Finanzmittel für die Bildung von Sondervermögen zur Verfügung zu stellen, hat drei wesentliche Gründe: Erstens. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Schleswig-Holstein war in diesem Jahr hervorragend. Die **Steuereinnahmen** liegen auf einem Rekordniveau. Zweitens. Bedingt durch das niedrige **Zinsniveau** hat das Land Schleswig-Holstein erhebliche **Zinsersparnisse**. Drittens. Die solide Haushaltsführung und der konsequente **Abbau des strukturellen Defizits** aus dem Doppelhaushalt 2011/2012 der CDU/FDP-Landesregierung hat dazu geführt, dass unser Land erstmals seit 1970 wieder einen **nahezu** ausgeglichenen Haushalt fahren konnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarze Null steht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist gut für die Glaubwürdigkeit von Politik, und das ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein. Das hat der Landesrechnungshof heute eindrucksvoll und deutlich bestätigt. Als Rot-Grün im Jahr 2005 von Bord ging, hatte das Land eine Neuverschuldung in Höhe von 1,5 Milliarden €. Wir haben im Jahr 2012 an die neue Landesregierung einen Haushalt übergeben, der nun am Ende eine schwarze Null präsentiert. Darauf sind wir stolz.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben jetzt von Ihnen einen Entwurf für das Jahr 2013 vorgelegt bekommen. Jüngst erhielten wir eine Nachschiebeliste mit dem Ergebnis von 460 Millionen € an neuen Schulden. Das ist Raubbau an der Zukunft dieses Landes.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist der Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien der Mitte von CDU und FDP einerseits und der parlamentarischen Linken von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, das Einrichten eines Sondervermögens neben dem originären Budget ist nicht neu. Ich verweise auf die 60 Millionen €, die wir 2009 für den U-3-Ausbau zur Verfügung gestellt haben. Das hat aber auch in diesem Fall einen konkreten Sinn. Die **Zinsersparnisse** stehen uns in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung. Es waren im Mai höhere Ausgaben geplant, als sie jetzt zum Jahresende für Zinsen erforderlich sind.

(Johannes Callsen)

Diesen Spielraum wollen wir nutzen, um einmalige Investitionen in den Krippenausbau sowie in die Sanierung der Hochschulen und der Landesstraßen vorzunehmen. Unsere Vorschläge sind konsequent. Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern wir halten auch weiterhin unseren klugen Kurs, für zusätzliche Investitionen ausschließlich bereits realisierte Einsparungen aufzuwenden.

Das wollen wir dort tun, wo es den Menschen in unserem Land unterm Strich am meisten hilft, nämlich erstens im Bereich der Hochschulsanierung, worüber wir schon gesprochen haben. Für die Sanierung der Hochschulen wollen wir 30 Millionen € im Haushalt über das Sondervermögen aufbringen. Damit - die Anträge der Regierungskoalition sowie der FDP und der PIRATEN fordern nichts anderes - tätigen wir Ersatzinvestitionen an den Hochschulen.

Ob der dringend benötigte **Neubau in Flensburg** damit finanzierbar ist, ist ebenso fraglich wie die Sanierung der Sporteinrichtungen und der Schwimmhalle, die sich die Kollegen Andresen und Harms vor Ort angesehen haben. Das ist fraglich, das muss man im Detail genau beobachten.

Wir wollen weiter den Kommunen 25 Millionen € für den **Ausbau der Kindertagesbetreuung** im Krippenbereich zur Verfügung stellen. Wir freuen uns, dass sich die Regierungskoalition in Richtung unseres Gesetzentwurfs bewegt hat. Wir wollen aber nicht nur in die energetische Sanierung investieren, sondern einen qualitativen Ausbau, einen qualitativen Fortschritt für unsere Kleinsten erreichen.

(Beifall CDU)

Wir wollen den schnelleren **Ausbau der frühkindlichen Bildung** und der Sprachförderung, und wir investieren mit diesem nennenswerten Betrag nicht nur in Beton, sondern auch in die Köpfe unserer Kinder.

Der dritte Bereich betrifft den **Straßenbau**. Wir beobachten, dass die Regierungskoalition immer wieder betont, dass der Straßenbau und die Straßensanierung nicht Schwerpunkt ihrer Regierungstätigkeit und des Koalitionsvertrags sind.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Grünen applaudieren dazu. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie verkennen damit, dass Infrastruktur auch Zukunft für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bedeutet.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen wollen wir zusätzliches Geld für den Infrastrukturausbau über dieses Sondervermögen bereitstellen, weil wir wissen, dass dieses Land eine moderne Infrastruktur braucht. Unsere heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter erwirtschaften nämlich tagtäglich unseren Wohlstand und sind dafür auf vernünftige, gute Rahmenbedingungen angewiesen.

Meine Damen und Herren, die CDU konsolidiert, um investieren zu können. Wir sparen nicht um des Sparens willen, denn Sparen ist kein Selbstzweck. Unser Gesetzentwurf ist der Versuch, den gigantischen **Investitionsstau** im Ansatz aufzulösen. Wir bleiben alle in der Pflicht, auch in den nächsten Jahren die Investitionsquote zu erhöhen, damit dieses Land zukunftssicher wird. **Ersatzinvestitionen** sind die Pflicht; Neues zu schaffen ist Kür.

Die neue Regierungskoalition ist allerdings - wie wir gehört haben - offensichtlich nicht in der Lage, einen konstruktiven Vorschlag der Opposition aufzunehmen. Das finden wir natürlich bedauerlich und bedenklich, aber wir werden - das kann ich Ihnen versichern - nicht müde, auch weiter konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Denn wir setzen am Ende nicht auf Ideologie, sondern wir setzen auf die Zukunft für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU - Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die sehr unterschiedlichen Fragen, die in diesem Tagesordnungspunkt miteinander verbunden debattiert werden, haben eines gemeinsam: Es sind alles wichtige Zukunftsfragen für die Hochschulen in unserem Land.

In Schleswig-Holstein studieren zurzeit ungefähr 50.000 Studierende, das sind deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren. Das liegt weniger an der jetzigen Landesregierung oder am ehemaligen Wissenschaftsminister, sondern das liegt vor allem daran, dass es in den anderen Bundesländern **doppelte Abiturjahrgänge** gegeben hat und Schleswig-Holstein in der Folge von den Hochschulpakten, die es bisher gab, profitiert hat.

Erinnern wir uns einmal kurz an die letzte Legislaturperiode und die Debatten, die es damals gab. Der

(Rasmus Andresen)

ehemalige Finanzminister Rainer Wiegard wollte **Studienplatzkontingente** aus dem Hochschulpakt an andere Bundesländer verkaufen. Leichtsinnig und zukunftsfeindlich war damals allein die Debatte. Ich bin froh, dass sich unsere Koalition zu Studienplätzen bekennt, denn wir brauchen Studienplätze. Jeder Studienplatz ist eine gute Investition in die Zukunft des Landes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schleswig-Holstein erwartet 2016 - die Ministerin hat es schon erwähnt - den doppelten Abiturjahrgang und wird zusammen mit Rheinland-Pfalz in diesem Bereich das letzte Bundesland sein. Der Zuwachs an Studienplätzen wird deshalb in Schleswig-Holstein am längsten anhalten, weit über die Vereinbarung zum Hochschulpakt II hinaus. Es ist deshalb für uns von außerordentlichem Interesse, dass der Hochschulpakt in eine **dritte Programmphase** geht.

Der Hochschulpakt wurde eingeführt, um den zusätzlichen Bedarf an Studienplätzen, den die Länder nicht allein auffangen können, durch ein Bundesprogramm abzufedern. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf - die Ministerin hat gerade eindrucksvoll beschrieben, was die Landesregierung schon unternimmt -, sich auf Bundesebene weiter und verstärkt für einen Hochschulpakt III einzusetzen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das alles tun wir, obwohl wir wissen, dass der finanzielle Spielraum enger wird und auch wir in Form von **Kofinanzierung** einen erheblichen Kraftakt werden leisten müssen. Doch das ist es uns wert.

Wir wollen und müssen aber nicht nur einfach weitere Studienplätze schaffen, sondern wir werden damit verbunden eine strategische Diskussion über die Rolle unserer Hochschulen führen. Die Schaffung neuer Studienplätze muss mit strategischen Weichenstellungen verbunden sein. Eine zentrale Frage ist zum Beispiel, ob wir durch **Cluster eine Schwerpunktsetzung** erwirken müssen. Es macht zum Beispiel einen Riesenunterschied, ob wir im Bereich Jura oder Medizin Studienplätze drauflegen oder weitere Ingenieurstudienplätze schaffen wollen.

Wir müssen diesen Prozess jetzt beginnen und vor allem die Frage stellen, welche Rolle unsere Fachhochschulen spielen sollen. Eine, die einzige priva-

te Fachhochschule bei uns im Land, die gefördert wird, die **FH Wedel**, will ich besonders erwähnen. Wir Grünen haben uns immer für die FH Wedel eingesetzt und begrüßen, dass die geplanten Kürzungen, die noch im Haushaltsentwurf stehen, über die Nachschiebeliste der Landesregierung vorbehaltlich der Entscheidung des Parlaments zurückgenommen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Trotzdem müssen wir möglichst bald eine Entscheidung treffen, die die Frage beantwortet, ob wir die FH Wedel als einen aktiven Bestandteil der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein begreifen oder eben nicht. Alles andere ist für die Akteure vor Ort frustrierend und unbefriedigend. Dies muss im Rahmen einer **strategischen Gesamtabschätzung** geschehen und darf auf keinen Fall durch ein Hineinwurschteln in die Finanzplanung geschehen, wie es Schwarz-Gelb mit der Streichung der Zuschüsse für die kommenden Jahre auf null getan hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, über das **Sondervermögen** haben wir sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen schon muntere Debatten geführt. Jetzt geht es nicht darum, die Debatte zu wiederholen, sondern um die Frage, was sich seit der Ausschussberatung geändert hat. Dank dem sich abzeichnenden positiven Haushaltsabschluss - auch das haben Kollegen in der Debatte schon gesagt - gab es für die Fraktionen die Möglichkeit nachzulegen. Gleichzeitig wurde durch das Verhandlungsgeschick von Ministerin Heinold, Ministerpräsident Albig und Sozialministerin Alheit ein guter Kompromiss für den Bereich der Kindertagesstätten und Schulen mit den Kommunen erzielt, den wir als Grüne ausdrücklich begrüßen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb können wir positiv verkünden, dass unser Sondervermögen Hochschule nicht mehr nur ein Sondervermögen Hochschule ist, sondern inzwischen ein **Sondervermögen Bildung** geworden ist. Wir setzen im Vergleich zur ersten Lesung im Plenum den Betrag zur energetischen Hochschulsanierung von 30 Millionen € auf 40 Millionen € herauf und packen gleichzeitig 11,5 Millionen € für die **kommunale Schul- und Kitanisierung** dazu, denn auch dort ist der Bedarf groß. So bleiben wir im Rahmen des positiven Haushaltsabschlusses, setzen starke Akzente für Bildung, energetische Sanierung und sparen - das ist ja auch der Hintergrund für das Programm PROFI - langfristig Betriebskos-

(Rasmus Andresen)

ten für die Bildungsinstitutionen. So geht nachhaltige Politik.

Ja, natürlich profitieren auch Studierende und Lehrende erheblich und direkt von der energetischen Sanierung, denn - ohne übertreiben zu wollen - wenn große Sanierungsmaßnahmen wie beispielsweise beim Sportforum der CAU nicht bald angefangen und durchgeführt werden, dann stehen wir vor der Frage, ob beispielsweise die Schwimmhalle, die im Übrigen auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Kiel genutzt wird, nicht geschlossen werden muss. Unser Sondervermögen hat also viele unterschiedliche positive Effekte. Dieser Geist wird im Haushaltsentwurf 2013 durch das **Programm PROFI** fortentwickelt.

Wir sind deshalb mit unserem Gesetzentwurf sehr nah am Änderungswunsch der Piratenfraktion - das haben wir gestern im Ausschuss beraten -, auch wenn wir haushaltstechnisch und aufgrund der Einigung mit den Kommunen zu den Kitas etwas anders handeln werden. Ähnliches gilt für den heutigen Antrag der Kollegen von der FDP-Fraktion.

Wir wundern uns allerdings sehr stark über den Ansatz der CDU-Fraktion. Herr Callsen, vielleicht vorweg: Die günstige Entwicklung bei den Zinsen hat vor allem viel mit genereller Konjunktur zu tun und weniger mit Haushaltskonsolidierung, von welcher Regierung auch immer. Das muss man vielleicht vorwegschieben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie viel Einfluss Finanzminister Wiegard auf die Weltkonjunktur hatte, darüber können wir vielleicht an anderer Stelle reden.

Interessant ist aber auch, dass Sie mit dem Umfang Ihres Antrags, den Sie hier eingebracht haben - mit 70 Millionen € - die Grenze reißen, die die Finanzministerin als Spielraum vorgeschlagen hat. Da liegen Sie deutlich drüber. Dies empfinden wir als extrem abenteuerlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Zurufe)

Ich will das hier noch einmal ganz deutlich sagen: Alle Fraktionen - die FDP, die PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Zuruf)

- und die Koalition aus Grünen, SPD und SSW, ich bin da halb verdächtig, es tut mir leid, lieber Koalitionspartner -, wir alle, die Koalitionsfraktionen und die anderen beiden genannten Oppositionsfrak-

tionen bleiben alle in dem Spielraum, wie wir es im Finanzausschuss dargestellt haben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Nur Sie reißen mit 10 Millionen € die Grenze und reden davon, dass das eigentlich schon immer Ihre Politik gewesen sei. - Interessant!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Hinzu kommt dann noch, dass Sie mit der **Straßensanierung** aus unserer Sicht einen falschen Schwerpunkt setzen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Uli König [PIRATEN])

Wir sind der Meinung, dass wirklich jeder Euro, den wir hier einsetzen wollen, auch in die Bildungsinstitutionen fließen soll. Auch da unterscheiden Sie sich deutlich von den Kollegen der anderen Oppositionsfraktionen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Die Beiträge zur Straßensanierung, die Sie jetzt eingestellt haben, unterstreichen für uns eigentlich nur noch doppelt und dreifach, dass wir Ihren Antrag nur ablehnen können.

Interessant ist aber zum Abschluss nicht nur, wenn wir nachher den Gesetzentwurf zum Sondervermögen beschließen werden - von mir aus können wir zum Hochschulpakt im Ausschuss weiter diskutieren, das ist jetzt noch nicht koordiniert, aber von meiner Seite spricht nichts dagegen -, sondern dann natürlich auch, wie es weitergeht,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

welche Maßnahmen in welchem Tempo an den Hochschulen konkret ergriffen werden. Das wird sicherlich sowohl im Finanzausschuss als auch im fachlich zuständigen Bildungsausschuss noch im nächsten Jahr und in der Folgezeit eine große Rolle spielen. Ich freue mich auf die Beratung dort gemeinsam mit Ihnen von den Oppositionsfraktionen und der Landesregierung. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin überrascht, dass der Kollege Andresen die **FH Wedel** angesprochen hat. Anscheinend ist der Regierungskoalition diese Uni wirklich so wichtig, dass sie im ersten Entwurf eine Kürzung eingebaut hat.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Ich muss aber auch ganz ehrlich sagen: Ich finde es gut, dass Sie diese Kürzung zurückgenommen haben. Das ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Man muss aber auch sagen: Erst haben Sie gekürzt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee, das ist ja nicht beschlossen worden! - Martin Habersaat [SPD]: Es heißt Entwurf, weil es ein Entwurf ist!)

- Na gut. Wie gesagt, der Bericht der Ministerin hat heute wieder eindeutig gezeigt, wie enorm hoch der **Sanierungsbedarf an den Hochschulen** in unserem Land eigentlich ist. Allein bei der Christian-Albrechts-Universität hier in Kiel beläuft sich das Volumen der notwendigen Bauvorhaben auf circa 175 Millionen € für die nächsten zehn bis zwölf Jahre.

Die **Heider Fachhochschule** lässt in den nächsten zwei Jahren ihre Dächer für rund 500.000 € abdichten. Die Ministerin hat zu Recht gesagt, dass es tatsächlich mehr Bedarf gibt als Mittel vorhanden sind. Das ist erschreckend, das muss man sagen. Aber wir müssen uns den Problemen stellen. Jeder Tropfen auf den heißen Stein verhilft zur Besserung.

Ich glaube, man muss nicht mehr dazu sagen, um zu verstehen, dass bei der Hochschulsanierung „allerletzte Eisenbahn“ angesagt ist. Ansonsten wird schnell aus der Hochschulsanierung ein Hochschulwiederaufbau.

Letzte Woche ist es zu einer Einigung zwischen dem Land und der kommunalen Familie im Bereich des **Kita-Ausbaus** gekommen, den wir ausdrücklich begrüßen. Es ist eine primäre Aufgabe des Landes, sowohl eine geeignete Bereitstellung der Hochschulen als auch der Kitas zu gewährleisten. Eine Finanzierung unserer Kernaufgaben darf nicht von einem möglichen finanziellen Spielraum im Haushaltsvollzug abhängig gemacht werden. Es ist die primäre Aufgabe des Landes, sich um die **Liegenschaften** und den **Erhalt ihres Wertes** im laufenden Haushalt zu kümmern.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Aus diesem Grund haben wir PIRATEN im Ausschuss einen Änderungsantrag zum Sondervermögen eingereicht. Wir wollen, dass die Kernaufgaben der Hochschulsanierung und die Kitas im Haushalt 2013 stehen. Gleichzeitig wollen wir das Projekt PROFI in einem Sondervermögen stehen haben. Es freut mich sehr, dass Sie als Regierung uns hier zumindest näherkommen. In der Nachschiebeliste konnte ich gestern sehen, dass Sie das Projekt PROFI zumindest teilweise in ein Sondervermögen umgewandelt haben. Es freut mich, dass Sie ansatzweise unsere Linie dort verfolgen.

(Beifall PIRATEN)

Ich frage mich auch, ob Sie - wie wir - sagen, dass **Kernaufgaben** wie die Hochschulsanierung und die Krippen in den Kernhaushalt und nicht über ein Sondervermögen geregelt gehören; denn nur, wenn wir die primären Aufgaben des Landes konsequent im Landshaushalt abbilden, haben wir die Chance, einen zukünftigen **Sanierungsstau** zu verhindern. Die Hochschulen müssen laufend instand gehalten werden und können nicht jede Dekade auf ein Sondervermögen hoffen.

Schlecht allerdings ist auch, dass Sie sich bei PROFI auf Ihre eigene Linie verlassen. Frau Heinold, Sie sagen selbst: Wir kalkulieren lieber vorsichtig als zu leichtsinnig. Das ist sehr löblich. Ich bin auch kein Fan von bösen Überraschungen. Jedoch sollten Sie den Spielraum, den Sie wohl am Ende des Jahres 2013 haben können, wenn Sie vorsichtig kalkuliert haben, auch erst dann für Ihr Sondervermögen PROFI verwenden. Der Haushalt ist unter anderem wegen PROFI schon jetzt bis zum Anschlag gerechnet. Ich erinnere an die Diskussion von gestern zum Thema Tarifabschluss. Die Luft werden Sie noch brauchen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gleiches Geld für gleiche Arbeit!)

Bei aller Notwendigkeit der Maßnahmen muss man aber auch ganz ehrlich sein: Wir gehen den Weg des Sondervermögens bewusst. Der Grund dafür ist, dass die **Schuldenbremse** uns finanzpolitisch nicht den Spielraum gibt. Mit dem Weg des Sondervermögens umgehen wir den Weg der Jährlichkeit der Schuldenbremse. Das Sondervermögen wirkt über die Haushaltsgrenzen hinweg.

(Beifall PIRATEN)

Das ist durchaus ein Vorteil. Leider wird ein Sondervermögen sehr intransparent im Haushalt dargestellt. Frau Ministerin, ich hoffe Sie werden da Ab-

(Torge Schmidt)

hilfe schaffen und uns jederzeit über den Stand der Dinge auf dem Laufenden halten.

Man muss außerdem dazusagen: Das alles ist **kreditfinanziert**. Es ist nicht so, dass, nur weil wir jetzt etwas weniger für Zinsen ausgegeben haben, wir das Geld nicht trotzdem aufnehmen müssten. Das sind Kredite.

Zusammenfassend muss man sagen, dass wir die Luft, die uns am Ende dieses Jahres bleibt, nehmen, um zukünftige Haushalte zu entlasten. Das Wie macht uns Bauchschmerzen, allerdings ist für mich die Notwendigkeit der Hochschulsanierung wichtiger, als dass ich mich an Verfahrensfragen aufhänge. Deswegen werde ich für den Antrag der Regierungskoalition stimmen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Und die anderen?)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Lars Harms.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Schwimmbad-experte!)

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in der letzten Debatte bereits darauf hingewiesen - ich wiederhole mich da gern, und der Kollege Vogt hat es schon geahnt -: CDU und FDP haben es in ihrer Regierungszeit nicht fertiggebracht, spürbare Verbesserungen bei der **baulichen Situation unserer Universitäten** zu erreichen.

(Christopher Vogt [FDP]: Doch, es ist 2012!)

Das ist keine Kritik, sondern das ist einfach nur eine Feststellung. Das Ergebnis kann man an den Hochschulen und Fachhochschulen im Land sehen: Ob nun marode Gebäude, die vom Schimmel befallen sind oder nicht selten eine verheerende Energiebilanz aufweisen oder desolate Zustände bei sanitären Anlagen oder ganzen Schwimmbädern - alles scheint hier möglich.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich

(Martin Habersaat [SPD]: Zur Schwimmhalle!)

- Zur Schwimmhalle.

Christopher Vogt [FDP]: Keine Angst, Herr Kollege, ich werde Sie nicht fragen, in welchem Aufzug Sie in der Schwimmhalle waren. Ich werde Sie vielmehr fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass wir über ein Sondervermögen aus dem Haushalt 2012 reden, und insofern Ihre Eingangsbemerkung einigermaßen unsinnig ist.

- Nein. Die ist natürlich nicht unsinnig, wie nie etwas unsinnig ist, was ich hier von mir gebe, lieber Kollege.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Sie haben in der Haushaltsplanung natürlich schon Spielräume gehabt, die Sie hätten nutzen können. Sie haben aber gesagt, Sie wollten lieber sparen, als das in Hochschulen zu stecken. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Der Kollege Andresen und viele andere auch haben sich das angeguckt. Es sieht wirklich nicht gut aus, was Sie da hinterlassen haben, lieber Kollege.

(Unruhe)

Wenn man dazu bedenkt, dass die Studierendenzahlen in den vergangenen zehn Jahren um 30 % gestiegen sind und dass sich der bestehende **Sanierungsstau** schon ähnlich lange abzeichnet, kommt das schon einem Armutszeugnis nah.

Wir haben diesen dringenden Handlungsbedarf schon aus der Opposition heraus gesehen und angemahnt. Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen ganz bewusst auf eine deutliche Stärkung des gesamten Bildungsbereichs verständigt. Für den Hochschulbereich bedeutet das vor allem eines: Wir wollen die **Leistungsfähigkeit der Hochschulen** spürbar erhöhen. SSW, Grünen und SPD ist dabei klar, dass hierfür auch entsprechende Mittel in die Hand genommen werden müssen. Wir wollen durch gezielte Maßnahmen zu einem attraktiven Studienort mit einer entsprechend modernen und effizienten Infrastruktur beitragen. Dies ist nicht zuletzt deshalb dringend notwendig, weil die Studierendenzahlen weiter steigen werden. Dieser Trend wird voraussichtlich erst mit dem **doppelten Abiturjahrgang im Jahre 2016** einen Höhepunkt erreichen. Zum Glück wird die Zahl der Studienan-

(Lars Harms)

fänger voraussichtlich auch danach noch auf einem hohen Niveau bleiben. Ich hoffe wirklich sehr, dass nicht nur Rot-Grün-Blau allein ein großes Interesse daran hat, diese jungen Menschen im Land zu halten und ihnen eine echte Perspektive zu bieten, sondern dass wir da endlich zu einem Konsens kommen.

Auch uns ist bekannt, dass Schleswig-Holstein zu den Konsolidierungsländern zählt. Wenn wir den **Investitionsbedarf** für die kommenden Jahre allein für unsere Hochschullandschaft schätzen, kommen wir schnell auf mehrere hundert Millionen Euro. Das gibt unser Haushalt einfach nicht her. Das wissen auch wir. Mit dem **zweckgebundenen Sondervermögen** für besonders dringliche und umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen verschaffen wir den Universitäten erst einmal Luft zum Atmen. Auch der zusätzliche Teil aus den Mitteln des Programms PROFI wird hier helfen. Doch aus Sicht des SSW müssen wir uns dringend Gedanken über weitere Möglichkeiten machen, um die nötigen Mittel für unsere Hochschulen zu bekommen.

Wenn es um die **Akquise zusätzlicher Gelder** geht, müssen nicht nur ausreichende Forschungsbauinstrumente des Bundes für Neubauten und Großgeräte, sondern auch eine angemessene Höhe der **Kompensationsmittel** aus Berlin für den Hochschulbau insgesamt erwähnt werden. Hierfür wird sich die Landesregierung genauso hartnäckig einsetzen wie für die in unserem Antrag geforderte Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die **Schaffung weiterer Studienplätze** im Rahmen des Hochschulpakts. Auch Finanzquellen auf europäischer Ebene müssen mit bedacht und erschlossen werden.

Aber trotzdem dürfen wir uns nichts vormachen: Wir werden in Zukunft nicht darum herumkommen, Schwerpunkte zu setzen. Wir werden uns auch in diesem Bereich über **ÖPP-Maßnahmen** oder Mietmodelle unterhalten müssen, weil uns einfach das Geld fehlt.

(Christopher Vogt [FDP]: Aha!)

Natürlich ist in dem einen oder anderen Fall noch erhebliches Verhandlungsgeschick gefragt. Aber nach Auffassung des SSW werden wir mit den genannten Maßnahmen vonseiten des Landes für spürbare **Verbesserungen im Hochschulbereich** sorgen können. Wir halten damit Wort und unterstützen unsere Hochschullandschaft bei der Erfüllung ihres wichtigen Bildungsauftrags. Wir hoffen, dass hiervon bereits diejenigen, die heute studieren, profitieren können.

Uns ist dabei völlig klar, dass wir die Studenten von morgen und übermorgen auf keinen Fall vergessen dürfen. Aus diesem Grund haben substanzielle Verbesserungen im Bereich Kita und Schule hohe Priorität für diese Landesregierung. Ich denke, mittlerweile ist allen Anwesenden klar, dass wir den gesamten **Bildungsweg** im Blick behalten müssen, weil wir in Zukunft deutlich mehr hochqualifizierte junge Menschen in unserem Land brauchen.

Beim Thema **Kleinkindbetreuung** ist es mir für den SSW ganz besonders wichtig zu betonen, dass die gefundene Einigung mit den Kommunen größte Anerkennung verdient.

(Beifall SSW)

Am Ende schwieriger Verhandlungen steht nicht nur ein Ergebnis, mit dem beide Seiten sehr gut leben können. Es ist vor allem ein hervorragendes Ergebnis für unsere Kleinsten, weil ihr Platz in der Krippe dauerhaft gesichert ist. Mit der Entscheidung, die **Betriebskosten** nicht nur in Teilen rückwirkend, sondern selbstverständlich auch aufwachsend zu tragen, wird die frühkindliche Bildung nachhaltig gestärkt. Mit den zusätzlichen **Mitteln für die energetische Sanierung** im Kita- und Schulbereich können die Kommunen langfristig deutliche Einsparungen erzielen. Insgesamt lässt sich hier vor allem eins festhalten: Im Gegensatz zu unseren Vorgängern von CDU und FDP, die in diesem wichtigen Bereich lieber keine besondere Verantwortung tragen wollten und nicht zuletzt auf eine saftige Klage zugesteuert sind, leisten wir einen erheblichen Beitrag zur **Entlastung der kommunalen Familie** und verbinden das auch noch mit unseren Ziel der Bildung.

(Christopher Vogt [FDP]: Weniger als wir!)

Egal ob Kita, Schule oder Universität - wir haben den Anspruch, unser Bildungssystem moderner zu gestalten und auf solide Füße zu stellen. Uns ist bewusst, dass wir hier erst am Anfang stehen. Aber wir haben klare **Prioritäten** in diese Richtung gesetzt. Es ist also folgerichtig und nur konsequent, wenn wir vorhandene Spielräume für diese wichtigen Investitionen in die Zukunft Schleswig-Holsteins nutzen. Dies gilt ausdrücklich auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung. Diejenigen, die es sinnvoller finden, hier nichts zu tun - wie die alte Regierung -, frage ich Folgendes: Was nützt uns ein millionenschweres Wegsparen, wenn die Bildungslandschaft im Gegenzug völlig ausgetrocknet ist?

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

SPD, Grüne und SSW wollen eine solche Situation in jedem Fall verhindern. Wir sehen unsere klare Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Wir sehen das Recht jedes Einzelnen auf Bildung von möglichst hoher Qualität. Deshalb nutzen wir die vorhandenen Spielräume für diese absolut sinnvollen und nachhaltigen Maßnahmen. Aus Sicht des SSW leisten wir mit unserem Sondervermögen zur Hochschulsanierung, mit unseren Anreizen in Richtung energetische Sanierung und mit unserem Anteil an der Schul- und Kita-Finanzierung einen handfesten Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Diesen Weg werden wir auch weitergehen. Da lassen wir uns nicht aufhalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Callsen: „Nachtigall, ick hör dir trapsen.“ Sie stellen sich hier hin und beantragen 20 Millionen € mehr Schulden als diese Koalition, 15 Millionen € mehr, als wir zurzeit nach **Zinsgewinnen** ausgeben könnten. Demzufolge haben Sie wahrscheinlich ein schlechtes Gewissen. Um das zu verbergen, stellen Sie einmal wild Behauptungen auf, die so nicht stimmen. - Traurige Oppositionspolitik!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie sprechen davon, dass wir nach Ihrer glorreichen Zeit ausgeglichene Haushalte hätten. Falsch! Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie wissen genauso gut, dass eine schwarze Null kein ausgeglichener Haushalt ist. Wir sind lange davon ab, so einfach zu denken.

(Johannes Callsen [CDU]: Strukturell! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Strukturell!)

- Ja, strukturell. Es ist kein ausgeglichener Haushalt. Strukturell dürfen uns im nächsten Jahr nach der Bundesmethode 900 Millionen €, nach der Landesmethode 780 Millionen € fehlen. Was ist denn da ausgeglichen?

Dann sprechen Sie die Steuerschätzung an. Auch hier absolute Verdummung. Das darf ich wahrscheinlich nicht sagen. -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch!)

Das ist keine seriöse Darstellung. Sie wissen genau, das neue System mit dem Ausgabepfad ist völlig unabhängig von der **Steuarentwicklung**. Wenn wir mehr Steuern einnehmen, legen wir mehr zurück. Das ist nicht unser Verdienst. Wenn wir weniger Steuern einnehmen, machen wir mehr Schulden. Das ist dann auch nicht unsere Schuld. Das ist im System angelegt. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir es in dieser Legislaturperiode schafften, wieder anzuerkennen - wie es hier schon einmal Konsens war -: Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen. Darauf haben wir uns in der Verfassung verständigt. Innerhalb des Rahmens kann gern ein konstruktiver Streit erfolgen. Dass Sie unser Bild von Pflicht und Kür schon nach so kurzer Zeit übernommen haben, freut uns, Herr Callsen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mit dem heutigen Gesetzentwurf zeigt die Koalition erneut: Wir handeln, um zu gestalten. Unsere Finanzpolitik ist solide.

(Christopher Vogt [FDP]: Na ja!)

Sie geht zwingend einher mit notwendigen **Investitionen in Bildung und Klimaschutz**.

Ich freue mich, dass inzwischen viele Fraktionen hier im Haus - letztlich alle - anerkannt haben, dass dies sinnvoll ist. Wir hätten heute also gar nicht so furchtbar miteinander streiten müssen. Herr Vogt hat es erfreulich differenziert dargestellt. Es ist so, dass wir alle erkannt haben, welchen großen Sanierungsstau wir in den öffentlichen Gebäuden haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Wahrscheinlich erst seit zwei Jahren!)

- Leider kann ich Ihnen das nicht voll in die Schuhe schieben, auch wenn es mir extrem viel Spaß machen würde.

(Christopher Vogt [FDP]: Lars Harms hat da keine Hemmungen! - Heiterkeit)

Der **Sanierungsstau** in unseren öffentlichen Gebäuden hat sich leider seit vielen Jahrzehnten aufgebaut. Es ist ein bisschen besser geworden in Kindertagesstätten und Schulen durch die Konjunkturpakete I und II. Sie haben tatsächlich geholfen. Wir haben einen großen Sanierungsstau in den Hochschulen, in den Justizvollzugsanstalten, teilweise

(Ministerin Monika Heinold)

aber auch in anderen öffentlichen Gebäuden. Wir haben leider in der **Mittelfristigen Finanzplanung** reduzierte Ansätze für den Hochschulbau. Das ist mit den Meldungen an die Haushaltsstrukturkommission reingekommen. Das ist aber kein Vorwurf, denn wir haben es bisher nicht wieder herausgenommen. Deshalb ist dies eine relativ nüchterne Bilanz. Wir steuern nicht nur mit dem heutigen Sonderpaket, sondern auch mit PROFI nach. Ich weiß, dass es bei der FDP mit PROFI Probleme gibt.

Allerdings sind das investive und einmalige Ausgaben, die sich leider nicht dazu eignen, Tarife dauerhaft zu finanzieren. Ich gehe davon aus, dass die FDP ihre Tarifsteigerung anders finanziert.

Mir ist es wichtig, noch einmal zu sagen, was passieren wird, wenn wir jetzt tatsächlich **Hochschulmaßnahmen** vorziehen. Das soll überwiegend in die **energetische Sanierung** gehen. Das hat zwei Auswirkungen. Die erste ist, dass die Betriebskosten hoffentlich sinken. Nachdem wir also in Baukosten investiert haben, sollen die Energiekosten und in der Folge die Betriebskosten sinken. Das ist sehr gut. Die zweite Auswirkung - auch das hat die FDP bereits angesprochen - besteht darin: Dadurch, dass wir Maßnahmen im Hochschulbereich vorziehen, können natürlich auch andere Maßnahmen nachrücken. So wird dann aus dieser ersten Maßnahme eine dauerhaft gute Maßnahme für die Hochschulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW sowie Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, 40 Millionen € für die Hochschulen sind viel Geld, Geld, das wir nicht haben. Wir nehmen dieses Geld an Schulden auf; auch das müssen wir wissen. Ich glaube aber, angesichts des niedrigen Zinssatzes ist es zurzeit eine gute, eine verantwortbare und auch notwendige Investition, die auch bildungspolitisch gut ist.

Ich freue mich, dass es auch gelungen ist, im Rahmen der Zinsgewinne das **Kindertagesstätteneinigungspaket** mit 11,5 Millionen € mitzufinanzieren, die noch aus diesem Jahr stammen; denn wir hatten auch hier eine große Baustelle, die gelöst werden musste. Dazu trägt das Jahr 2012 mit unserem guten Haushaltsabschluss bei.

Insofern finde ich es schön, dass wir eine breite Mehrheit für die Annahme dieses Antrags haben. Die Hochschulen freuen sich sehr, und die Studentinnen und Studenten haben es auch verdient, dass wir nicht nur über Bildung reden, sondern dass wir nun auch einmal einen Schritt nach vorn machen, einen Punkt setzen und sagen, das Geld geht jetzt in

den Bereich der Hochschulen hinein. Das ist schön für uns und schön für die Studentinnen und Studenten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Gemäß § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Abgeordneten Tobias Koch das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, gestatten Sie mir einen Satz vorweg. Dass das strukturelle Defizit im kommenden Jahr um 70 Millionen € wieder auf 780 Millionen € ansteigt, das ist in der Tat Schuld dieser „Küstennebel-Koalition“, weil Sie strukturelle Mehrausgaben beschließen, ohne sie strukturell gegenzufinanzieren.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf: Da hat der Koch was angerührt! - Weitere Zurufe)

Aber lassen Sie mich versuchen, die unterschiedlichen Beträge für das **Sondervermögen** noch einmal in den Kontext des **Jahresabschlusses** einzuordnen.

Die Finanzministerin argumentiert, die Zinersparnisse würden sich auf 150 Millionen € belaufen. Bei Gegenrechnung aller möglichen Eventualitäten, für die noch Rücklagen zu bilden seien, würde davon lediglich ein Betrag von knapp 60 Millionen € verbleiben, der als Spielraum für das Sondervermögen genutzt werden könne. Nun liegt seit dieser Woche die kurzfristige Erfolgsrechnung per Ende November vor. Es ist immer einfacher, das auf das Gesamtjahr hochzurechnen. Wenn die Kollegen Winter, Andresen und Harms selber einen Taschenrechner besitzen würden und diesen auch bedienen könnten, dann könnten sie selber hochrechnen,

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

dass die **Zinsausgaben** Ende dieses Jahres noch nicht einmal 900 Millionen € betragen werden und damit gegenüber dem Haushaltsansatz nicht nur um 150 Millionen €, sondern um 160 Millionen € niedriger ausfallen werden. Und da haben Sie Ihre noch fehlenden 10 Millionen €.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias Koch)

Das werden auch die Regierungsfractionen am Ende des Jahres feststellen. Aber dann ist es für das Sondervermögen eben zu spät.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schuldenmacherei ist das!)

Aber damit nicht genug. Der Handlungsspielraum wäre noch um Längen größer.

Die gesetzlich **zulässige Kreditobergrenze** in diesem Jahr liegt bei 895 Millionen €. Der Haushalt, der von CDU und FDP beschlossen worden war, sah nur ein strukturelles Defizit in Höhe von 770 Millionen € vor. Dank der Zinsminderausgaben wird das strukturelle Defizit am Ende des Jahres round about 600 Millionen € betragen. Wir haben also 300 Millionen € Spielraum auf Basis der geltenden Gesetze im Jahresabschluss 2012. Fast 300 Millionen €! Selbst wenn wir jetzt Ihre 100 Millionen € Eventualitäten und Rücklagenbildung gegenrechnen, verbliebe noch ein Spielraum von 200 Millionen €.

Unsere Politik war es immer, **Spielräume** zu erarbeiten, um sie dann zu nutzen, wenn wir in die **Zukunft des Landes** investieren können. Das könnten wir jetzt tun, und das hätten wir auch getan, wenn wir noch regieren würden. Sie aber nutzen diese Chance jetzt nicht. Sie hätten ja auf die Idee kommen können, auch 70 oder 80 Millionen € in das Sondervermögen Hochschulbau zu investieren. Sie hätten auch auf die Idee kommen können, das Sondervermögen PROFI bereits in diesem Jahr einzurichten und damit den Haushalt des nächsten Jahres zu entlasten. Sie hätten auch auf die Idee kommen können, 100 Millionen € für eine Kapitalerhöhung des HSH-Finanzfonds in diesem Jahr vorzunehmen. Damit hätten wir dann Vorsorge getroffen für absehbare Investitionen in der Zukunft und für absehbare Risiken in der Zukunft. Diese Spielräume haben wir Ihnen erarbeitet, und die hätten Sie nutzen können. Ich wünsche meinen haushaltspolitischen Sprecherkollegen viel Spaß, ihren Fraktionen zu erklären, warum sie diese Spielräume nicht genutzt haben, aber in der Zukunft mit immer enger werdenden Spielräumen zurechtkommen müssen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir ein Sondervotum in dieser Debatte. Auch ich erkenne sehr wohl den **Sanierungsstau** an den Hochschulen an und auch den Nachholbedarf bei der **Kinderbetreuung** - gar keine Frage. Wie Sie diese Probleme aber lösen wollen, das kann nicht meine Zustimmung finden, nämlich über den Weg eines **Sondervermögens**.

Mit Sondervermögen umgehen wir die **Verschuldungsbremse**, auf die wir uns alle geeinigt haben. Wir verschärfen damit die ohnehin schon erdrückende Zinslast, die unsere Spielräume auf die Dauer immer weiter einschränkt. Es geht deswegen nicht darum, Herr Kollege Andresen, dass wir jeden Euro, den wir haben, ausgeben würden, sondern es geht darum, dass wir Euros ausgeben, die wir nicht haben.

Ich habe wegen der Umgehung der Verschuldungsbremse auch **verfassungsrechtliche Bedenken**, was diesen Weg des Sondervermögens angeht. Wir bilden aber auch **Schattenhaushalte**, wie das Torge Schmidt schon gesagt hat, was der Transparenz widerspricht. Außerdem entsteht dem Land dadurch ein **Zinsschaden**, indem wir hohe Guthaben in Fonds aufbauen, während wir dafür hohe Zinsen an die Banken bezahlen.

Ich bin deswegen der Überzeugung, dass wir andere Wege finden müssen, um den unstrittig bestehenden Sanierungsstau zu beheben.

Die Frau Bildungsministerin hat bereits verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, die uns zur Verfügung stehen. Stichwort: Kooperationsverbot, aber auch - selbst wenn es der FDP-Fraktion neu ist - die EU-Mittel, die sehr wohl auch den Bildungsbereich abdecken.

Auch der **Haushalt 2013** wäre eine Möglichkeit gewesen, zum Beispiel indem man den schon eingeschlagenen **Personalabbau** auch weitergegangen wäre. Deswegen kritisiere ich, dass Sie aus offensichtlich wahltaktischen Motiven heraus wegen der anstehenden Kommunalwahlen und der Bundestagswahl das wieder vor sich herschieben und wir deswegen danach umso schneller den Personalabbau werden betreiben müssen. Das halte ich den Beschäftigten gegenüber für nicht verantwortlich.

Genauso bass erstaunt bin ich allerdings in dieser Debatte darüber, dass die CDU tatsächlich eine noch höhere Verschuldung fordert. Das ist eine sehr kuriose Debatte, muss ich sagen. Der Weg des Son-

(Dr. Patrick Breyer)

dervermögens jedenfalls ist für mich nicht akzeptabel.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen, Sie haben das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Breyer, verstehe ich Sie richtig, dass Sie sagen wollen, weil es beim **Personalabbau** ja vor allem um den Abbau von **300 Lehrerstellen** geht, würden Sie, um das Sondervermögen in der Höhe gegenfinanzieren zu können, stattdessen an der Kürzung der 300 Lehrerstellen durch die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung festhalten wollen?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Nein, das verstehen Sie nicht richtig. Mir ist bekannt, dass die Koalition den Bildungsbereich vom Personalabbaupfad ausnehmen will. Deswegen soll er anders eingeschlagen werden. Es geht nur um die Frage, wann man damit beginnt, und um die Kritik daran, dass man nicht im nächsten Jahr damit beginnt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Sehr gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie die Stellen nicht im Bildungsbereich kürzen wollen, dann frage ich Sie: Wollen Sie dann bei der Polizei, bei der Justiz oder wo genau Stellen kürzen?

- Ich möchte, dass der Stellenabbaupfad, der unstrittig ist, schrittweise, Jahr für Jahr, gegangen wird und nicht, dass man in dem Jahr 2013 nichts tut, um danach umso empfindlichere Einschnitte machen zu müssen, weil das Strukturanpassungen

verlangen würde, die viel schwieriger umzusetzen wären.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung des Kollegen Koch. Lassen Sie diese zu?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Herr Dr. Breyer, ist Ihnen aufgefallen, dass in unserem Gesetzentwurf vorgesehen ist, dass die Haushaltspläne des Sondervermögens dem Landtag vorzulegen und vom Landtag zu beschließen sind, dass also nach unserem Entwurf gerade kein **Schattenhaushalt** eingerichtet werden würde, der der Zustimmung des Landtags entzogen wäre?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Mir ist aufgefallen, dass auch nach Ihrem Entwurf gegen den Grundsatz der Periodizität des Haushalts verstoßen würde. Deswegen lehne ich das ab.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Ulrich König.

Uli König [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute fünf PIRATEN, ich hoffe, nicht fünf Meinungen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mir ist das egal! - Weitere Zurufe)

- Soll ich Sie zur Ruhe kommen lassen, oder soll ich einfach reden? - Gut. Ich fange einfach einmal an.

Den **Hochschulpakt III** finden wir gut, und den unterstützen wir. Ich finde auch Ihre **Priorisierung der Sanierung**, die Sie vorhin dargestellt haben, sehr klug und unterstützenswert. Auch das finde ich gut und unterstütze ich. Was ich nicht so gut finde, sind Ihre alternativen **Finanzierungsvorschläge**, Frau Wende. Wenn wir Umbauten per PPP oder als Miete finanzieren, dann mag das zwar kurzfristig

(Uli König)

den Haushalt entlasten, aber langfristig führt es zu einer deutlich stärkeren Belastung des Haushalts.

(Beifall PIRATEN)

Entweder sollten wir uns die Investitionen wirklich leisten können oder es lassen. Alles andere verlagert das Ganze auf zukünftige Generationen.

(Beifall PIRATEN)

Ich finde es auch sehr kritisch, die Schuldenbremse dieses Jahr noch bis zum Anschlag auszureizen.

(Beifall PIRATEN)

Herr Kollege Breyer hat das vorhin sehr ordentlich ausgeführt. Das ist schon ziemlich kritisch. Manche Leute sprechen von Verrat an der Schuldenbremse. Ich würde nicht so weit gehen. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass jeder Euro, der in die Hochschulen und in die Kitas geht, ein sehr wertvoller und wichtiger Euro ist. Aus diesem Grund werde ich das mittragen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der CDU hatte sich Frau Kollegin Heike Franzen gemeldet. Sie wollten noch einen Dreiminutenbeitrag leisten. Den dürfen Sie jetzt gern hier vorne leisten.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Lars Harms,

(Beifall Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe FDP: Oh!)

etwas kann man hier, glaube ich, nicht stehenlassen, nämlich die Behauptung, dass die letzte Landesregierung nichts für den **Bildungsbereich** und auch nichts für den **U-3-Ausbau** getan hätte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sagen wir: Nichts Gutes, dann sind wir näher dran!)

- Das mag vielleicht Ihre Auffassung sein. - Ich finde den Ausbau in dem U-3-Bereich, den wir gemeinsam mit den Kommunen bereits hinbekommen haben, nicht ausreichend, das gebe ich gern zu, aber er ist gelungen. Ich glaube, dass hier eine Menge Geld in die Hand genommen worden ist, um den U-3-Ausbau voranzutreiben,

(Beifall CDU und FDP)

und das in einem Volumen, das trotz der schwierigen Finanzlage beachtlich ist. Wir haben im Be-

reich des Ausbaus der U 3 in den letzten Jahren jährlich fast 120 bis 125 Millionen € in die Hand genommen. Lieber Lars Harms, das ist schon eine Hausnummer. Ich finde, Ihre Äußerung kann man an dieser Stelle so nicht stehenlassen.

Ich will auch auf eine andere Sache hinweisen. Es ist gut und schön, wenn man sagt, man hilft den Kommunen bei der **energetischen Sanierung** von Kindertagesstätten und Schulen. Wir haben aber ein ganz anderes Problem. Beim U-3-Ausbau sind wir im Augenblick bei einer Deckungsquote von 23 %. Wir brauchen bis zum nächsten Jahr entsprechende Betreuungsplätze im U-3-Bereich. Deswegen haben wir uns in der CDU-Fraktion dazu entschieden, nicht nur auf energetische Sanierung zu setzen, sondern in diesem Bereich wirklich noch einmal Geld in die Hand zu nehmen, um den U-3-Ausbau tatsächlich finanzieren zu können. Wir müssen natürlich anerkennen, das ist eine Entlastung der Kommunen, das ist gar keine Frage. Dazu gehört aber auch - das will ich gern noch einmal deutlich sagen -, dass Sie zunächst einmal geplant haben, im Rahmen der Grundsicherung im Alter und für dauerhaft Erwerbsunfähige die Mittel des Bundes nicht komplett durchzuleiten. Das heißt, das war wirklich ein Taschenspieler - -

(Zuruf Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

- Das hatten wir nicht vor! Aber nein. Frau Trauernicht, es war klar, dass die Mittel des Bundes komplett durchgeleitet werden sollten.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Franzen, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Stegner?

Heike Franzen [CDU]:

Nein. Ich bin jetzt auch gleich fertig.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es sinnvoll ist, jetzt wirklich noch einmal Geld in den Ausbau der U 3 zu stecken. Die energetische Sanierung wird nicht einen einzigen Kita-Platz in unserem Land schaffen, und das finde ich ausgesprochen schade.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gleiche, was die Kollegin Franzen gerade für den Bildungsbereich insgesamt gesagt hat, hätte ich jetzt auch für den Hochschulbereich hinzufügen können. Wenn man dem Kollegen Harms eben zugehört hat, dann könnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Landesregierung im **Hochschulbereich** den massiven **Sanierungstau** der Vorgängerregierung aufheben würde. Aber wenn Sie sich die Wahrheit im Haushaltsplan 2013 ansehen, dann stellen Sie fest, dass das wirklich wenig mit dem zu tun hat, was Sie geschildert haben.

Das Thema **Hochschulpakt** sollten wir - das würde ich beantragen - im Fachausschuss diskutieren. Wir sind sehr eng bei Ihnen, dass wir uns über dieses Thema unterhalten müssen und auch rechtzeitig unterhalten müssen. Ich will an dieser Stelle übrigens sagen, dass auch im Hochschulpakt II der Bund immer wieder die Mittel entsprechend den zusätzlichen Studienanfängerzahlen aufgestockt hat. Das ist jetzt gar kein Novum. Was ich dabei wirklich interessant finde, ist, wie schnell die regierungstragenden Fraktionen vergessen, was sie immer gemacht haben, als sie noch in Oppositionszeiten gewesen sind. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, wie Sie immer den Wissenschaftsminister de Jager zu dem Zeitpunkt kritisiert haben, als er im Amt gewesen ist, und gesagt haben, das müsse an dieser Stelle alles ausfinanziert werden. Der sollte schon, bevor überhaupt eine Vereinbarung mit dem Bund getroffen worden war, den Hochschulen Planungssicherheit geben. Da konnte überhaupt nicht abgewartet werden. Heute stellen Sie sich hier in einer Gelassenheit hin und signalisieren den Hochschulen, das Land Schleswig-Holstein kann sich die ganzen zusätzlichen Studierenden überhaupt nicht leisten. Ich meine, ein Stück weit Glaubwürdigkeit darf man sich auch noch in Regierungszeiten bewahren, das wäre zumindest mein Vorschlag an dieser Stelle.

(Beifall CDU und FDP)

Wir wollen uns auch gern sachlich im Ausschuss über die Ausfinanzierung vom Hochschulpakt III mit Ihnen austauschen. Ich finde, was die Kriterien angeht, sollten wir Schleswig-Holsteiner da vielleicht etwas andere Ansprüche anlegen. Ob man nun die **Zuschüsse** einzig und allein an den **Studienanfängerzahlen** ausrichten sollte, daran habe ich persönlich meine Zweifel. Man muss es sich ansehen. 26.000 € zahlt der Bund in etwa für einen zusätzlichen Studienanfänger. Wir haben richtig viele Medizinstudenten in Schleswig-Holstein. 26.000 €

reichen gerade einmal aus, um einen Medizinstudenten ein einziges Semester in Schleswig-Holstein studieren zu lassen. Die studieren aber zehn Semester. Das heißt, die gesamten weiteren Kosten müssen wir Schleswig-Holsteiner auch allein tragen. Deswegen wäre meine herzliche Bitte, dass wir uns im Bildungsausschuss vielleicht vorher noch einmal über Kriterien verständigen und da gegebenenfalls auch zu einem einheitlichen Vorschlag aus Schleswig-Holstein kommen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir das tun könnten.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gern Frau Kollegin Franzen am Mikrophon gefragt. Aber da Sie es nicht zugelassen haben, will ich das jetzt von hier vorne tun. Sie haben sich so für das gelobt, was Sie für U 3 getan haben, und uns für die Position kritisiert, mit der wir in die Verhandlungen gegangen sind. Dazu will ich für das Hohe Haus gern einmal feststellen, dass Sie es gewesen sind, Schwarz-Gelb, die von den Kommunen verklagt worden sind und dass erst wir, Rot-Grün-Blau, es sind, die sich mit den Kommunen geeinigt haben. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daran kann man feststellen, dass Sie das noch nicht bemerkt haben oder dass Sie wollten, dass ich der Öffentlichkeit noch einmal sage, dass es gut ist, dass wir die Rollen miteinander getauscht haben, weil wir nämlich die Probleme lösen, die Sie in Teilen verursacht haben.

Ich finde, man muss der FDP eines zugestehen. Der Vorwurf, die FDP hätte über Jahre hinweg den **Hochschulsanierungstau** verursacht, ist wirklich falsch. So viel hatte die FDP nämlich nicht zu sagen; denn sie hat nur zweieinhalb Jahre lang Regierungsverantwortung getragen, und das war gut für das Land. Damit hatte die FDP also nun wirklich nichts zu tun.

Trotzdem sollten Sie hier nicht so viel über Hochschulen reden; denn wenn man Bilanz zieht über Ihre sehr kurze Regierungszeit im Hinblick auf die Hochschulen, muss man nur den Namen einer Han-

(Dr. Ralf Stegner)

sestadt nennen, um zum Ausdruck zu bringen, was Sie alles im Land fast kaputt gemacht hätten.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich erzähle das deswegen in der Adventszeit, weil Sie in der Adventszeit immer gemeinsam mit Herrn Carstensen nach Berlin zu Frau Merkel gefahren und immer mit schlechten Nachrichten zurückgekommen sind. Das war immer das Ergebnis Ihrer Reisen. Wir hingegen verständigen uns in der Adventszeit mit den Kommunen. Außerdem haben wir eine Finanzministerin, die vernünftige Konzepte einbringt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sehr verehrter Herr Kollege Koch, nachdem ich Ihre schneidige Rede gehört habe, will ich Folgendes doch einmal sagen: Die Finanzministerin hält sich an das, was hier vereinbart worden ist, und zwar genau an den **vereinbarten Rahmen**. In diesem Rahmen diskutieren wir. Das heißt, Sie müssen nicht immer so tun, als ob Sie uns belehren müssten, was wir können oder was wir nicht können. Wir halten uns an den Rahmen und haben dem übrigens zugestimmt. Wir haben auch der Verfassungsänderung zugestimmt, die von der Ministerin ausgefüllt wird.

Sie werden feststellen, dass wir auf jeder Strecke dieses Weges genau das tun, was uns der Spielraum ermöglicht. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist allerdings, dass Sie sich immer auf den Rechnungshof berufen haben und stolz darauf waren, wenn Sie nur irgendwo etwas kürzen konnten. Wir beschäftigen uns aber auch mit der Zukunft dieses Landes und investieren vernünftig. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Koch, Herr Kollege?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Weil ich das so gern tue, bin ich hier stehen geblieben. Ja, bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Dr. Stegner. In welcher Höhe erwarten Sie

das strukturelle Defizit für 2012? Welche Möglichkeiten ergeben sich nach Ihrer Auffassung in diesem Jahr noch, um in die Zukunft des Landes zu investieren?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine zu schwere Frage!)

- Das fürchte ich auch. Schauen wir aber einmal.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Na ja, für Sie reicht es gerade noch.

Die Möglichkeiten, noch in diesem Jahr etwas gegen das strukturelle Defizit zu tun, sind sehr begrenzt, weil das Jahr - wenn ich das richtig sehe - nur noch 16 Tage hat. So furchtbar viel können wir im Jahr 2012 nicht mehr tun. Wir haben noch eine Parlamentssitzung vor uns. Wenn ich Ihre Anträge betrachte, so muss ich feststellen, dass diese das Problem des strukturellen Defizits für das Land Schleswig-Holstein nicht lösen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Vielleicht geht es noch ein bisschen komplizierter. Weiter so.

Tobias Koch [CDU]: Ich habe mitbekommen, dass Sie mir keine Antwort auf meine Frage geben können.

(Zuruf von der CDU: Da wir noch 18 Tage haben, ist das schon falsch gewesen! - Heiterkeit CDU und FDP)

- Da haben Sie nun wirklich recht. Heute ist erst der 13. Dezember. Ich bedanke mich für Ihren Hinweis. Damit hat der Kollege recht. Das will ich verschämt zu Protokoll geben. Da haben Sie recht. Das ist aber auch das Einzige, womit Sie recht haben.

- Dann will ich Ihnen ein wenig auf die Sprünge helfen: Herr Dr. Stegner, ist Ihnen bewusst, dass Sie mit der heutigen Entscheidung in der Lage wären, rund 200 Millionen € im Rahmen aller gesetzlichen Vorgaben für Hochschulen und für die Zukunftssicherung in ein Sondervermögen einzustellen?

- Ob mir bewusst ist, dass wir das könnten?

- Das Sie das tun könnten.

(Dr. Ralf Stegner)

- Man könnte ganz viele Dinge tun. Das Wort, das am meisten in Ihrer Rede vorkam, war das Wort „hätte“. Das Wort „hätte“ ist aber nicht Politik, sondern das ist vielleicht Opposition. Das, was wir tun, ist das, was von der Regierung vorgeschlagen worden ist. Das finden wir sinnvoll. Das passt in die Zukunft. Das gehört in diesen Rahmen. Wo ist Ihr Problem?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Tobias Koch [CDU]: Dass Sie nicht antworten!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Christopher Vogt von der Fraktion der FDP.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie vorhin bei der Rede des Kollegen Dr. Breyer Mephisto zitiert haben. Sie hätten aber nicht in seine Rolle schlüpfen müssen.

Trotz Ihres Redebeitrags werden wir der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen.

Herr Dr. Stegner, ich möchte Ihnen eines mitgeben, weil Sie das in jedem Redebeitrag erwähnen. Ich weiß nicht, wie viele Jahre Sie das noch vorhaben. Die Leute von der **Universität Lübeck**, die Sie für alles heranziehen, um zu verdeutlichen, dass Sie moralisch auf einer höheren Stufe stehen als die Leute, die auf dieser Seite des Parlaments sitzen, freuen sich über jeden Besuch mehr als über Ihren Besuch, Herr Kollege Dr. Stegner. Das ist zumindest das, was ich von dort immer höre.

(Beifall und Heiterkeit FDP und CDU)

Sie haben heute auch über die Hochschulautonomie gesprochen. Wie Sie sich benommen haben, als **Frau Dr. Schavan** die **Ehrendoktorwürde** der Universität Lübeck verliehen werden sollte, was verschoben worden ist, wie Sie sich dabei in Entscheidungen der Gremien der Universität Lübeck eingemischt haben, das hatte schon Qualität, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Stegner, ich möchte noch einen Punkt ansprechen. So weit ich mich erinnern kann - Sie haben diese Haltung nie öffentlich korrigiert -, waren Sie immer gegen die **Stiftungsuniversität** Lübeck. Zumindes habe ich das im Parlament immer so mitbekommen. Mich interessiert, ob Sie Ihre Haltung nur durch Frau Dr. Wende korrigiert haben;

denn Sie haben zu diesem Thema leider seit Monaten nichts mehr sagen können. Deshalb lasse ich die Zwischenfrage gern zu.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab doch eine Pressemitteilung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Vogt, ich möchte mir zwei Bemerkungen erlauben zu dem, was Sie gesagt haben.

Erstens. Unsere Haltung zu der mehr als peinlichen geplanten Verleihung der **Ehrendoktorwürde** an Frau Schavan halten wir ausdrücklich aufrecht. Dass Sie das erwähnen, ist eher schwierig für Sie als für uns.

(Beifall SPD)

Zweitens. Es ist unter anderem meine Fraktion gewesen, die gesagt hat, dass wir an eine **Stiftungsuniversität** in Lübeck Anforderungen stellen. Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass diese Anforderungen weitgehend dem entsprechen, was jetzt die Personalvertretung mit der Leitung der Universität Lübeck ausgehandelt hat. Das ist genau das, was wir wollten.

Wir stimmen nämlich nicht wie Sie allem blind zu, sondern wir sagen, welche Anforderungen wir stellen. Wenn diese Anforderungen erfüllt werden, ist das in Ordnung. Das ist der Erfolg unserer Politik und nicht Ihrer Politik.

(Beifall SPD)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Dr. Stegner, das Zweite nehme ich zur Kenntnis. Zum Ersten muss ich ganz ehrlich sagen, dass das eine Entscheidung der Universität Lübeck war. Dass Sie das kritisieren, zeigt Ihr merkwürdiges Verständnis von Hochschulautonomie. Dabei bleibe ich.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Lars Harms vom SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Koch hat gerade eben sehr richtig gesagt, in der Theorie sei es in der Tat möglich, in diesem Jahr **200 Millionen €** zu verausgaben. Rein rechtlich ist das genau richtig. Ich weise aber auf eines hin, was von Ihrer Fraktion und insbesondere vom damaligen Finanzminister immer wieder gesagt wurde und was man sich vielleicht auch immer wieder vor Augen führen muss und was auch die Finanzministerin gerade noch einmal deutlich gemacht hat: Diese Ausgaben wären **schuldenfinanziert**. Das ist immer ganz wichtig zu erwähnen, wenn es um diese hohen Summen geht.

Ich habe mir jahrelang vom Kollegen Koch anhören müssen, dass jeder Euro, der aufgrund günstigerer Planungen eingespart werden könne, grundsätzlich sofort zur Senkung der Nettoneuverschuldung und für nichts anderes zu verwenden sei. Heute stelle ich fest, dass die Haltung der CDU eine andere geworden ist. Ich persönlich finde das positiv. Ob das alle in der CDU in der Kontinuität der vergangenen Jahre positiv finden, das müssen Sie selbst herausfinden, lieber Kollege Koch.

Ich stelle fest, die CDU beantragt 70 Millionen €. Das sind knapp 20 Millionen € mehr als das, was wir ausgeben wollen. Lieber Kollege Koch, für diese Wendung in Ihrer Politik möchte ich mich herzlich bedanken. Es ist wirklich gut, dass Sie von uns gelernt haben. Wenn Sie so weitermachen, werden Sie vielleicht irgendwann doch noch regierungsfähig.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nee!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Koch?

Lars Harms [SSW]:

Aber gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Harms, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass es immer unsere Politik war, Spielräume zu erarbeiten, um investieren zu können, und zwar im Nachhinein, wenn die Spielräume geschaffen und realisiert worden sind. Das sind sie am Ende des Jahres. Sie nutzen die Spielräume

bereits im Vorfeld vollkommen aus und gehen an die Oberkante der Maximalverschuldung heran. Das ist der Unterschied.

(Zuruf SPD: Das sieht Ihr ehemaliger Landesvorsitzender aber anders!)

Lars Harms [SSW]:

War das das Ende?

- Das war die Bemerkung.

- Lieber Kollege Koch, dann nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass das, was Sie mir gerade eben gesagt haben, bisher das bestgehütetste Geheimnis in der gesamten Republik war. Das hat bisher noch niemand von uns so zu hören bekommen. Wenn Sie das jetzt so verfolgen wollen, ist es ja schön. Dann sind wir uns in diesem Bereich auch sehr einig.

Trotzdem werden wir daran festhalten, dass wir selbstverständlich sehr sorgsam und sparsam mit den Geldern umgehen. Ich nehme diese Wende der CDU in der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Zuvor haben Sie wahrscheinlich immer geheim gehalten, dass Sie tatsächlich Spielräume für Investitionen schaffen wollten. Ich finde es gut so, dass Sie das jetzt auch öffentlich sagen. Es wäre aber ehrlicher gewesen, das vorher getan zu haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Tagesordnungspunkt 58 mit der Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7: Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/297. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/411, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer diesen Antrag ablehnt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und des SSW. Wer Enthält sich? - Das sind die Mitglieder der Fraktion der FDP.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW, der PIRATEN und der FDP-Fraktion.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich denke, die PIRATEN waren dagegen!)

- Entschuldigung! Vielleicht zeigen Sie bitte noch einmal kurz Ihr Abstimmungsverhalten an. - Es sind vier Abgeordnete der PIRATEN, die diesem Gesetzentwurf ebenfalls zustimmen. Wer lehnt diesen Gesetzentwurf ab? - Das ist der Kollege Breyer von der Piratenfraktion und niemand sonst.

(Heiterkeit)

Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Damit ist die Ausschussempfehlung Drucksache 18/376 angenommen.

Ich komme zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 33: Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/381. Es ist beantragt worden, diese Drucksache in den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Herr Kollege, möchten Sie eine Bemerkung zur Geschäftsordnung machen?

Christopher Vogt [FDP]:

Vielen Dank! - Ich hatte beantragt, dass das in den Bildungs- und auch in den Finanzausschuss überwiesen wird.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das können wir selbstverständlich gern so machen. Wer zustimmen will, dass der Antrag Drucksache 18/381 sowohl an den Bildungsausschuss als auch an den Finanzausschuss überwiesen werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW, der PIRATEN, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Man könnte den Eindruck haben, dass sich manche Fraktionen dem Beispiel der PIRATEN anschließen und jetzt nicht mehr geschlossen abstimmen. Deswegen dauert es etwas länger,

(Beifall PIRATEN)

wenn man Ihr Abstimmungsverhalten hier oben aufnehmen möchte. Ich glaube aber, wir haben es hingekriegt.

Bevor wir in der Beratung des heutigen Tages fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir zusammen Mitglieder von SPD-Ortsvereinen aus dem wunderschönen Kreis Ostholstein sowie Schülerinnen und Schüler der Gymnasien Wellingdorf und des Max-Planck-Gymnasiums Kiel auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

Berichts Antrag zur HSH Nordbank

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/352

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann deute ich dies als einstimmige Zustimmung und erteile der Finanzministerin Monika Heinold für die Landesregierung das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gern komme ich dem Wunsch der FDP nach, über die Ergebnisse des dritten Quartals der **HSH Nordbank** sowie über die weiteren Pläne zu einer nachhaltigen Stärkung der Eigenkapitalquote zu berichten. Ich nehme an, Sie kennen inzwischen die Pressemitteilung der HSH Nordbank vom 5. Dezember 2012 zu den aktuellen Quartalsergebnissen. Auf den Internetseiten der Bank finden Sie außerdem unter dem Anwahlpunkt „Konzernberichterstattung“ eine zwanzigseitige Finanzinformation zum Quartalsabschluss.

Angesichts der öffentlich verfügbaren Informationen will ich mich heute auf ein paar Kernpunkte beschränken. Die HSH Nordbank konnte ihr Neugeschäft im dritten Quartal steigern und hat im September die ursprünglichen Planwerte fast erreicht. Insgesamt bleibt das Neugeschäft weiter unterhalb der ursprünglichen Planzahlen.

Quartalsergebnisse sind eine Momentaufnahme. Abschließende Urteile über die Tragfähigkeit des neuen Geschäftsmodells der Bank sind damit nach wie vor nicht möglich. Belastet wurde das Ergebnis durch die deutlich angehobene Risikovorsorge aufgrund der anhaltenden und sich weiter verschärfen-

(Ministerin Monika Heinold)

den **Schiffahrtskrise**. Aber auch in anderen Portfolien - vor allem bei europäischen Immobilienkrediten - fiel höherer Vorsorgebedarf an.

Einmalige positive Effekte konnten die Belastungen nur zum Teil kompensieren. Bei den positiven Effekten handelt es sich vor allem um Neubewertungen hybrider Finanzinstrumente, wodurch ein einmaliger Zinsertrag entstand. Die Belastungen ergeben sich daraus, dass die Bank ihre **Risikoversorge** erhöhen musste. Daraus folgt - wie schon im November vorab veröffentlicht -, dass ab 2019 voraussichtlich Zahlungen in Höhe von 1,3 Milliarden € auf die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zukommen werden. Die Bank bestätigt diese Prognose mit ihrem Quartalsbericht noch einmal. Das ist bitter, aber, wie gesagt, keine Neuigkeit. Die Zahlungen wären zunächst von der hsh finanzfonds -„finfo“ - zu leisten, die auch die Garantiegebühren der Bank bekommt. Ob es im Ergebnis 1,3 Milliarden € oder mehr werden, kann heute keiner sagen.

Die Entwicklung des Dollarkurses und des Schiffsmarktes sind von uns weder beeinflussbar noch mit letzter Sicherheit vorhersehbar. Die finfo erstellt gerade Modellrechnungen über die Auswirkungen einer Inanspruchnahme in der jetzt bekannten Höhe, die ich am 8. Januar 2013 mit den finanzpolitischen Sprechern aller Fraktionen und mit dem Rechnungshof diskutieren werde.

Die harte **Kernkapitalquote** ist weiter unter Druck und erreichte zum 30.09.2012 mit Besserungsschein noch 9,4 % nach 10 % zum Halbjahresergebnis. Das heißt, die aktuellen Vorgaben der BaFin und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde sind erfüllt. Dies bedeutet aber auch: Die nächsten Monate sind weiterhin eine große Herausforderung für die Bank.

Die deutlich eingetrübten Erwartungen in einzelnen Märkten - insbesondere in der Schifffahrt, aber auch bei einigen Auslandsimmobilien - werden absehbar zu einem noch höheren Vorsorgebedarf für Kreditrisiken führen und damit die harte Kernkapitalquote weiter belasten.

Meine Damen und Herren, spätestens wenn im März nächsten Jahres der Abschlussbericht 2012 der Bank vorliegt, müssen wir mit Sicherheit erneut darüber diskutieren, was das für uns als Anteilseigner heißt. Die Landesregierung verfolgt die Entwicklung sorgfältig. Vor allem der Rückgang der harten Kernkapitalquote der Bank zeigt, dass die Landesregierung gut daran tut, gemeinsam mit Hamburg und externen Beratern alle möglichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Bank zu prüfen.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um Sie über den aktuellen Stand unserer Prüfungen und die daraus resultierenden Einschätzungen zu informieren, soweit das in öffentlicher Sitzung möglich ist, ohne schützenswerte Interessen der Bank zu verletzen.

Als Resultat aus der Beihilfeentscheidung des vergangenen Jahres ist bei allen Maßnahmen zu beachten: Die BaFin als nationale Bankenaufsicht wie auch die EU-Kommission müssen alle Maßnahmen genehmigen, die entweder beihilferechtlich relevant sind oder die sich auf die Anerkennung der Wirksamkeit der Garantie durch die **Bankenaufsicht** auswirken könnten.

Möglichkeit eins: Eigene Maßnahmen der Bank zur Stärkung der Kernkapitalquote. Hieran arbeitet die Bank mit Hochdruck. Dazu gehört unter anderem ein selektiver Abbau von Kredit- oder Wertpapierengagements zur Kapitalentlastung. Details hierzu können wir nur in vertraulicher Sitzung beraten - so wie wir das am 6. Dezember 2012 getan haben.

Möglichkeit zwei: Beteiligung privater Investoren an einer Drittverlustgarantie, also für die achte, neunte und zehnte Milliarde. Dazu hat es eine Markterkundung gegeben. Das Ergebnis habe ich am 6. Dezember im Beteiligungsausschuss in vertraulicher Sitzung vorgestellt. Hilfreich wäre die **Beteiligung privater Investoren** vor allem dann, wenn die Garantieerhöhung damit als marktkonforme Maßnahme von der EU-Kommission anerkannt würde. Um das auszuloten, werden die Länder und ihre Anwälte in Kürze in Brüssel Gespräche führen.

Möglichkeit drei: **Wiedererhöhung der Garantie** durch die **Länder** auf die ursprünglich genehmigten 10 Milliarden €. Die Schutzwirkung der bestehenden Zweitverlustgarantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein erweist sich aktuell als überaus hilfreich und notwendig für die HSH Nordbank. Die Teilkündigungen der Bank, die die ursprüngliche Garantiehöhe von 10 Milliarden € auf 7 Milliarden € reduziert haben, waren fatal und aus heutiger Sicht ein schwerer Fehler.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Wiedererhöhung der Garantiesumme wäre nach Prüfung unserer Experten die derzeit für die Anteilseigner vermögensschonendste Maßnahme, und sie würde die Bank am wirksamsten stabilisieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Länder in dieser Tranche der Garantie in Anspruch genommen werden, ist - nach der Prognose der Bank - gering, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die zu-

(Ministerin Monika Heinold)

letzt stark eingebrochenen Charterraten für Schiffe mittelfristig wieder deutlich erholen.

Gleichzeitig rechnet die Bank bei einer Wiedererhöhung der Garantie mit einer Stärkung der harten Kernkapitalquote von rund 2 bis 3 %, je nach Szenario. Für die finfo hätte die Wiedererhöhung den zusätzlichen Effekt von deutlich höheren Garantie-einnahmen. Sie könnten zur Vorsorge für die von der Bank angekündigte Inanspruchnahme aus der Zweitverlustgarantie eingesetzt werden.

Die Landesregierung prüft deshalb konkret die Umsetzung der Garantierhöhung. Ziel der Maßnahme wäre es, vorsorglich die Voraussetzung für eine Wiedererhöhung der Garantie zu schaffen. Die Bank hat zugesagt, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Wir wollen mit der **EU-Kommission** über eine Drittverlustgarantie mit Beteiligung privater Investoren und über eine Änderung des bestehenden Garantievertrags sprechen, die die Wiedererhöhung der Zweitverlustgarantie der Länder erlauben würde. Es bleibt abzuwarten, ob die EU-Kommission eines von beiden als beihilfefreie Stabilisierungsmaßnahme akzeptieren könnte oder ob ein förmliches Verfahren notwendig würde.

Wichtig für das Parlament ist, dass der Beginn eines Verfahrens bei der EU-Kommission nicht automatisch zu einer Wiedererhöhung der Garantie führen würde. Wir wollen mit der EU-Kommission die Bedingungen besprechen, unter denen die Garantie erhöht werden dürfte, wenn es für die Bank notwendig werden sollte. Dabei müssten natürlich auch die haushaltsrechtlichen Vorgaben und die wirtschaftlichen Interessen des Landes berücksichtigt werden. Mein Ziel ist es, Sie auch künftig so rechtzeitig zu informieren, dass Sie als Parlament zu allen entscheidenden Schritten einen Beschluss fassen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Rechtlich notwendig wäre das aus Sicht der Landesregierung zwar nicht, weil wir innerhalb des Rahmens der schon einmal erteilten parlamentarischen Ermächtigung in Höhe von 10 Milliarden € bleiben wollen, dennoch halte ich es für gut, wenn das Parlament berät und sich positioniert.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion ist offenbar eine erneute Neuausrichtung der Bank eine weitere Möglichkeit zur Stabilisierung der Bank. So habe ich es Ihrer Pressemitteilung entnommen, Herr Koch. Ich bin gespannt auf Ihren Beitrag heute. Ich nehme an, Sie werden erläutern,

in welchen Geschäftsfeldern Sie bessere Entwicklungschancen für die Bank sehen.

Die Bank ist darauf angewiesen, dass die öffentlichen Eigentümer zu ihr stehen und alle Maßnahmen unterstützen, die zu einer Stabilisierung führen können. Das macht die Landesregierung. In zwei Ratinggesprächen habe ich gegenüber den Agenturen deutlich gemacht, dass die Landesregierung zu einer Wiedererhöhung der Garantie auf die ursprünglichen 10 Milliarden € bereit wäre. Ich habe selbstverständlich auch darauf hingewiesen, dass die Wiedererhöhung haushaltsrechtlich und beihilferechtlich zulässig sein müsste und dass ich davon ausgehe, dass es dazu parlamentarische Beratungen gibt.

Die Bewertungen der **Ratingagenturen** werden aktuell für Mitte Januar 2013 erwartet. Mitte Dezember werde ich gemeinsam mit meinem Kollegen Senator Tschentscher erneut zur BaFin fahren, um die Lage der Bank zu beraten. Wir haben dem Beteiligungsausschuss angeboten, danach über das Ergebnis zu berichten. Das ist für den 20. Dezember 2012 vereinbart. Ich halte es für zentral notwendig, dass das Parlament gut informiert ist und dass wir alle gemeinsam die Lage beurteilen können. Ich freue mich, dass es möglich ist, am 8. Januar 2013 in dem Gespräch mit den finanzpolitischen Sprechern aller Fraktionen gemeinsam und parteiübergreifend über mögliche Folgen für die Finanzplanung des Landes zu beraten.

Meine Damen und Herren, es geht um viel für unser Land. Die Vergangenheit holt uns ein. Unter diesen schwierigen Bedingungen muss die Zukunft verantwortungsvoll gestaltet werden. Die Landesregierung reicht allen Fraktionen die Hand, die notwendigen Weichen gemeinsam zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wegen der Überziehung der vereinbarten Redezeit stehen nun allen Fraktionen neben den vereinbarten zehn Minuten Redezeit noch 1 Minute und 45 Sekunden zu. Wir versuchen, diese zusätzliche Redezeit gleich mit einzubeziehen. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki für die Fraktion der FDP das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin, ich danke Ihnen ausdrücklich für den Bericht, den Sie abgegeben haben, und für Ihre Bereitschaft und die Zusage, eine möglichst breite Übereinstimmung im Haus herbeizuführen, was die künftige Entwicklung angeht. Wie sollte es angesichts des Problems, das vor uns liegt, auch anders sein.

Bevor ich auf die Sache eingehe, möchte ich noch einen Satz zu der vorangegangenen Debatte sagen. Ich wollte mich nicht extra zu Wort melden. Herr Kollege Dr. Stegner, man kann der Regierungskoalition aus CDU und FDP aus den letzten zweieinhalb Jahren unglaublich viele Vorwürfe machen. Ich selbst mache mir einen sehr großen Vorwurf. Er besteht darin, dass wir bei der Frage des Wechsels des Auszählverfahrens von d'Hondt auf Schepers gegangen sind. Hätten wir noch das Verfahren nach d'Hondt, dann müssten wir Sie mit Ihren dauernden Erklärungen nicht mehr ertragen, denn dann hätten Sie keine Mehrheit in diesem Haus. Das muss man einfach sagen.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere vor einigen Wochen geäußerten Befürchtungen über Verluste und zunehmende Risiken sind bedauerlicherweise nicht nur eingetreten, sondern sie wurden leider übertroffen. Unsere Sorgen über die Entwicklungen wurden Ende September von einzelnen Mitgliedern der Regierungsfractionen als parteipolitisches Gepökel gewertet. Ich hoffe, dass sich die damaligen Ansichten mit Blick auf die Zahlen zum 30. September 2012 nun grundlegend geändert haben.

Wer den Vorwurf der parteipolitischen Taktik ständig als Gegenargument für unangenehme Tatsachen und Verantwortungen ins Spiel bringt, läuft augenblicklich Gefahr, unsere Parteiendemokratie nachhaltig zu beschädigen. Ich würde mir gerade jetzt wünschen, dass zumindest einige Mitglieder der Regierungsfractionen klare Worte für das eigensinnige und eigenwillige Handeln des Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper finden. Wir können es insgesamt nicht hinnehmen, dass der schriftlich erklärte Wille der Anteilseigner in der Causa Nonnenmacher so nachhaltig ignoriert wurde und wird.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über der Bank hängen derzeit zwei Damoklesschwerter. Das erste Damoklesschwert wäre die Herabstufung des Ratings durch Moody's um zwei Stufen. Mit einer sol-

chen Herabstufung würde die Bank für unbesicherte Anleihen ein **Rating** im sogenannten Nicht-Investment-Bereich erhalten. Damit dürfte ein Großteil der professionellen Investoren schon aus regulatorischen Gründen, wie beispielsweise den Kapitalanlagerichtlinien, nicht mehr in die Anleihen der **HSH Nordbank** investieren. Die Refinanzierungskosten würden vermutlich um deutlich über 1 % gegenüber der derzeitigen Anleiherendite ansteigen.

Wer der bestehenden Nettozinsmarge von 0,4 % einen Kostenanstieg von 1 % gegenüberstellt, der wird feststellen, dass die Bank operativ Verluste generieren müsste. Die Bank wäre aus Wettbewerbsgründen gezwungen, ihren Kunden günstigere Konditionen anzubieten, als sie selbst dafür aufwendet. Jedem ist bewusst, dass dies nicht darstellbar ist, weder ökonomisch noch mathematisch.

Frau Ministerin, Sie haben es angesprochen: Das zweite Risiko ist die dramatisch sinkende **Eigenkapitalquote**. 9 % beträgt die derzeitige aufsichtsrechtliche Mindestanforderung, die die EBA, die Europäische Bankenaufsicht, festgelegt hat. Die HSH Nordbank kommt leider mit großen Schritten immer näher an die gesetzliche Mindestanforderung für das Eigenkapital. Hat sie zum 30. Juni 2012 noch eine harte Kernkapitalquote von 10 % ausgewiesen, so lag diese bereits am 30. September 2012, also 92 Tage später, bei nur noch 9,4 %. Wenn die HSH in dieser Geschwindigkeit weiter voranschreitet, würde sie die gesetzlichen Mindestanforderungen noch vor Jahresende unterschreiten.

Sollten Handlungen der Bank, der Anteilseigner unterlassen werden, wird die BaFin, die zuständige Bundesaufsicht, zum Handeln regelrecht gedrängt. In § 48 b des Kreditwesengesetzes heißt es unmissverständlich:

„Bestandsgefährdung ist die Gefahr eines insolvenzbedingten Zusammenbruchs des Kreditinstituts für den Fall des Unterbleibens korrigierender Maßnahmen. Eine Bestandsgefährdung wird vermutet, wenn

1. das verfügbare Kernkapital das nach § 10 Absatz 1 erforderliche Kernkapital zu weniger als 90 vom Hundert deckt ...“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Reorganisationsverfahren nennt man bankaufsichtsrechtlich ein Insolvenzverfahren für Banken, das wäre dann die unvermeidliche Folge.

Was ist die Lösung des Problems? Darüber werden wir lange und intensiv diskutieren müssen. Die **Erhöhung des Garantierahmens** von 7 Milliarden

(Wolfgang Kubicki)

auf 10 Milliarden €, wie Sie es angesprochen haben, Frau Ministerin, ist es aus meiner Sicht bedauerlicherweise nicht. Ich will kurz erklären, warum nicht.

Ich möchte nur auf die häufig genannten beihilferechtlichen Schwierigkeiten hinweisen. Es wird der **EU-Kommission** kaum zu erklären sein, dass sie wiederholt eine Beihilfe genehmigt, obwohl sich ihre Zweifel aus dem ersten **Beihilfeverfahren** bestätigt haben. Die EU-Kommission wird eine Genehmigung nach einer längeren Prüfung ablehnen, ja rechtlich ablehnen müssen - unabhängig davon, was die einzelnen Mitglieder wollen - und eine entsprechende Vertragsstrafe auferlegen. Dies wäre im Zweifelsfall vielleicht sogar noch vertretbar, wenn die Bank dann in zwei, drei oder vier Jahren aus den Schwierigkeiten heraus wäre. Leider jedoch wird - so glaube ich - die Zeit zeigen, dass die Probleme sogar noch zunehmen werden, anstatt dass sie sich vermindern.

Dass es so kommen wird, ist auch Ihnen bekannt, und man darf davon ausgehen, dass Sie eine solche Entscheidung möglicherweise bewusst in Kauf nehmen, denn es ist immer noch einfacher zu erklären, die EU-Kommission sei schuld daran, dass man bestimmte Vorhaben nicht umsetzen könne, als dass man selbst die Verantwortung übernimmt und fragt, welche anderen Lösungen man verantworten könnte.

Frau Ministerin, das größte Problem wird von **Basel III** ausgehen, dem neuen Regelwerk für Bankenregulierung. Denn Basel III fasst künftig den Begriff des Eigenkapitals deutlich strenger als der bisherige Ansatz. Künftig gelten mit wenigen Ausnahmen nur noch eingebrachtes **Eigenkapital** und einbehaltene Gewinne als Eigenkapital. Ziel der Reform war und ist es, die Qualität des Eigenkapitals, die sogenannte Verlustabsorptionsfähigkeit, sicherzustellen. Eigenkapital soll dem Unternehmen künftig dauerhaft zur Verfügung stehen und im Falle von Unternehmensverlusten haften. Hybride Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Stille Einlagen, haben dies in der Finanzkrise nicht sichergestellt. Einigen von Ihnen wird das Dilemma mit der Bedienung von Stillen Einlagen bei der HSH Nordbank noch in schlechter Erinnerung sein.

Basel III sieht vor - das wird spätestens Mitte nächsten Jahres kommen -, die Vorschriften für Eigenkapital nach und nach zu verstärken. Jahr für Jahr soll das Regelwerk ein Stück strenger gefasst werden, bis das Regelwerk 2019 vollumfänglich in Kraft getreten sein wird. Das heißt, selbst wenn die Regierungsfractionen heute eine Erhöhung der Ga-

rantie beschließen und damit die Risiken für den Haushalt und die Steuerzahler einseitig weiter erhöhen würden, würde die Eigenkapitalquote auch bei gleichbleibendem geschäftlichen Umfeld - wovon derzeit noch nicht einmal die Bank ausgeht - sukzessive abnehmen.

Eine Studie der Deutsche-Bank-Tochter „DB Securities“ hat diese Folgen der strengeren Eigenkapitalvorschriften für die weltweit größten Banken untersucht. Die Ergebnisse, die das „Handelsblatt“ am 13. November 2012 graphisch dargestellt hat, sind mehr als ernüchternd. Würden die Basel-III-Regeln bereits heute auf die Deutsche Bank angewendet werden, würde ihre harte Kernkapitalquote von 10,2 auf 7,2 % sinken. Die Quote der Commerzbank würde sogar von 12,2 auf 7,7 % abnehmen und die der schweizerischen UBS von 17,2 auf knapp über 9 %. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, wie die Regelungen übertragen auf die HSH Nordbank heute wirken werden. Ich würde sagen, wir wären deutlich unter 9 %. Das ist die Entwicklung, die uns ab Mitte nächsten Jahres bevorsteht. Die Bank und die Landesregierung schweigen bisher dazu; sie werden ihre Gründe haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Erhöhung der Garantie gewinnt die Bank bestenfalls mehr Zeit, möglicherweise sechs, zwölf oder achtzehn Monate, bevor wir uns erneut mit der gleichen Debatte hier wiederfinden. Die HSH Nordbank braucht aber nicht mehr Zeit. Die HSH Nordbank braucht einen Befreiungsschlag. An einer privaten Rekapitalisierung des Instituts, an einer Finanzspritze durch einen renommierten privaten Investor führt kein Weg vorbei.

(Zuruf)

- Ja, Herr Kollege, man nennt das so, „weißer Ritter“. Wenn Ihnen der Begriff irgendwie missbehagt, können wir von einem privaten Investor sprechen.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass aufgrund der Regelungen durch Basel III nur frisches haftungsdeckendes Eigenkapital die Bank nach innen und außen stabilisieren kann. Zudem kann nur ein **privater Investor** von außen das schwindende Vertrauen in die Bank reaktivieren.

Ich bitte Sie alle, einen genaueren Blick auf die Zahlen zu werfen. Die vorgelegten Zahlen der HSH Nordbank sind nur vordergründig besser als erwartet. Die vorgelegten Zahlen sind nur deshalb so gut, weil nicht-operative Einmaleffekte das Ergebnis entsprechend verbessert haben. Das Ergebnis der Bank wäre alleine im dritten Quartal 2012 um

(Wolfgang Kubicki)

317 Millionen € schlechter ausgefallen, wären die sogenannten hybriden Finanzinstrumente in ihrer Wertentwicklung stabil geblieben, Frau Ministerin. Übrigens, wenn diese Finanzinstrumente bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden, werden aus den heutigen positiven Effekten von 317 Millionen € morgen negative Effekte in entsprechender Höhe.

Die Ratingagentur Moody's hat in ihrem Bericht darauf verwiesen, dass der positive Abschluss im ersten Quartal 2012 nicht auf dem operativen Geschäft, sondern auf Einmaleffekten beruht. Durch den Rückkauf einer im Nennwert niedrig notierten Anleihe ergab sich ein entsprechender Gewinn. Die Griechen haben das übrigens in gleicher Weise gemacht. Sie haben Anleihen, die sie ausgegeben haben und jetzt niedriger gehandelt werden, zurückgekauft und damit ihren Schuldenstand reduziert. Das ist das Prinzip, das auch die HSH Nordbank angewandt hat. Das heißt, der Konzernfehlbetrag von 25 Millionen € in den ersten neun Monaten wäre ohne Einmaleffekte um 500 Millionen € höher. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass die Effekte auf Eigenkapitalquote und Ähnliches entsprechend stark wären.

Für alle, die meine Ausführungen nachlesen möchten, verweise ich auf die Finanzinformation und den Ratingbericht von Moody's. Beides ist auf der Homepage der HSH Nordbank öffentlich verfügbar, wenn man denn die Zahlen richtig lesen kann.

Der Landtag muss sich ein eigenes Bild der Lage machen. Ein Rückblick auf die Aussagen der Bank seit 2007 - wir haben das einmal zusammengestellt - zeigt bedauerlicherweise, dass sich im Nachhinein durchweg alle Prognosen der Bank als zu optimistisch erwiesen haben. Ich habe dafür ein gewisses menschliches Grundverständnis, dass die, die in der Einrichtung arbeiten, sich natürlich eher an einem mittleren oder Best-case-Szenario orientieren wollen, das motiviert ja auch anders als ein Worst-case-Szenario. Bedauerlicherweise waren die Entwicklungen anders. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll uns aber zu der Annahme veranlassen, diesmal sei es anders, diesmal werde es schon gut gehen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Frau Ministerin, der 31. Dezember 2012 naht, und ich vermute, dass wir uns im Januar oder Februar 2013 noch mit ganz anderer Intensität werden der Bank widmen müssen.

Frau Ministerin - ich habe das in der öffentlichen Erklärung gelesen -, wer sagt, einen weißen Ritter gebe es nicht, muss zumindest darlegen, dass er

nach einem gesucht hat. Das wird meine Frage an Sie sein - nicht hier, sondern an anderer Stelle. Ich will jetzt nicht auf Peter-Harry Carstensen eingehen, aber ich glaube, der wäre in die Vereinigten Arabischen Emirate geflogen und hätte einem der Scheichs gesagt: Ich lade euch zur Jagd ein und schenke euch einen Falken. - Ja, Herr Kollege Dr. Stegner, um zumindest Gespräche auf einer vernünftigen Ebene zu beginnen.

(Beifall FDP und CDU)

Man kann auch nach Norwegen oder anderswo hinfahren und sollte sich nicht der Verantwortung dadurch entziehen, dass man auf andere verweist. Frau Ministerin, etwas Ähnliches würde ich von Ihnen, von Ministerpräsident Albig oder dem Ersten Bürgermeister Scholz aus Hamburg erwarten. Die Lage der Bank erfordert schlicht und ergreifend andere als die bisher eingeleiteten Maßnahmen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vier Jahre nach dem letzten großen Sturm sind nun vergangen, in denen die HSH Nordbank als großer Tanker und Weltmarktführer der Schiffsmarktfiananzierung in relativ ruhigen Fahrwassern gleiten konnte. Seit wenigen Wochen funkt sie wieder SOS.

Unsere Aufgabe als Parlament und Anteilseigner Land wird in den kommenden Monaten möglicherweise sein, Maßnahmen zu ergreifen, um das Land Schleswig-Holstein vor Schaden zu bewahren. Sehr geehrte Frau Finanzministerin, ich bedanke mich auch für die CDU-Fraktion ausdrücklich für die umfassenden Informationen am heutigen Tage, aber auch in der Vergangenheit und für das Angebot für die Zukunft.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit großer Sorge beobachten wir Christdemokraten im Norden die wirtschaftliche und monetäre Situation der HSH Nordbank. Gutes unternehmerisches Handeln setzt eine haltbare und gesicherte Finanzierung voraus. Dies fortwährend sicherzustellen, fällt in Zeiten konjunktureller Phasen des Abschwungs nicht im-

(Johannes Callsen)

mer leicht, da die Ertragskraft des Unternehmens ohnehin angespannt ist.

Die derzeitige **Krise der HSH Nordbank** basiert insbesondere auf einer branchenspezifischen und relativ ungewöhnlich langen negativen Phase im Bereich der **Schiffbaufinanzierung**, und hier ist - wenn wir den Experten Glauben schenken dürfen - wohl auch in kommender Zeit kein Land zu sehen. Offenbar hat sich das neue **Geschäftsmodell** der HSH als Regionalbank für den norddeutschen Raum und als Partner bei der Finanzierung der KMUs noch nicht in der Breite entwickelt, wie es beabsichtigt war. Die Umsetzung eines tragfähigen Geschäftsmodells ist Voraussetzung für eine stabile Unternehmensentwicklung. Das ist eine der zentralen Herausforderungen der Bank, und wir erwarten hier stärkere Anstrengungen.

Ob allerdings ein sogenannter weißer Ritter mit frischem Kapital einsteigt - das wäre in der Tat wünschenswert, und es sollten Gespräche geführt werden -, dafür ist die Aussicht im Moment eher gering. Also geht es für das Land Schleswig-Holstein im Wesentlichen immer wieder darum, die gravierenden Risiken für das Vermögen des Landes kurzfristig zu minimieren, besser noch mittel- und langfristig ganz zu verhindern.

Die Landesregierung ist dabei in der Verantwortung, hierfür erstens alle Optionen zu prüfen, zweitens Folgeabschätzungen zu machen und drittens über ihre Einflussmöglichkeiten die Tätigkeit der Bank entsprechend zu begleiten. Dabei geht es ja eigentlich nicht um eine weitere **Anhebung der Garantie**, sondern - wir haben es gehört - im Kern um die Rückführung auf die ursprünglich von diesem Haus, vom Schleswig-Holsteinischen Landtag, bewilligte Höhe. Denn zur Wahrheit gehört auch: Hätte die HSH die Garantie nicht in Teilen zurückgegeben, hätten wir heute wohl auch nicht diese Diskussion über die HSH Nordbank.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD], Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Allerdings muss die Landesregierung hierfür eine belastbare Entscheidungsgrundlage vorlegen. Insbesondere muss rechtzeitig vorher und ausführlich geprüft werden, welche EU-rechtlichen Konsequenzen damit verbunden sind. Denn es nützt weder der Bank noch dem Land Schleswig-Holstein, wenn die Garantiesumme erhöht wird, wir aber vor einem neuen **Beihilfeverfahren** stehen, dessen Ausgang nicht absehbar ist. Auch zu dieser Frage muss die

Landesregierung die Karten auf den Tisch legen und schon im Vorfeld Klarheit schaffen.

In der gegenwärtigen Situation der Bank geht es für die Länder und Anteilseigner darum, ein Zeichen zu setzen. Es geht um unsere Verantwortung, das Land vor Vermögensschaden zu bewahren, und es geht um Verantwortung für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der HSH Nordbank.

Durch eine mögliche Anhebung der Garantiesumme auf 10 Milliarden € könnten wir am Markt wieder größeres Vertrauen schaffen. Die Anhebung der Garantiesumme könnte auch ein positives Signal für die **Ratingagenturen** sein und zu einem positiven Investmentgrade beitragen.

Für die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag will ich deswegen ein Stück unser Signal aussenden: Sofern die Regierung belastbare Berechnungsgrundlagen vorlegt, alle Optionen prüft und darlegt, welche Maßnahmen sie mit welchen Ergebnissen geprüft hat, dann wären wir im Grundsatz bereit, einer Garantieranhebung im Interesse des Landes Schleswig-Holstein zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank erst einmal an Frau Ministerin Heinold für diesen wirklich ruhigen und ganz unaufgeregten Bericht zur **HSH Nordbank**. Die Analyse der Bank, die bereits in der Landtagsitzung am 28. September 2012 hier dargelegt wurde, hat sich demnach nicht nur bestätigt, sondern in der Tendenz auch verstetigt. Herr Kubicki, das gilt aus meiner Sicht auch für viele der Äußerungen, die Sie hier gemacht haben. Das ist ganz einfach so.

Selbst wenn die Bank bei der Umsetzung der Schritte zu einem neuen Geschäftsmodell auf einem ordentlichen Weg zu sein scheint, stellt sich angesichts dieser Beschreibung tatsächlich immer wieder die Frage, wie die Bank die Lasten ihrer Vergangenheit bewältigen und ihre Zukunft sichern kann. Das geschieht in einem fortschreitenden Prozess, den wir im Beteiligungsausschuss des Finanzausschusses begleiten. Daher ist auch der heutige

(Thomas Rother)

Bericht der Ministerin tatsächlich nur eine Momentaufnahme.

Die **Kernkapitalquote** der Bank bewegte sich zum 30. September 2012 bei 9,4 %. Auch wenn sich die Bank in ihrer Pressemitteilung vom 7. Dezember 2012 richtig darüber freut, dass sie weiterhin oberhalb der Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht von 9 % liegt, so müssen die Konsequenzen eines Nichterreichens dieser Quote beziehungsweise die Wege, diese Quote zu verbessern, hier erörtert werden.

Die Summe der risikogewichteten Aktiva, insbesondere durch die anhaltende **Krise der Schifffahrt**, wird sich weiter erhöhen. Das können wir mittlerweile fast täglich in den noch verbleibenden Zeitungen lesen. Dabei geht es um den Betrag von rund 30 Milliarden €, von denen gut die Hälfte ausfallgefährdet sein soll. Die im Bericht der Ministerin nur kurz angesprochenen eigenen Maßnahmen der Bank werden wohl kaum ausreichen, um diese Risiken aufzufangen.

Die Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung - auch vor dem Hintergrund von Basel III - sind ebenfalls in der letzten Sitzung des Beteiligungsausschusses erörtert worden. Die Bank schweigt nicht dazu, Herr Kubicki, jedenfalls nicht im Beteiligungsausschuss, der aber vertraulich tagt.

Das Ministerium bereitet vernünftigerweise eine Garantieweitening vor und hat die erforderlichen Verhandlungen mit der EU begonnen. Die Ministerin hat es dargestellt. Diese Verhandlungen werden hoffentlich ein positives Ergebnis bringen, denn alles andere würde die Situation massiv erschweren. Wie viel das gegebenenfalls kostet oder kosten wird, ist tatsächlich reine Spekulation. Ein privater Retter, der Teile einer möglichen **Garantierhöhung** übernimmt, ist anscheinend auch noch nicht in Sicht, bleibt aber auch Gegenstand der EU-Prüfung. Eine Aussage dazu, Frau Ministerin, ob auch der SoFFin oder nur die Länder selbst für eine Garantierhöhung eintreten sollten, fehlt noch. Das kann vielleicht noch nachgereicht werden.

Eine Eigenkapitalerhöhung wäre natürlich auch möglich, ist aber realistischerweise auszuschließen. Auch dort wären natürlich Bund und die EU im Geschäft. Wenn ein **privater Kapitalgeber** bereitstünde, könnte er sich sicherlich gern melden. Ich glaube, es würde niemand etwas dagegen haben, wenn jemand käme und seine Milliarden in die HSH Nordbank stecken wollte.

Ob alle diese Maßnahmen - 2 bis 3 % Erhöhung hat die Ministerin genannt - die Forderung der FDP

nach einer nachhaltigen Stärkung der Kernkapitalquote erfüllen, kann sicherlich nur unter Vorbehalt gesagt werden, es sei denn, jemand hätte marktprophetische Eigenschaften. Es kann nur eine Analyse auf der Grundlage der gegenwärtigen Ergebnisse erfolgen und daraus eine Prognose entwickelt werden.

Diese Prognose besagt, dass die Ziehungswahrscheinlichkeit der bisherigen Ländergarantie steigt, und sie besagt, dass von 2019 bis 2025 ein Betrag von bis zu 1,3 Milliarden € zu leisten wäre. In welcher Form dies dann geschehen könnte, muss zu gegebener Zeit sehr offen diskutiert werden. Inwieweit die Mittel der Anstalt hsh finanzfonds dazu beitragen und inwieweit die Länder eigenes Geld aufwenden müssten, wäre tatsächlich noch rechtzeitig zu klären. Es ist gut, dass wir rechtzeitig beteiligt werden.

Die CDU hat noch in der September-Tagung den Aufbau einer Risikovorsorge für die HSH im Haushalt 2013 angemahnt. Herr Callsen, ich habe mit Freude gehört, dass Sie das nicht angesprochen haben. Sie scheinen sich nun doch dem Kurs der Landesregierung in diesem Punkt angenähert und das verständlicherweise fallen gelassen zu haben, auch wenn Herr Koch das in der Debatte zum vorherigen Tagesordnungspunkt noch einmal angesprochen hat. Aber das würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirklich keinen Sinn ergeben.

Eine sehr positive Meldung gibt es im Zusammenhang mit der Bank: Der Aufsichtsrat wird umbesetzt. Die Landesregierung wird endlich wieder direkt im **Aufsichtsrat** vertreten sein; denn es war tatsächlich nicht hilfreich, manche Information aus der Zeitung erfahren zu müssen und dann auch noch zu erfahren, dass auch die Regierung selbst nicht früher informiert wurde. Von daher ist es gut, dass Herr Losse-Müller künftig die Interessen des Landes in diesem Gremium wahrnehmen wird und sich der Informationsfluss verbessert. Er wird der richtige Mann an der richtigen Stelle sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die HSH-Krise hat uns gelehrt, sorgfältiger informiert werden zu müssen und auch vielen Aussagen zu misstrauen, aber es darf kein Wettbewerb im Schwarzmalen daraus werden. Unser gemeinsames Ziel in Bezug auf die HSH Nordbank wird es bleiben, Schaden vom Land Schleswig-Holstein abzuwenden. Wir werden die Entwicklung weiterhin kritisch im nicht öffentlichen Beteiligungsausschuss begleiten, und es ist gut, wenn nicht nur im

(Thomas Rother)

Beteiligungsausschuss, sondern auch im Landtag öffentlich die Situation der Bank und die Maßnahmen zur Bewältigung der Krisensituation diskutiert werden.

Daher freue ich mich auch besonders, liebe Frau Ministerin, über die Ankündigung, rechtzeitig vor Entscheidungen in Bezug auf die Garantie das Parlament zu informieren. Ich denke, das ist ein sehr guter Weg, der uns in dieser Frage wieder ein Stück zusammenführt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Abgeordnete Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein paar Worte fallen mir noch ein. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke der Finanzministerin für ihren Bericht. Bereits letzte Woche wurden wir im Beteiligungsausschuss zeitnah über die neuesten Entwicklungen informiert und haben mögliche Auswege aus der Krise beraten. Gut, dass diese Debatte jetzt auch im Plenum stattfindet, schließlich kann das Schicksal der **HSH Nordbank** auch Auswirkungen auf den Haushalt haben, also quasi auf das, was immer als Königsrecht des Parlaments bezeichnet wird.

Wir sprechen hier nicht von ein paar Hunderttausend Euro, sondern möglicherweise von dreistelligen Millionenbeträgen. Ich bin froh, dass die Landesregierung ihrer Informationspflicht uns als Parlament gegenüber offen und transparent in den Gremien und heute hier gerecht wird. Das Parlament hat ein Anrecht auf umfassende Informationen. Es ist wichtig, dass wir das Thema HSH heute öffentlich diskutieren, denn die Menschen in Schleswig-Holstein und Hamburg fragen sich, welche Bürde sie als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit der HSH zu schultern haben und wie sich drohende Verluste auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes auswirken.

Ich sage es hier ganz deutlich: Falls Rettungsmaßnahmen beschlossen werden müssen, muss dies auch mit Parlamentsbeteiligung geschehen. Information reicht in dem Fall nicht aus. Eine eventuelle **Erhöhung der Garantie** muss deswegen im Parla-

ment beschlossen werden, auch wenn es theoretisch - Frau Ministerin, darauf sind Sie schon eingegangen - ohne den Landtag gehen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aber wie sieht die Lage der HSH derzeit aus? - Letzte Woche ist der Quartalsbericht der Bank erschienen. Hier gibt es scheinbar vermeintliche kleine Lichtblicke: Das Neukreditgeschäft hat sich seit dem Vorjahr fast verdoppelt. Es ist allerdings noch zu früh, daraus abzuleiten, dass die Neuausrichtung der HSH als „Bank für Unternehmer“ geglückt ist. Denn nach wie vor treibt die HSH im Strudel der **Schiffahrtskrise**. Dadurch nehmen die Risiken im Kreditportfolio deutlich zu. Die harte **Kernkapitalquote** - auch das haben Vorredner schon gesagt - liegt mit 9,4 % nur noch äußerst knapp über der Mindestquote von 9 %, die die europäische Bankenaufsicht fordert.

Die Bank erwartet mittlerweile in den kommenden Jahren massive Wertverluste. Anders als noch vor drei Monaten rechnet die Bank damit, dass sie die **Garantie** der Länder ab 2019 in Anspruch nehmen muss. Derzeit wird der Bedarf bis 2025 auf 1,3 Milliarden € geschätzt. Auch darauf ist schon eingegangen worden. Die Höhe der Summe ist nicht absehbar. Allein diese 1,3 Milliarden € würden bedeuten, dass dem schleswig-holsteinischen Haushalt über die Jahre verteilt weitere 650 Millionen € fehlen würden. Das wären nicht nur kleine Steine auf unserem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt, sondern gewaltige Felsbrocken. In dieser Situation müssen wir alles tun, um den **Landeshaushalt** vor größerem Schaden zu bewahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe nicht im Detail auf die Vorschläge, die von der schleswig-holsteiner und hamburger CDU gemeinsam gemacht wurden, ein. Sie haben gefordert, dass Torsten Albig und Olaf Scholz gemeinsam zur Europäischen Kommission gehen sollen. Wir glauben, dass dieser Vorstoß nicht mehr als ein Hilfeschrei ist, dass uns das nicht weiterbringt. Frau Heinold hat schon gefordert, dass man konkret sagen muss, wie das aussehen soll und wo es noch Spielraum für eine Neuausrichtung des Geschäftsmodells gibt.

Die Frau Ministerin hat im Übrigen in Richtung FDP gesagt, dass es durchaus um Markterkundungen geht, um die Suche nach privaten Investoren. Das alles hat die Finanzministerin auch hier in ihrem Bericht gesagt. Von daher gibt es zumindest zu

(Rasmus Andresen)

dem, was Sie gesagt haben, Herr Kubicki, keinen großen Dissens.

Lassen sie uns also über die Alternativen sprechen, die wir mit Bedacht prüfen müssen. Erste Alternative könnte sein, dass ein privater Garantiegeber einsteigt. Das wird geprüft. Aus unserer heutigen Perspektive erscheint es zumindest als nicht sehr wahrscheinlich, dass sich ein **privater Investor** findet, der uns auch wirklich hilft. Man muss auch sagen: Es bringt uns nichts, private Investoren zu finden - egal, wie man sie bezeichnen mag -, die einsteigen, um für sich selbst ein paar positive Mitnahmeeffekte zu generieren. Wenn wir einen privaten Investor finden, dann muss es einer sein, der uns in der Situation wirklich hilft und nicht noch mehr Schaden zufügt.

Denkbar wäre zweitens die Veräußerung von Teilen des Wertpapierportfolios oder drittens ein Rückkauf von Hybridkapital zur Erhöhung der Eigenkapitalquote. Allerdings ist die Frage, ob damit die notwendige Aufstockung auch wirklich erreicht werden kann. Mit diesen Punkten wären weitere Fragezeichen verbunden.

Die vierte Variante ist die schon viel, auch in der Presse, diskutierte Aufstockung der Garantie.

All diese Optionen müssen wir diskutieren, nicht nur vor dem Hintergrund der Lage der Bank, sondern auch der Frage eines EU-Beihilferechtsverfahrens, der Gespräche mit der BaFin und der angekündigten Ratings, die Mitte Januar 2013 kommen werden.

Auch eine Aufstockung der Garantie hat Nachteile. Die muss man deutlich ansprechen. Sie würde ein neues EU-Beihilferechtsverfahren auslösen. Sie vergrößert auch die Haftungsmasse, für die die beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zumindest theoretisch aufkommen müssten.

Es kann auch der Moment kommen, in dem eine **Erhöhung der Garantie** mit mehr Risiken verbunden ist, als sie vermeintliche Lösungen schafft. Aber sie hat auch entscheidende Vorteile: Die Garantie der Länder stützt die Bank jetzt schon spürbar. Sie wirkt sich positiv auf das Rating der Bank aus und sichert ihr somit die Attraktivität für Anleger. Sie reduziert die notwendige Risikovorsorge um fast eine halbe Milliarde Euro, sodass das Konzernergebnis nicht noch weiter abfällt.

Es war definitiv ein Fehler der Bank, 2011 - das scheint inzwischen Konsens hier im Haus zu sein - die Garantie vorschnell auf 7 Milliarden € abzusenken. Sie hat damit das Sicherheitsnetz, das die Län-

der ihr bieten, freiwillig ausgedünnt. Um es wieder zu stärken, ist nun ein erneutes **EU-Beihilferechtsverfahren** notwendig. Das hätte uns erspart bleiben können.

Doch das Kind ist inzwischen in den Brunnen gefallen. Deshalb ist es gut, dass das Finanzministerium mit unserer Finanzministerin und dem Staatssekretär an der Spitze bereits jetzt die notwendigen Schritte einleitet, damit wir die Garantie, wenn nötig, rasch wieder aufstocken können. Denn anders als bei der Suche nach einem privaten Garantiegeber können wir als Politik bei der Garantieraufstockung das Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Es ist eine der stärksten Optionen, um die drohende Unterschreitung der Eigenkapitalquote unterhalb des kritischen Werts von 9 % zu verhindern. Eine Erhöhung der Garantie bedeutet die Erhöhung der Eigenkapitalquote um wenige Prozentpunkte.

Doch anders, als in der Presse behauptet, ist noch keine Entscheidung gefallen. Wir brauchen eine bessere Grundlage, um dies endgültig entscheiden zu können. Auch deshalb habe ich in den zuständigen Gremien eingefordert, dass schriftlich alle Optionen gegeneinander abgewogen werden, bevor endgültige Entscheidungen fallen. Ich bin froh, dass das Finanzministerium uns dies zugesichert hat.

Wenn man hier steht und über die HSH redet, kann man nicht ganz umhin, auch über die Personalpolitik zu reden. Wenn ich über die Personalpolitik rede, geht es mir nicht unbedingt um die Spitze, sondern darum, dass es im Personalbereich in den letzten zwei Monaten insgesamt sehr unruhig geworden ist. Es gab beispielsweise Bereichsleiter, die gewechselt haben, darunter der PR-Leiter. Es gab den Wechsel von Paul Lerbinger zu Herrn von Oesterreich und so weiter. Es gibt eine ganze Reihe von Baustellen, die einen zumindest ein bisschen unruhiger schlafen lassen.

Ich möchte aber auch sagen, dass es einen Personalwechsel gibt - das sage ich nicht, weil ich das als Grüner muss, sondern weil ich das wirklich meine -, der für die Bank gut ist. Das ist der eben angesprochene Personalwechsel im Aufsichtsrat. Es ist auch aus grüner Sicht ausdrücklich zu begrüßen, dass mit Thomas Losse-Müller jemand in den **Aufsichtsrat** geht, der versteht, wie man mit Banken umzugehen hat, und der gleichzeitig politisch sensibilisiert ist.

In dem früheren Streit wurde auf der einen Seite bezweifelt, dass Politiker die notwendige Erfahrung und das notwendige Know-how haben, um in eine Bank zu gehen, und auf der einen Seite wurde ge-

(Rasmus Andresen)

fordert, auf eine politische Kontrolle nicht zu verzichten. Mit der Person Thomas Losse-Müller und seiner Biografie sind genau diese beiden Aspekte hervorragend miteinander verbunden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir stehen bei der Gewährträgerhaftung vor der Situation, dass sie bis 2015 von 32 Milliarden € auf 3 Milliarden € abschmilzt. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir auch die Lösung für die Bank.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich erwarte die Frage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen erwartet eine Frage und lässt sie demnach auch zu. Damit hat der Kollege Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Andresen, da ich weiß, dass wir in vielen Fragen ganz nah beieinander liegen, -

(Heiterkeit)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie schaden mir immer wieder.

- was die HSH-Nordbank und die weitere Entwicklung angeht, will ich Sie fragen: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass im Moody's-Report von Oktober zwei ganz verdächtige Sätze enthalten sind, die unter anderem beinhalten, dass die Bank mit zwei Notchs besser bewertet worden ist, weil kein Politiker im Aufsichtsrat sitzt?

- Das habe ich zur Kenntnis genommen. Aber die **Ratingagenturen** kannten zu diesem Zeitpunkt den Staatssekretär noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ansonsten ist Lob aus Ihrer Richtung gerade ein paar Monate vor der Bundestagswahl äußerst gefährlich. Wenn Sie mir nicht mit Absicht schaden wollen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie in Zukunft etwas defensiver wären.

(Heiterkeit)

Zurück zur **Gewährträgerhaftung**. Sie würde bis 2015 von 32 Milliarden € auf 3 Milliarden € abschmelzen. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir über die Zukunftsfähigkeit und die Maßnahmen, die

in nächster Zeit anstehen könnten. Alles, was darüber hinausgeht, ist eine Diskussion, die wir irgendwann einmal führen müssen. Wir müssen über die Fragen diskutieren: Wie stellen wir uns das eigentlich vor? Was gibt es dann eigentlich auf dem Bankensektor? Wir haben gestern - am Rande in der Aktuellen Stunde - schon über die bedrohliche Lage der Sparkassen diskutiert. Das alles sind Debatten, die wir führen und zusammenführen müssen. Darum geht es zwar nicht jetzt, wird es aber in der Zukunft gehen.

Zurzeit ist es so, dass die Sicherung des Landesvermögens im Mittelpunkt steht und sich alles das, was wir in nächster Zeit an Maßnahmen treffen sollten oder müssen, daran ausrichtet. Ich habe großes Vertrauen zu der Landesregierung. Ich bin aber auch froh, dass wir es - zumindest bisher - in diesem Haus schaffen, in einem sachlichen Ton über die Zukunft der Bank zu diskutieren. Das geht stark in Richtung Opposition. Ohne eine konstruktive Opposition ist das nicht möglich. Es geht hier nämlich nicht um Parteiengeplänkel, sondern um die Zukunft der Bank, um die Zukunft von Landesinteressen. Da sind wir, auch wenn es einmal im Abstimmungsverhalten Unterschiede geben könnte, im Prinzip einig, dass das viel wichtiger ist als Parteiengeplänkel in Richtung Bundestagswahl. - Schönsten Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion der PIRATEN erteile ich nun Herrn Abgeordneten Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich der Frau Ministerin für ihren Bericht danken. Ich finde es sehr gut, dass wir diese Debatte auch einmal in der Öffentlichkeit führen, auch wenn wir sie nicht so detailgenau führen können wie im Unterausschuss. Die Gründe dafür sind schon genannt worden.

Ich finde es auch sehr gut, dass die Debatte bis zu diesem Zeitpunkt sehr sachlich geführt worden ist und nicht der Parteipolitik geopfert wurde.

Ich muss auch Folgendes sagen: Ich kann dem Kollegen Kubicki nur selten recht geben bei dem, was er sagt. Seine Rede war aber durchaus gut, und ich teile inhaltlich sehr viele Punkte seiner Rede.

(Torge Schmidt)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da bin ich erstaunt!)

- Ja, ich gebe das gern zu. Aber das muss man ja auch mal sagen.

Außerdem begrüße ich es, dass das Land Schleswig-Holstein seine Interessen direkt im **Aufsichtsrat** durch Herrn Staatssekretär Dr. Müller wieder wahrnehmen will. Ich hoffe, Sie wissen diese Vorschusslorbeeren zu schätzen und dass wir Ihr Rating nicht sofort wieder „heruntergraden“ müssen. Gerade der Dialog, den die Regierung ja immer so hochhält, ist im Falle der **HSH Nordbank** besonders wichtig; denn das gesamte Thema betrifft uns alle in diesem Land. Die damit verbundenen Probleme können wir nur gemeinsam lösen.

Wir haben heute und in den letzten Tagen viel über eine mögliche Anhebung der Garantiesumme auf das Ursprungsniveau von 10 Milliarden € gehört. Uns PIRATEN beschäftigen aber noch einige Fragen zur **Erhöhung der Garantie**. Ich kann nicht verstehen, dass sich Herr Stegner in den letzten Tagen schon so festgelegt hat, dass diese Erhöhung kommen wird. Aber vielleicht hat er auch einige Informationen mehr als ich. Ich dagegen habe leider noch sehr viele offene Fragen.

Wenn wir die Garantie auf die ursprüngliche Höhe von 10 Milliarden € erhöhen, dann ist es nicht auszuschließen, dass es zu einem erneuten **Beihilfeverfahren der EU** kommt. Eine der Fragen, die bei uns noch offen ist, ist die Frage, welche Konsequenzen ein erneutes Beihilfeverfahren für die Bank haben wird. Gerade deswegen müssen wir uns fragen, was danach kommt, und wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Verengen wir unseren Blickwinkel auf die harte **Kernkapitalquote** - das ist ja derzeit das größte Problem der Bank -, dann trägt eine Garantieerhöhung natürlich zur Verbesserung der Risikogewichtung der Aktiva bei, aber wir verlieren die langfristige Perspektive aus den Augen.

Wenn wir eine Lehre aus den letzten Jahren ziehen können, dann die, dass eine kurzfristige Betrachtung nicht sinnvoll ist. Mittel- bis langfristig werden von der HSH weit mehr Indikatoren einzuhalten sein, die sich aus der Umsetzung von **Basel III** ergeben. Lassen Sie mich hier nur einige Punkte exemplarisch nennen.

Die Liquidity Coverage Ratio zum Beispiel ist eine Vorgabe zum Halten von liquiden Papieren. Banken müssen auf ihrer Aktiva-Seite in Zukunft nicht mehr Papiere halten, die sie schnell und ohne Wert-

verlust liquidieren können. Da frage ich mich: Ist die HSH Nordbank darauf schon vorbereitet?

Net Stable Funding Ratio ist eine weitere Vorgabe für das Verhältnis von langfristigen Aktiva zu kurzfristigen Passiva. Wenn ich langfristige Kredite ver-gebe, muss ich dafür sorgen, dass ich auch diese langfristig absichere. Hier stellt sich die Frage: Tut die Bank dies beim Neugeschäft?

Kommen wir nun zur Leverage Ratio. Das ist eigentlich die entscheidende Lehre, die wir aus der Finanzkrise gezogen haben. Was haben wir damals gelernt? Wir müssen uns auf die Prozyklizität der Märkte einstellen. Wir merken es gerade sehr schmerzhaft bei der HSH Nordbank mit dem **Schifffahrtsportfolio**, was das bedeutet. Die Branche ist in der Krise, die Banken leiden, zumindest ein Großteil der Banken, darunter sehr, dass das zu gut bewertete Portfolio sie vor der Krise zu einem zu niedrigen Kapitalpuffer verführte und es nun nicht gelingt, diesen aufgrund der sinkenden Bewertung anzupassen. Hier greift nun die Leverage Ratio ein; denn sie beschränkt den maximalen Verschuldungsgrad der Banken. Dieser Indikator ist deshalb sehr wichtig, weil er unabhängig von Ratings definiert und so die Prozyklizität bekämpft.

Die harte Kernkapitalquote oder eine Garantieerhöhung sind dafür nicht geeignet. Langfristig werden wir entweder weiterhin die Bilanzsumme der HSH Nordbank reduzieren oder ihren Anteil an Eigenkapital stärken müssen.

Es gibt darüber hinaus noch sehr viele offene Fragen, zum Beispiel die Frage nach dem „Weißen Ritter“. Wir diskutieren hier darüber, ob jemand in die Bank investieren will. Bei diesen vielen offenen Fragen, die wir haben, werden Sie auch diese noch beantworten müssen. Natürlich steht es weit offen, ob wir dafür überhaupt jemanden finden. Allein darauf können wir uns nicht verlassen.

Die Antworten auf alle diese Fragen können wir nur gemeinsam finden, und zwar fraktionsübergreifend. Ich hoffe weiterhin auf eine konstruktive Mitarbeit im Unterausschuss und bin mir sicher, dass wir dort gemeinsam eine Lösung der Probleme finden werden.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für den SSW hat der Herr Kollege Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die **HSH Nordbank** in einer schwierigen Situation ist und womöglich auch der weiteren Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein bedarf, ist eigentlich nichts Neues. Allerdings hat man in der Vergangenheit - sagen wir einmal - nicht sehr betont, dass dies so sein könnte. Das mag auch damit zu tun gehabt haben, die Bank nicht schlechtreden zu wollen. Allerdings hatte das auch den Effekt, dass manch einer meinte, sich in der Hoffnung, alles würde schon irgendwie gut gehen, zurücklehnen zu können.

Dadurch, dass jetzt sowohl die Landesregierung als auch die Bank offen mit den Problemen umgehen, zeigt sich nun auch für jeden sichtbar, dass die Bank ihre Krise noch lange nicht überwunden hat. Ich bin aber der Überzeugung, dass es besser ist, sich den Problemen offen zu stellen, als weiter ein rosarotes Bild nach außen zu zeichnen.

Nachdem die Lage festgestellt worden ist, wie sie ist, und nachdem wir wissen, dass möglicherweise ab 2019 echte Zahlungen für die Bank notwendig werden könnten, bleibt uns nichts anderes übrig, als zu überlegen, ob die Bank eine Chance am Markt hat.

Gemessen an heutigen Maßstäben hat die Bank riesige Schwierigkeiten mit ihrem Schifffahrtsportfolio und im Immobilienbereich. Eine Verbesserung der Lage ist kurzfristig nicht in Sicht. Und so bleibt nur noch die Frage, ob sich der Bereich **Schifffahrt** mittelfristig erholen kann. Die Chance besteht natürlich. Aber dies setzt voraus, dass sich die globale Wirtschaft erholt. Wann das sein wird, weiß natürlich niemand. Diese kurze Beschreibung soll deutlich machen, dass Voraussagen für die Zukunft nicht nur schwierig, sondern nahezu unmöglich sind.

In Bezug auf die Bewertung der Bank verbleibt somit nur eine eher kurzfristige Betrachtungsweise, und die heißt: Das **Landesvermögen** und damit auch die Bank müssen kurzfristig geschützt werden. Denn bis 2016 ist die Gewährträgerhaftung nur noch sehr hoch, und gleichzeitig muss es das Bestreben sein, auch über diesen Zeitpunkt hinaus die möglichen Nachschüsse so gering wie möglich zu halten und der Bank, wenn es geht, wieder eine Perspektive zu verschaffen.

Hierfür gibt es verschiedene Möglichkeiten, erst einmal wäre da natürlich der „Weiße Ritter“, der uns alle Probleme abnimmt. Allerdings ist er trotz der Aufforderung durch den Kollegen Kubicki bis-

her noch nicht erschienen, und wir sollten wahrscheinlich auch eher nicht damit rechnen. Schön wäre es, wenn er kommt, aber derzeit ist er, wie gesagt, noch nicht erschienen.

Realistischer sind da schon eigene Maßnahmen der Bank, das heißt Forderungsrückkäufe zu Summen unterhalb der eigentlichen Forderungen, um Verbindlichkeiten aus den Büchern zu bekommen, und natürlich auch Verkäufe aus dem Portfolio heraus. Das alles kann die Anforderungen an das **Eigenkapital** etwas entspannen. Aber wir müssen wissen, dass auch dies nicht die ganz große Lösung ist. Trotzdem müssen diese Wege gegangen werden. Letztendlich werden wir aber womöglich nicht darum herumkommen, auch den Garantievertrag für die Bank wieder zu ändern und die Garantie wieder auf 10 Milliarden € zu erhöhen.

Die Senkung der **Garantiesumme** durch die Bank war ein schwerer Fehler; denn nun wird ein Beihilfeverfahren notwendig werden, und man hätte sich auch die derzeitigen Diskussionen um die Bank teilweise ersparen können. Die Erhöhung der Garantiesumme würde sich nach vorsichtigen Einschätzungen mittelfristig mit ungefähr 1 % bei der Kernkapitalquote auswirken. Das heißt zweierlei, erstens dass die Lage heute nicht so angespannt gewesen wäre, wenn die Garantie in voller Höhe geblieben wäre, und zweitens dass dieses Mittel auch kurzfristig zu einer Entspannung der Lage beitragen könnte. Dass die Landesregierung genau dieses Szenario nun ernsthaft durchspielt und von ihrer Seite aus alle Vorbereitungen trifft, ist nachzuvollziehen und auch professionell.

Die Erhöhung der Garantiesumme ist somit die einzige größere Maßnahme, die sich kurzfristig positiv auf die Kernkapitalquote auswirken kann. Aber wir können nicht sicher sein, dass diese Maßnahme alle Probleme löst. Wir müssen also weiter damit rechnen, dass die Kernkapitalquote unter die magische Grenze von 9 % sinken kann. Dann muss die Bank nachweisen, dass sie diese Quote wieder erhöhen und über 9 % kommen kann. Je nachdem, wie die Abläufe auf europäischer Ebene sind, kann man für dieses Verfahren mit rund einem Jahr rechnen.

Wird also die Kernkapitalquote kurzfristig unter 9 % sinken, was nicht auszuschließen ist, kann eine Garantiegewährung hier sehr schnell und innerhalb der jeweiligen Fristen der EU helfen. Es gibt also allen Grund dafür, hier schnell alle Vorbereitungen zu treffen, Garantien zu ermöglichen. Allein schon das Signal hierfür auszusenden, kann zu einer gewissen Stabilisierung der Bank beitragen und schützt somit auch unser Landesvermögen.

(Lars Harms)

Deswegen ist diese Debatte heute nicht etwa so nur für uns oder für das Land, sondern ist mit den positiven Aussagen aus allen Fraktionen natürlich auch **Signal** an die **Ratingagenturen**, dass wir zu unserer Bank stehen und dass wir eine Zukunft für die Bank sehen. Das, glaube ich, ist ein wichtiges Signal.

Gleichzeitig bin ich wie die Vorredner natürlich auch der Auffassung, dass, wenn wir den Garantievertrag ändern und auch die 10 Milliarden € wieder als Garantie zur Verfügung stellen wollen, dies dann auch vom **Parlament** entsprechend **beschlossen** werden muss. Ich glaube im Übrigen auch, das wäre etwas, was sich dann gefühlsmäßig positiv auswirken würde. Es ist etwas anderes, ob eine Regierung etwas aus der Not heraus beschließt oder ob ein Parlament nach Abwägungsprozessen und nach Diskussionen über Parteigrenzen hinweg etwas beschließt. Insofern bin ich der Auffassung, das ist ein sehr richtiger Weg, dies professionell durch die Landesregierung vorbereiten zu lassen und später, wenn es soweit kommt, dann durch das Parlament beschließen zu lassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Koch zu Wort gemeldet. Ich gehe davon aus, dass Sie sich die Redezeit, die vereinbart war, teilen. Habe ich Ihre Signale richtig verstanden? - Dann hätten Sie jetzt ungefähr sieben Minuten Zeit.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir drei Anmerkungen zum heutigen Bericht zur Lage der HSH Nordbank nach dem dritten Quartal 2012.

Erste Anmerkung. Nach den Halbjahreszahlen haben wir uns darüber Sorgen gemacht, dass die **Sicherungswirkung** unserer Garantien damals nahezu 2 Milliarden € erreicht hatte und die **Ziehungswahrscheinlichkeit** auf 41,4 % gestiegen war. Jetzt, drei Monate später, können wir aus den veröffentlichten Zahlen ableiten, dass die Sicherungswirkung unserer Garantien mittlerweile bei über 3 Milliarden € liegt und die Ziehungswahrscheinlichkeit die 50%-Marke innerhalb dieser drei Monate überschritten hat. Deshalb wäre es meines Erachtens leichtfertig, sich darauf zu verlassen, dass es bei den 1,3 Milliarden € ab 2019 bleibt, die die Bank jetzt prognostiziert hat. Das ist nur eine Prognose

der Bank, nicht mehr und nicht weniger. Wir wären, glaube ich, gut beraten, wenn wir uns auf andere Szenarien vorbereiten würden.

Deswegen, Herr Kollege Rother, ist von unserer Forderung nach **finanzieller Vorsorge** kein Stück zurückzunehmen. Sie werden in den Protokollen nachlesen können, dass diese Forderung auch nicht auf das Haushaltsjahr 2013 begrenzt war. Eine Möglichkeit dazu hätten wir heute Nachmittag gehabt, als wir über die finanziellen Spielräume des Jahresabschlusses 2012 diskutiert haben. Diese Möglichkeit ist nicht genutzt worden. Eine andere Möglichkeit der finanziellen Vorsorge würde darin bestehen, dass man die Kreditobergrenze im Haushalt 2013 nicht bis an den Anschlag ausnutzt. Eine dritte Möglichkeit der finanziellen Vorsorge würde darin bestehen, dass man versucht, das strukturelle Defizit schneller als bis 2020 auf null abzusenken. Auf jeden Fall kann niemand, wenn die Risiken in ein paar Jahren tatsächlich eintreten, sich darauf zurückziehen, dass dies dann eine Naturkatastrophe oder eine außergewöhnliche Notsituation ist, die unabhängig von der Schuldenbremse per Kredit zu finanzieren ist. Wenn man Risiken mit langjährigem Vorlauf erkennt, dann sind wir aufgefordert, uns darauf einzustellen und entsprechende Vorsorge zu treffen.

Zweite Anmerkung. Die HSH Nordbank schreibt rote Zahlen. Im zweiten Quartal waren es 60 Millionen €, im dritten Quartal jetzt 95 Millionen € Verluste aus dem operativen Geschäft, und das trotz - trotz! - der Risikoabschirmung aus unserer Garantie. Da muss man sich fragen: Ist die Bank in den kommenden Jahren tatsächlich in der Lage, die Garantievorsorge von jetzt 280 Millionen €, zukünftig dann vielleicht wieder 400 Millionen €, tatsächlich zu verdienen? Trägt das **Geschäftsmodell**? Ermöglicht es das Geschäftsmodell, diese Überschüsse zu erzielen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Heute nicht!)

Sie, Frau Ministerin, haben schon 2009 an dem Geschäftsmodell gezweifelt. Dann kamen aber 2011 noch einmal erhebliche **Auflagen** vonseiten der **EU-Kommission** hinzu. Wenn man jetzt feststellt, dass auf Basis des jetzigen Geschäftsmodells keine Überschüsse, sondern Verluste erzielt werden, dann sollten wir uns nicht der Hoffnung hingeben, alle unsere Risiken sind dadurch abgedeckt, dass die Bank in den nächsten Jahren schöne hohe Garantievorsorge zahlt.

Deswegen unsere Empfehlung an Sie: Wenn Sie jetzt sowieso mit der EU-Kommission verhandeln,

(Tobias Koch)

dann versuchen Sie - so illusorisch es und so gering die Wahrscheinlichkeit vielleicht auch sein mag - Befreiungen von den damaligen EU-Auflagen zu erlangen, die das Geschäftsmodell betreffen. Sie belasten die Bank und schränken die Möglichkeiten der Bank ein. Das mag genauso illusorisch sein wie die Suche nach einem Weißen Ritter. Aber in der Situation, in der wir uns befinden, dürfen wir, glaube ich, keine Möglichkeit ungenutzt lassen. Das wäre unsere Bitte und unsere Empfehlung an Sie für die Gespräche in Brüssel.

Dritte Anmerkung. Wer sich bereits heute, wie Herr Dr. Stegner, verbindlich auf eine **Aufstockung** des **Garantierahmens** festlegt und sagt, die kommt mit Sicherheit, der muss, glaube ich, schon aufpassen, dass er damit nicht das Sterbeglöckchen für die HSH Nordbank selber läutet. Lassen Sie mich diesen Gedanken noch kurz ausführen, Herr Dr. Stegner, bevor Sie aufstehen.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist bereits von den Vorrednern ausgeführt worden. Sie haben bislang die Erwartungshaltung, dass eine Garantieraufstockung mit einem erneuten EU-Beihilfeverfahren verbunden sein wird. Ein solches Beihilfeverfahren könnte dann mit der Auflage verbunden sein, wie wir es bei der WestLB erlebt haben, dass die HSH Nordbank anschließend abzuwickeln ist. Deswegen sollten wir sehr, sehr sorgfältig prüfen, ob wir diesen Schritt gehen. Herr Kollege Callsen hat es angesprochen. Wir brauchen eine fundierte Berechnungsgrundlage, welche Konsequenzen mit einer solchen Garantieraufstockung verbunden sind. Zum jetzigen Zeitpunkt einen Freifahrtschein auszustellen, ohne zu wissen, welche Konsequenzen damit verbunden sind, Herr Dr. Stegner, damit gefährden Sie die Bank in ihrer Existenz, damit gefährden Sie die Vermögensposition des Landes Schleswig-Holstein, und damit gefährden Sie letztendlich auch die Arbeitsplätze bei der HSH Nordbank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Das tue ich gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass das, was ich dazu gesagt habe, sich darauf bezog, dass die Maßnahme, die mit der größten Wahrscheinlichkeit - so hat es die Finanzministerin dargelegt - kommen wird, ein Signal aus dem parlamentarischen Raum sein soll, diesen Kurs der Finanzministerin zu unterstützen? Inhaltlich habe ich zu dieser Frage keine andere Auffassung als die, die der Kollege Callsen bezogen auf dieses Thema dargelegt hat. Er hat nämlich in der Abwägung, wenn ich Sie, Kollege Callsen, richtig verstanden habe, den gleichen Schluß gezogen. Insofern sollten Sie nicht aus der Aufmachung der Zeitung, die ein großes Bild verwendet hat, schließen, ich hätte da Freifahrtscheine erteilt oder Ähnliches mehr. Vielmehr habe ich mich positiv geäußert in Richtung dessen, was die Finanzministerin mit großer Seriosität und Professionalität hier vorgetragen hat.

Tobias Koch [CDU]:

- Herr Kollege Dr. Stegner, Ihre Klarstellung nehme ich selbstverständlich heute zur Kenntnis. Ich habe aus der Presse entnommen, dass Sie die Formulierung verwendet haben: „Die kommt mit Sicherheit, die Garantieraufstockung.“ Ich meine, es wäre eine Zitat gewesen. Das würde ich für voreilig halten.

Das waren meine drei Anmerkungen.

Abschließend. Wenn man sich diese Faktenlage anschaut, dann wären, glaube ich, Landesregierung und Landtagsmehrheit gut beraten, hier über den wirklich exzellenten Informationsfluss hinaus - dafür ein ausdrückliches Dankeschön - sich auch darum zu bemühen, die Zukunftsfragen der HSH Nordbank nicht nur mit Ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit zu lösen, sondern einen möglichst **breiten politischen Konsens** herzustellen. Meine Erwartungshaltung an unser gemeinsames Gespräch am 8. Januar 2013 geht deshalb über ein Informationsgespräch hinaus. Ich hoffe und würde es mir wünschen, dass es uns gelingt, eine gemeinsame Position zu formulieren, wie wir mit den absehbaren Risiken umgehen, wie wir uns aber auch darauf einstellen, welche Vorsorge wir dafür treffen, dass wir das gemeinsam vereinbaren und dann mit großer Mehrheit in diesem Parlament auch die entsprechenden Entscheidungen treffen. Auch wir reichen Ihnen die Hand. Wir nehmen unsere Verantwortung

(Tobias Koch)

als Opposition war, anders als es andere Fraktionen in ihrer Oppositionszeit getan haben.

(Beifall CDU und FDP)

Wir sind bereit. Ich hoffe sehr, dass die Regierungsfaktionen das ernst meinen, was sie oft genug gesagt haben, auf die Oppositionsfaktionen zugehen und gute Vorschläge auch von der Opposition übernehmen.

Die Frage der HSH Nordbank ist für uns, für unser Land, existenziell. Wir können es uns deshalb nicht leisten, hier politische Spielchen zu betreiben. Das werden wir nicht tun, das haben wir in der Vergangenheit auch nicht getan, auch im Unterschied zu manch anderen Fraktionen in diesem Hause. Unser Angebot steht. Machen Sie etwas daraus!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/352 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 27:

Abschaffung der Extremismusklausel

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/373 (neu)

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Deshalb eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Eigentlich könnte ich heute über **demokratisches Engagement** sprechen, über Initiativen, die sich gegen Rassismus und Intoleranz stellen, und über all die Menschen, die sich dafür stark machen und die demokratische Kultur stärken, über kluge Ideen und Best-Practice-Beispiele und so weiter. Leider muss ich heute aber auf ein paar Schlagworte eingehen, Schlagworte wie „Generalverdacht“, „Unterstellung“, „Hindernisse“, „Steine im Weg“ und „Verhinderung“.

All diejenigen, die sich für die Demokratie einsetzen, die Projekte starten und die Initiative ergreifen, sehen sich seit knapp zwei Jahren einem großen **Hindernis** ausgesetzt. Seit 2011 muss jeder, der Geld aus dem Topf „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ des Bundes haben will, eine Erklärung unterschreiben, die dazu verpflichtet, jedem seiner Projektpartner mit Misstrauen zu begegnen und ihn unter Generalverdacht zu stellen.

In der sogenannten **Demokratieerklärung** wird von den Antragstellern nicht nur ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verlangt - wohlgemerkt: hier geht es um Projekte, die sich für Demokratie einsetzen -, sondern sie müssen dies auch für alle ihre Projektpartner garantieren und sicherstellen. Diese vollkommen unsinnige und überzogene Maßnahme lehnen wir ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Außerdem sollen sie sich gegen einen vermeintlichen **Extremismus** stellen. Doch was soll damit gemeint sein? Wird da nach alter Junge-Union-Mannier der menschenverachtende Neonazi mit dem sogenannten Linksextremisten in einen Topf geworfen und für gleich böse erklärt? Wie irreführend diese stumpfe Anwendung des Begriffs „Extremismus“ ist, kann man wunderbar an den neuesten **Studien** der **FES** zur Mitte in Deutschland erkennen. Rassistische und antidemokratische Einstellungen entstehen nämlich leider viel zu oft mitten in der **Mehrheitsgesellschaft**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Diese Studie zeigt erschreckende Zahlen auf. Wenn zum Beispiel die Aussage, die Bundesrepublik sei durch zu viele Ausländer überfremdet, bei 37 % der Bundesbürger Zustimmung findet oder wenn bei der Aussage, die Deutschen seien allen anderen Völkern von Natur aus überlegen, satte 17,7 % zustimmen, dann wird mir - gelinde gesagt - schlecht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das zeigt doch nur, wie wichtig der Einsatz für Demokratie, Achtung und Respekt in der Gesellschaft ist, und zwar mitten in der Gesellschaft.

Doch zurück zur Extremismusklausel. Die Leute, die aktiv sind, sollen also auch für die Gesinnung von anderen haften. Sie sollen also die **Störerhaftung** für andere übernehmen, als seien ihre Partner

(Tobias von Pein)

unmündig, hilfsbedürftig oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Es folgt noch ein weiterer Hammer. Wird die Klausel nicht unterschrieben, gibt es keine **Fördermittel**. Wird gegen die Klausel verstoßen, sollen die Mittel sogar zurückgezahlt werden.

Bundesministerin Schröder wollte mit dieser Klausel eigentlich die Demokratie stärken. Doch wir müssen uns fragen: Wie kann eine Klausel die Demokratie stärken, wenn sie der Zivilgesellschaft aktiv Steine in den Weg legt?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

In der Praxis führt diese Klausel dazu, dass demokratische Initiativen vor Ort staatliche Fördermittel gar nicht mehr in Anspruch nehmen. Dazu gab es schon Beispiele in Berlin und Sachsen. Auch in Schleswig-Holstein hat sich gezeigt, dass diese Klausel ein Hindernis ist.

Ich kann nur sagen: Weg damit! Unterstützen wir die Landesregierung bei ihrem Weg und fordern: Weg mit dieser unsinnigen Regelung! Sie hilft niemandem weiter, erst recht nicht der Demokratie und der demokratischen Kultur in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die vielen Projekte und Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zeigen doch schon jetzt, wie gut die Arbeit funktionieren kann. Es gibt runde Tische, die überparteilich agieren, Bündnisse, die im Konsens entscheiden, und Aktionen, die kreativ, bunt und friedlich vonstatten gehen.

Natürlich sind die Akteure immer wieder zutiefst unterschiedlich. Das kennen wir auch aus dem Landeshaus. Doch egal ob Pastor, Privatmann, Punk oder Politiker, hier wird im demokratischen Konsens entschieden und gemeinsam gehandelt, und das ist gut so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir sollten das alles nicht durch ein **Klima des Misstrauens** behindern oder unmöglich machen; denn eines ist klar: Demokratie kann man nicht verordnen. Eine Unterschrift auf einem Blatt Papier verbunden mit dem Aufruf zum Generalverdacht hilft niemandem weiter.

Demokratie braucht Freiraum. Demokratie muss sich entwickeln. Demokratie muss gelebt werden. Also Schluss mit der Gängelung durch die Extre-

mismusklausel. Lassen Sie uns alle daran arbeiten, die Demokratie zu stärken. Eine Klausel brauchen wir dafür nicht.

Da gestern Willy Brandt zitiert worden ist, möchte ich heute jemandem sozusagen von der anderen Seite zitieren, nämlich die große liberale Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, die gesagt hat: Durch Ruhe und Ordnung kann die Demokratie ebenso gefährdet werden wie durch Unruhe und Unordnung.

In diesem Sinne beantrage ich die Abstimmung in der Sache über diesen Antrag.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen wurden die Pressemitteilungen dominiert durch Berichte über einen vermutlich islamistischen Anschlagversuch am Hauptbahnhof in Bonn. Wir haben vor wenigen Tagen hier im Haus der Opfer des feigen Anschlags in Mölln vor 20 Jahren gedacht. Vor etwas mehr als einem Jahr wurde durch die Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle deutlich, dass Rechtsextremismus in Deutschland eine ganz andere Dimension der Bedrohung darstellt, als wir das in der Vergangenheit geglaubt haben.

Deshalb ist es richtig, dass unsere wehrhafte Demokratie Aktivitäten von Extremisten welcher politischen Couleur auch immer mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Dazu gehört auch Bildungs- und Präventionsarbeit.

Das **Programm** der CDU/CSU-FDP-geführten Bundesregierung „**Toleranz fördern - Kompetenz stärken**“ ist mit einem Titelansatz von 29 Millionen € in den Jahren 2012 und 2013 ausgebracht worden. Der ausdrückliche Dank der CDU-Landtagsfraktion gilt deswegen ganz besonders Bundesministerin Kristina Schröder, die diesen Etatansatz vor zwei Jahren, also noch vor der Aufdeckung der NSU-Terrorzelle, um 4 Millionen € angehoben hat.

(Martin Habersaat [SPD]: Gibt es auch Geld für Leute, die sich nicht engagieren, quasi als Ersatzprämie? - Vereinzelter Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Axel Bernstein)

- Ich bin nicht sicher, ob eine so ungewöhnlich lustige Bemerkung bei diesem Tagesordnungspunkt angebracht ist, bei dem Sie ernsthaft versuchen, alle Demokraten zum Kampf gegen Extremismus zu vereinen.

(Beifall CDU)

Ich will dem Kollegen von Pein auch überhaupt nicht sein Engagement in diese Richtung absprechen. Der Redebeitrag aber, den er hier geleistet hat, und die Anschauung, die hinter Ihrem Antrag steht, lässt mich einige Fragezeichen erkennen, wenn es um die Ernsthaftigkeit unseres gemeinsamen Bemühens geht.

Aufgrund der Vorfälle, die ich eingangs geschildert habe, ist es auch richtig, Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern sollen, dass **extremistische Gruppen** oder **Einzelpersonen** von **staatlichen Zuwendungen**, also von Steuergeldern profitieren. Dieser Gedanke ist gar nicht so neu. Bereits seit 2005 enthalten die entsprechenden Förderrichtlinien des Bundes ein Bekenntnis zum Grundgesetz. Was Otto Schily damals einführte, lehnen die schleswig-holsteinischen Regierungsfractionen von heute ab.

„Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.“

So lautet der erste Satz der **Demokratieerklärung**, die Sie hier kritisieren. Diese muss von Antragstellern unterzeichnet werden, die Fördermittel des Bundesfamilienministeriums erhalten wollen. Das kann ja wohl nicht ernsthaft ein Problem sein.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie sollten vielmehr einmal überlegen, welches Signal Sie als regierungstragende Fraktionen aussenden, wenn Sie eine solche **Selbstverständlichkeit** als respektlos und diffamierend bezeichnen.

Der zweite Satz der Demokratieerklärung wurde nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts in Dresden im Sinne der Antragsteller präziser formuliert. Dieser lautet jetzt:

„Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung betätigen.“

Auch das kann doch wohl kein Problem für regierungstragende Fraktionen in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall CDU)

Ich finde vielmehr, es sollte selbstverständlich sein, dass sich Projektträger, die mit Jugendlichen oder Multiplikatoren gegen Extremismus arbeiten wollen, selbst die größte Mühe geben, sich nicht mit Extremisten gemein zu machen.

Es wird aber noch besser; denn das Programm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ umfasst drei Bestandteile, zum Ersten lokale Aktionspläne, von denen bereits Hunderte bundesweit bewilligt worden sind, zum Zweiten Modellprojekte, von denen zig in Deutschland bewilligt worden sind, und drittens die landesweiten Beratungsnetzwerke, von denen es 16 in Deutschland gibt.

Sie fordern nun mit Ihrem Antrag die Abschaffung der Demokratieerklärung beziehungsweise der Extremismusklausel nur für den Programmbereich der **landesweiten Beratungsnetzwerke**. In der Förderrichtlinie heißt es dazu ausdrücklich:

„Antragsteller und Empfänger der Bundesmittel für die Beratungsnetzwerke sind die von den Ländern benannten Landesministerien.“

Bei uns ist das das Sozialministerium. Die Abwicklung beziehungsweise die Weiterverteilung der Mittel an die Letztempfänger geht über die Landeskoordinierungsstelle, die beim Innenministerium angesiedelt ist. Wie alle Länder hat Schleswig-Holstein bisher an diesem Programm partizipiert. Mir ist - zumindest vonseiten der zuständigen Ministerien - bisher nicht bekannt, dass es **Probleme** mit der Demokratieerklärung gegeben hätte. Ich frage mich nun: Warum rechnen Sie in Zukunft damit?

Um eines einmal ganz klar zu sagen: Wir erwarten, dass das Land Schleswig-Holstein weder jetzt noch in Zukunft mit Extremisten oder ihnen nahestehenden Personen oder Organisationen zusammenarbeitet.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn man sich Ihren Antrag in diesem Sinne ansieht, dann besagt er: Sie wollen künftig nicht mehr die Hand dafür ins Feuer legen, dass all diejenigen, die Sie als Partner aussuchen, an dieser Stelle sicher und sauber sind. Das ist ein verheerender Eindruck für jede glaubhafte Arbeit gegen Extremismus. Deswegen fordere ich Sie, meine Damen und Herren, auf: Ziehen Sie diesen Antrag zurück. Er scha-

(Dr. Axel Bernstein)

det der gemeinsamen Aufgabe, die wir vor uns haben.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Kubicki, ich erwarte bei diesem Tagesordnungspunkt weniger Einigkeit mit Ihnen; aber mal schauen, vielleicht klappt auch das.

9 % der Deutschen haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

(Zuruf CDU)

- Ich habe ja gesagt, dass ich abwarte. - 50 % wünschen sich eine starke Führerfigur. 20 % stimmen antisemitischen Aussagen im Grundsatz zu. 35 % wollen bei ansteigenden Arbeitslosenzahlen Menschen mit Migrationshintergrund am liebsten abschieben, und 37 % stimmen der These zu, dass Menschen mit Migrationshintergrund nur nach Deutschland kommen, um den Sozialstaat auszunutzen. Fast 40 % der Deutschen stimmen der These zu, dass Deutschland inzwischen überfremdet ist. Die aktuellen Zahlen der **Friedrich-Ebert-Stiftung**, die der Kollege von Pein eben schon erwähnt hat, beweisen erschreckend, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bundesrepublik salonfähig ist.

Gesellschaftliche Stimmungen sind der Nährboden für die immer stärker werdende rechte Gewalt. Aufgabe der Politik sollte es sein, Prävention, Demokratiebildung und Opferschutz massiv zu fördern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gerade nach den fürchterlichen Anschlägen der NSU-Terrorzelle wäre es wichtig gewesen zu handeln. Doch danach ist auf Bundesebene leider wenig passiert. Statt Verstärkung und Heraufsetzung von Mitteln im Kampf gegen Rechts gab es durch Ausweitung von Projekten de facto Kürzungen für die einzelnen Initiativen. Zur unsicheren Zukunft und dem tiefen **Misstrauen gegenüber Initiativen** gehört auch die sogenannte Extremismusklausel. Es

geht nicht nur darum, dass sich Initiativen nicht zur Demokratie bekennen wollen, sondern darum, dass Sie Misstrauen schüren und gleichzeitig wollen, dass sich die Initiativen untereinander bespitzeln. Statt Misstrauen sollten sie von uns Vertrauen und die notwendige Planungssicherheit bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Erst nachdem mit vielen Rechtsgutachten und vor allem auch mit dem Urteil, das der Kollege Bernstein von der CDU-Fraktion erwähnt hat, der Regierung Merkel beziehungsweise Ministerin Schröder die Rechtswidrigkeit deutlich ins Buch geschrieben wurde, wurde dieser Bespitzelungsparagraf abgeschafft. Das war eben nicht im Sinne der Bundesregierung, sondern eine schallende Ohrfeige für sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kristina Schröders Misstrauensklausel ist allerdings auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus falsch. Darauf ist der Kollege von Pein schon eingegangen. Sie setzt nämlich **Links- und Rechtsextremismus** gleich und legt zugrunde, dass es sogenannte **Ränder der Gesellschaft** gibt, die es zu bekämpfen gelte. Die **Mitte der Gesellschaft** müsse sich also nur von diesen Rändern ausreichend distanzieren. Dies könnte man durch so eine Extremismusklausel oder Demokratieerklärung machen. Böse Ränder und eine saubere Mitte: So funktioniert Kristina Schröders Weltbild. Dieser Ansatz ist ideologisch falsch, demokratiepolitisch gefährlich und zutiefst unwissenschaftlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie verkennt, welchen Nährboden es bei uns in breiten gesellschaftlichen Schichten für Rassismus, Antisemitismus oder auch Sexismus gibt. Neben den bereits erwähnten Zahlen der Friedrich-Ebert-Stiftung wird dies vor allem auch durch die wissenschaftliche Langzeitstudie vor Professor Heitmeyer deutlich.

Wir beantragen deshalb heute die Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel - wohl wissend, dass wir dazu, mindestens was den Bundesrat angeht, den baldigen Regierungswechsel in Niedersachsen abwarten müssen. Wir brauchen einen Neustart im Kampf gegen Faschismus. Dazu gehört die Abschaffung dieser schwarz-gelben Misstrauensklausel.

(Rasmus Andresen)

Es geht aber um viel mehr. Wir in der Koalition haben es vorbehaltlich der zweiten Lesung des **Haushalts** Ende Januar 2013 geschafft, 300.000 € für den Kampf gegen Faschismus und Rassismus einzustellen. Dadurch sollen vor allem dezentrale Projekte in der Fläche gefördert werden. Ich glaube, dass das ein goldrichtiger Ansatz ist. Damit wollen wir Akteure wie beispielsweise den Jugendring, die Gewerkschaften, Runde Tische vor Ort, die AWO und alle weiteren, die in diesem Bereich in Schleswig-Holstein arbeiten, weiter miteinander vernetzen und fördern, damit sie besser präventiv tätig werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gleichzeitig - das ist ein Anliegen, das vielen bei uns in der Fraktion Herzensangelegenheit ist - wollen wir, dass der Landtag die **Verzahnung** von **NS-Zeit und Nachkriegszeit** wissenschaftlich, strukturell und unabhängig aufarbeitet und verstärkt Bildungsarbeit dazu im Land stattfindet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Darüber hinaus wird diese Koalition mit der Kulturministerin ein neues **Gedenkstättenkonzept** entwickeln. Weiter werden wir verstärkt Projekte an Schulen fördern. Liebe Ministerin Spoorendonk - auch wenn sie jetzt gerade nicht hier ist; ich bin sicher, dass ich es ihr auch noch persönlich sagen werde -, wenn Sie dafür - wie kürzlich in der Tageszeitung der dänischen Minderheit „Flensburg Avis“ geschehen - von dänischen Rechtspopulisten scharf attackiert werden, bestärkt uns dieses nur in unserem Handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Die Zeit der Misstrauenskultur im Kampf gegen Faschismus muss jetzt enden. Als Koalition der Einladung wollen wir gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch gemeinsam hier im Parlament mit allen, die daran Interesse haben, daran arbeiten - darauf freue ich mich -, damit wir gemeinsam diesen Kampf angehen können. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es besser, sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren, bevor man einen Antrag ins Plenum bringt. Abraham Lincoln formulierte es so:

„Besser schweigen und als Narr scheinen, als sprechen und jeden Zweifel beseitigen.“

(Beifall FDP)

Den Kollegen von Pein, Andresen, Harms und Breyer hätte es gut zu Gesicht gestanden, zuerst die Fakten zusammenzutragen, um nicht in die Gefahr zu kommen, einen Antrag zur Diskussion zu stellen, dessen **Hauptangriffspunkt** in der kritisierten Form gar nicht mehr besteht. Der **Wortlaut** der sogenannten Extremismusklausel oder der Demokratieerklärung wurde nach dem **Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichtes** vom April dieses Jahres nämlich verändert.

(Zuruf SPD: Haben wir schon gehört!)

- Dann müssen Sie den Hinweisen des Gerichtes folgend - das ist in der Bundestagsdrucksache 17/10973 vom 12. Oktober 2012 nachzulesen, bei der es sich um eine Kleine Anfrage handelt, die übrigens unter anderem von Herrn Rix, SPD, mit unterzeichnet wurde, nachzulesen - den Antrag vielleicht ein bisschen anpassen.

Wenn also in der Begründung Ihres Antrags steht, dass es eine erste Gerichtsentscheidung gebe, dass die Extremismusklausel in Teilen rechtswidrig sei, bezieht sich das jedenfalls nicht auf den aktuellen Wortlaut dieser Gerichtsentscheidung. Schon aus diesem Grund ist ein solcher Antrag nicht zustimmungsfähig. Er sollte es im Übrigen auch nicht für Sie sein, sollten Sie den Anspruch erheben, dem Parlament seriöse Anträge vorzulegen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich wundere mich, dass es für Sie nicht mehr selbstverständlich ist, dass sich wenigstens die Abgeordneten und diejenigen, die öffentliche Mittel erhalten, zu unserer Verfassung bekennen sollten. Das wundert mich wirklich. Was erwarten Sie denn von den Menschen außerhalb dieses Parlaments,

(Wolfgang Kubicki)

wenn der Eindruck entsteht, nicht einmal Sie seien bereit, sich zur Verfassung unseres Landes zu bekennen?

(Beifall FDP und CDU)

Aber auch aus einem anderen wichtigen Grund ist dieser Antrag nicht zustimmungsfähig, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Warten Sie es doch erst einmal ab. Sie bekommen doch noch das, was Sie brauchen. Das ist nicht zustimmungsfähig.

Ein Demokratiebekenntnis per se hat nämlich durchaus seinen Sinn; denn sonst müssten Sie hier auch die sozialdemokratische Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, an den Pranger stellen, die vor allem zum Schutz vor einer rechtsradikalen Unterwanderung von **Kindertagesstätten** eine im Wortlaut andere, im materiellen Sinne aber nahezu identische **Erklärung von potenziellen Trägern** einfordert.

(Zuruf SPD: Das ist etwas völlig anderes!)

- Das ist überhaupt nicht etwas völlig anderes, das begreifen Sie bedauerlicherweise nur nicht.

Im **Erlass** des mecklenburg-vorpommerischen Ministeriums für Soziales und Gesundheit vom 20. Juli 2010 wird in einer Handreichung dieses Ministeriums aus dem Jahr 2006 zur **Erlaubniserteilung** für den Betrieb von Kindertagesstätten unter anderem folgender Satz eingeführt:

„Die Verweigerung der Selbstauskunft nach Anlage 1“

- das ist die Erklärung über das Bekenntnis und das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung -

„begründet Zweifel, ob der Träger die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet. Wenn der Träger diese Zweifel nicht ausräumen kann, ist die Betriebserlaubnis zu versagen.“

Ist das, Herr Dr. Stegner, materiell-rechtlich etwas anderes als ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung? Das wird vom Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefordert.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Wortmeldung des Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit und gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es ein großer Unterschied ist, ob man verhindern möchte, dass sich Neonazis einschleichen, um Kinder zu betreuen, oder ob man Menschen, die sich für Demokratie engagieren unter Generalverdacht stellt, wenn sie bürgerschaftliches Engagement gegen Nazis zeigen? - Das kann doch nicht ernsthaft der Fall sein, genauso wenig wie Ihre Behauptung, wir würden uns davon verabschieden. Wir alle hier sind als Abgeordnete in diesem Hause auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung vereidigt. Sie sollten solche Unterstellungen daher nicht an uns richten, wie Sie es in der Anfangsbemerkung getan haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich fange mit dem letzten Punkt an. Einige Redner haben hier den Eindruck erweckt, als ginge es ihnen gerade darum, nicht mehr zu dokumentieren, dass wir alle auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Es mag sein, dass der gute Wille von Frau Schröder der ist, dass man irgendetwas fernhalten will, nur muss jeder Träger von Kindertageseinrichtungen dies unterschreiben. Ich betone: jeder. Deshalb lautet die spannende Frage umgekehrt: Wenn Sie das bei Initiativen, die sich angeblich für Demokratie einsetzen oder - -

(Zuruf SPD: Angeblich!)

- Ja, angeblich. Auch Rechtsradikale sind in der Lage, eine Initiative zu gründen, die sich für Demokratie einsetzt. Wollen Sie sagen, die sollen das auch nicht unterschreiben? - Meinen Sie das wirklich ernst? - Herr Andresen, oder wollen Sie, weil Sie in den Initiativen jeden persönlich kennen, vorher jeden aussuchen oder auch nicht? - Das geht übrigens rechtlich schon nicht.

(Wolfgang Kubicki)

Daher sage ich: Entweder Sie regeln das konsequent, oder Sie regeln das gar nicht. Wenn Sie sagen, Sie wollen das abschaffen, was der Bund für die Träger vorsieht, dann müssen Sie gleichzeitig fordern, dass Sie das abschaffen, was in Mecklenburg-Vorpommern aktuell gilt; unabhängig von der Frage, welche Überlegung dahinter steht.

Ich sage es noch einmal: In Mecklenburg-Vorpommern müssen alle Träger von Kindertagesstätten-einrichtungen

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch die AWO!)

- auch die AWO - eine entsprechende Erklärung abgeben, ohne dass ich jemals den Eindruck hätte, dass die AWO in der Situation stünde, von Rechtsradikalen unterwandert zu werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das mache ich gern, Frau Präsidentin.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, ist Ihnen bekannt, dass sich gerade in Mecklenburg-Vorpommern Neonazis in Kirchengemeinden und Kirchenvorstände hineinbegeben, um gerade in den Bereichen, in denen es solche Trägerschaften gibt, tätig werden zu können und dass es deshalb einen begründeten Anlass gab. Dagegen kenne ich keinen einzigen Fall, in dem sich Rechtsextremisten in Initiativen gegen Rechts engagieren. Das ist mir bisher jedenfalls noch nicht untergekommen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meine Unkenntnis hier beseitigen könnten.

- Wenn Sie so fortfahren, dann stelle ich fest, dass sich die Rechtsradikalen und die Rechten äußerst sinnvoll dem anpassen, was wir versuchen, an Strukturen zu verhindern. Das erklärt einiges, Herr Dr. Stegner. Wenn Sie so weitermachen, dann sind Sie gerade derjenige, der dazu aufruft, sich entsprechend zu organisieren, damit man an die entsprechenden Töpfe herankommt.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal: Wenn es gegen Rechts geht, dann ist rechtlich alles in Ordnung. Wenn es gegen Links geht, dann ist rechtlich alles in Unordnung? - Oder wie soll ich das verstehen?

(Vereinzelter Beifall CDU - Widerspruch SPD)

Materiell-rechtlich besteht da überhaupt kein Unterschied. Ich wundere mich, dass hier aus gutem Willen heraus möglicherweise Dinge ins Werk gesetzt werden, die böse Folgen haben können, Herr Kollege Peters.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch einmal: Wenn Sie die sogenannte Extremistenklausel abschaffen wollen, dann müssen Sie auch in Mecklenburg-Vorpommern dafür eintreten, dass sie abgeschafft wird. Ansonsten macht diese ganze Geschichte keinen Sinn.

Wenn Sie in der **Antragsbegründung** schreiben, die Extremismusklausel sei respektlos gegenüber den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich täglich für eine tolerante und lebendige Demokratie einsetzen, dann müssen Sie sich schon fragen lassen, warum es respektlos sein soll, von den Zuwendungsempfängern öffentlicher Mittel zu fordern, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bekennen.

(Beifall FDP und CDU)

Warum ist es respektlos zu fordern, dass die Zuwendungsempfänger bestätigen müssen, dass sie eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll daran respektlos sein? - Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist eine Unterstellung, dass sie das nicht tun!)

Für uns ist es jedenfalls eine Selbstverständlichkeit, dass nur diejenigen Initiativen, die sich zur demokratischen Grundordnung bekennen, auch öffentliche Gelder zur Förderung von kultureller Vielfalt und Toleranz bekommen. Derjenige, für den das nicht selbstverständlich ist, muss sich vorwerfen lassen, dass er nicht nur auf dem rechten, sondern auch auf dem linken Auge blind ist. Wir reden hier übrigens nicht nur von Initiativen, von denen wir alle wissen, was wir ihnen im Kampf gegen Rechts verdanken. Wir reden auch von Möglichkeiten der Inanspruchnahme durch Organisationen, von denen möglicherweise eine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Den guten Worten und der tollen Rede des Kollegen von Pein habe ich nichts hinzuzufügen. Ich hatte mir den Inhalt genauso vorgestellt. Gleiches gilt für den Kollegen Andresen. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Als Älterer, ich bin ungefähr fünf Jahre jünger als Sie, Herr Kubicki, möchte ich aber etwas anderes hinzufügen: Vor 38 Jahren habe ich mich einmal hier in diesem Hause beworben. Damals hatten wir noch den **Radikalenerlass**. Für mich führt eine direkte Spur aus dem Denken im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass, der damals praktiziert wurde, bis zu dem, was heute mit dem Begriff **Extremistenklausel** für die Demokratieerklärung steht.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ein unberechtigtes Misstrauen, und ich finde, das gehört sich nicht.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Das hat meine Generation und meine Altersgenossen damals politisch eingeschüchtert, und es wird junge Menschen, die sich engagieren möchten, heute genauso einschüchtern. Mein Vertrauen in diesen Staat hat damals gelitten, weil man mir nicht vertraut hat. Das ist ganz schlimm, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall PIRATEN)

Wenn sich Menschen engagieren, dann haben sie etwas anderes verdient, nämlich Ermutigungen und keine Verdächtigungen. Das ist eine ganz wichtige Botschaft.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das schlichte Denken, wer nichts zu verbergen hat, der kann ruhig unterschreiben, ist eines Staates unwürdig, der im Grundsatz davon auszugehen hat, dass seine Bürger unschuldig und rechtsstaatlich organisiert sind und dies auch gern demokratisch praktizieren wollen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Seine Bürger befinden sich im Einklang mit der Verfassung. Das muss das grundsätzliche Denken

des Staates sein, nicht der umgekehrte Fall, bei dem man sagt: Wir müssen erst einmal sehen, ob die Bürger auch in Ordnung sind.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin öfter auf Demonstrationen und engagiere mich, wie Sie vielleicht wissen. Meine Wahrnehmung ist, dass der politische Schaden unheimlich groß ist. Der zweifelhafte Nutzen hat sich bis heute in keiner Weise erklärt und durchgesetzt. Ich sage es noch einmal: Menschen, die sich oft genug verbunden mit einem hohen Risiko für Leib und Leben für unsere Demokratie einsetzen und gegen Rechts-Extremismus eintreten, brauchen unsere Ermutigung und nicht eine generelle Verdächtigung. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Januar vergangenen Jahres müssen Organisationen eine schriftliche Demokratieerklärung abgeben, um Förderungen aus einem Programm des Bundesfamilienministeriums zu erhalten. Die Organisationen und Vereine müssen bestätigen, dass sie sich zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Das ist etwas, was in diesem Staat eigentlich gar nicht mehr möglich sein sollte, dass man das Organisationen abverlangt. Der Kollege Dudda hat recht, eigentlich sollte es der Grundsatz sein, dass das so ist. Nur im Ausnahmefall sollte man solche Dinge überprüfen wollen.

Diese Klausel soll angeblich verhindern, dass extremistische Gruppen und Vereine von einer Förderung aus dem Familienministerium profitieren können. Von einem solchen **Missbrauch** ist aber bisher nichts bekannt. Der SSW bezweifelt daher auch die Zielsetzung einer solchen Verordnung.

Die sogenannte Demokratieerklärung gilt nicht nur für die besagten Organisationen, sondern auch für ihre Partner; egal ob dies nun feste Partner oder nur Partner für einmalige Projekte sind. Die Organisation muss also quasi für die Partner mit unterschreiben. Mit dieser Unterschrift haben sich die Träger quasi dazu verpflichtet, **Informationen** über ihre

(Lars Harms)

Kooperationspartner zu sammeln, damit sie diese Erklärung überhaupt seriös abgeben können. Da man davon ausgeht, dass das alles keine Demokraten sind, müssten sie dies eigentlich heimlich machen. Sie müssten also eigentlich einen Geheimdienst einstellen, damit sie diese Forderung überhaupt erfüllen können.

Man muss sich das einmal überlegen: Diese Organisationen können ganz schön zahlreich sein. Die Frage ist auch, über wen jetzt Informationen gesammelt werden müssen; über Mitarbeiter dieser Organisation, über Spender oder möglicherweise auch über dritte Geschäftspartner, die mit der Partnerorganisation zusammenarbeiten? - Das ist irre, was da auf einmal den Organisationen abverlangt wird.

Eine solche Überprüfung ist nicht nur ein erheblicher bürokratischer Aufwand, und zwar für beide Seiten, sondern aus unserer Sicht auch völlig unnötig und ungerechtfertigt. Hinzu kommt eine andere Frage, nämlich was mit den gesammelten Informationen von Projektpartnern eigentlich passiert. Wie werden diese weitergegeben, und wo und wozu werden diese Informationen eventuell archiviert?

Noch viel unnötiger ist es jedoch, einen **Generalverdacht** gegen Organisationen und Vereine aufzustellen, die sich täglich mit hohem persönlichen Engagement für eine gesunde Demokratie einsetzen und diese auch leben. Die Extremismusklausel legt grundlegendes Misstrauen dar, und dieses Misstrauen, Verdächtigen und Unterstellen, verhindert ein **vertrauensvolles Zusammenarbeiten** von Vereinen und Behörden.

Für uns als SSW ist es völlig unangebracht, nach einer solchen Gesinnung zu forschen. Ein solcher pauschaler Verdacht gehört nicht in einen Rechtsstaat. Entweder gibt es sachgerechte Gründe für ein Verbot beispielsweise von Organisationen oder eben nicht. Entweder man verbietet etwas, oder es bleibt legal und wird nicht unter Generalverdacht gestellt. Ich bin der Auffassung, dass man niemanden hier in der Bundesrepublik Deutschland unter einen Generalverdacht stellen darf.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Deswegen sagt der SSW ganz klar Nein zu einem solchen Generalverdacht und somit auch zur sogenannten Extremismusklausel.

Wir sagen Nein zum Auslöschen des Grundvertrauens. Wir wollen nicht, dass sich Menschen gegenseitig so bespitzeln, dass jegliche Art von aufbauen-

der Zusammenarbeit unmöglich gemacht wird. In unseren Augen ist diese Extremismusklausel eine Klausel des Misstrauens, mit der Zivilcourage bestraft wird. Was diese Menschen brauchen, ist **Anerkennung** und **Unterstützung**, was sie bekommen, ist Misstrauen und Unterstellungen. Genau das wollen wir nicht mitmachen und fordern daher die ersatzlose Streichung dieser Klausel.

Meine Damen und Herren, einer meiner Vorgänger, Karl Otto Meyer, hat einmal einen dänischen Ministerpräsidenten mit folgenden Worten zitiert: Es ist mit der Demokratie wie mit der Luft, es kann gefährlich sein, die Luft einzuatmen, denn sie könnte vergiftet sein; aber noch gefährlicher ist es, sie nicht einzuatmen. Genauso ist es mit der Demokratie, es kann gefährlich sein, demokratische Rechte zu gewähren, denn sie können missbraucht werden, zum Beispiel von Extremisten. Aber noch gefährlicher ist es, demokratische Rechte abzuschaffen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich füge hinzu: Eines dieser demokratischen Rechte ist das Recht, sich gegen extremistische Bewegungen einzusetzen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Burkhard Peters von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki! Der **Vergleich** mit dem, was die Sozialministerin in **Mecklenburg-Vorpommern** von Erzieherinnen und Erziehern verlangt, hinkt. Das erkennt man allein daran, dass die dortigen Einrichtungen - Kindertagesstätten und so weiter - einen Erziehungsauftrag haben. Aus diesem Grund muss von dortigen Bewerbern nicht nur so eine Erklärung abgegeben werden, sondern auch ein sogenanntes erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, das darüber Auskunft gibt, ob sie in der Vergangenheit bestimmte Sexualstraftaten begangen haben.

Es geht um zwei völlig unterschiedliche Dinge, und Ihre formale Gleichsetzung der beiden ganz unterschiedlichen Regelungstatbestände ist völlig unangemessen und schief.

(Burkhard Peters)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias von Pein das Wort.

(Zurufe)

Tobias von Pein [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Herr Kubicki, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Äußerung. Als wir Sie ein bisschen in die Ecke gedrängt haben, kam ja heraus, um was es Ihnen eigentlich geht: Es geht Ihnen um Misstrauen gegenüber Initiativen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, gar nicht!)

Es geht Ihnen darum, dass es - was auch ich immer wieder höre - linke Chaoten gebe, die da mitmachen und denen man nicht traue. Es ist schade, dass von einer großen liberalen und staatstragenden Partei wie der FDP so etwas geäußert wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wenn man sich in Lübeck oder in Stormarn zum Beispiel das **Antirassistische Bündnis** anguckt - da wird sich getroffen, da gibt es verschiedene Initiativen, die sich treffen; die sind alle ganz unterschiedlich, kulturell, personell; man würde in der Freizeit wahrscheinlich nie zusammen ein Bier trinken. Aber in diesem einen Punkt setzt man sich an einen Tisch, und da ist es sogar möglich, dass ein CDU-Bürgermeister wie Henning Görtz und andere dabei sind. Da setzt man sich an einen Tisch und einigt sich auf einen Konsens für eine gemeinsame Sache, nämlich dass man gegen Rechtsextremismus ist. Das ist möglich.

Dazu braucht man keine Klausel, weil man sich ja vorher an einen Tisch zusammengesetzt und sich auf diesen einen Konsens geeinigt hat. Da braucht man kein Misstrauen zu schüren durch einen großen Stein, den man den Initiativen in den Weg legt.

Ich lade Sie herzlich ein, kommen Sie einmal vorbei, gucken Sie sich das an! Ihr Misstrauen ist an der Stelle wirklich unbegründet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Bernstein?

Tobias von Pein [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Bernstein, Sie haben das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Geschätzter Kollege, wir sind uns ja überhaupt nicht uneinig darüber, welche wertvolle Arbeit von den meisten Initiativen geleistet wird. Im Übrigen haben die meisten ja auch gar keine Probleme damit, diese Erklärung abzugeben. Meine Frage ist: Warum beantragen Sie die Streichung der Demokratieerklärung nur für die landesweiten Pläne und nicht für die lokalen Aktionsbündnisse, nicht für die Modellprojekte? Das sind Hunderte von Antragstellern bundesweit und nicht 16.

Tobias von Pein [SPD]:

Wenn Sie es richtig gelesen haben, wird Ihnen wahrscheinlich aufgefallen sein, dass es darum geht, eine **Bundesratsinitiative** zu starten, die es ja auch in der Vergangenheit schon gab; eine Mehrheit gab es dafür nicht. Uns geht es darum, dass sich unsere Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, das für die gesamten Projekte im gesamten Bundesgebiet zu streichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Alheit das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zum Hintergrund der Demokratieerklärung muss ich an dieser Stelle nach den vielen Wortbeiträgen wohl nichts mehr sagen, auch nicht dazu, dass aus Steuergeldern keine Organisation und keine Aktivität gefördert werden soll, die sich gegen Demokratie richtet. Das versteht sich von selbst und ist beispielsweise auch als Leitlinie der Anerkennung und Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im SGB VIII geregelt. Solche Träger müssen die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bieten.

Alles andere als eine **Selbstverständlichkeit** ist es aber, von denen eine Erklärung zu verlangen, die

(Ministerin Kristin Alheit)

sich vorbildlich für Demokratie und gegen Rechts-extremismus einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Genau das tut die Bundesregierung und verkehrt die Ausnahme, nämlich keine Förderung, wenn positive Kenntnisse von Hinderungsgründen vorliegt, in die Regel eines **Generalverdachts**. Ich meine, die Verbände lehnen das zu Recht ab.

Das ist nicht das, was wir brauchen, wenn wir wollen, dass sich Menschen für unsere Demokratie starkmachen. Das ist schon gar nicht die Botschaft - auch Herr Dudda hat das treffend formuliert -, die wir jungen Menschen geben sollten, jungen Menschen, die wir dafür gewinnen wollen, sich in unserer Gesellschaft und für unsere Gesellschaft zu engagieren. Wir sind doch froh über all diejenigen, die sich für unsere Demokratie starkmachen. Die Landesregierung begrüßt daher den vorliegenden Antrag.

Daher hat die Landesregierung bereits am 15. Juni 2012 im **Bundesrat** entsprechend votiert. Damals hat der Antrag aber noch keine Mehrheit gefunden. Wir werden uns auch weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Klausel ersatzlos gestrichen wird. Das gilt auch - das Thema hatten wir in mehrfachen Facetten -, obwohl sich das Bundesfamilienministerium vor dem Hintergrund der juristischen Niederlage gezwungen gesehen hat, die Klausel zu modifizieren. Diese Modifizierung ist in der Tat ein Erfolg der Zivilgesellschaft.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn das Bundesfamilienministerium hat auf die sehr laute Kritik sehr lange gar nicht reagiert. Es wurde geradezu - und das ist sehr gefährlich - suggeriert: Wer gegen die Extremismusklausel sei, der habe Probleme mit der Abgrenzung gegen Extremismus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Dann gab es die Entscheidung des **Dresdner Verwaltungsgerichts**, die Klausel wegen ihrer Unbestimmtheit für nicht anwendbar zu erklären. Anstatt die Klausel ganz aufzuheben, wurde sie aber nur modifiziert und nachgebessert. Der Geburtsfehler der Klausel - das ist schon mehrfach beklagt worden - ist damit nicht aus der Welt. Der **Geburtsfehler** der **Extremismusklausel** besteht in einem **Grundmisstrauen** gegen alle, die sich gegen

Rechtsextremismus in unserem Land wenden, und das darf nicht sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich für unsere Demokratie und gegen die Bedrohung von Rechtsaußen einsetzen, dafür rechtfertigen müssen. Das macht keinen Sinn.

(Johannes Callsen [CDU]: Die müssen sich doch dafür nicht rechtfertigen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Bernstein?

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Klar, das ist meine erste Zwischenfrage.

(Zurufe)

- Ich fühle mich geehrt.

Dr. Axel Bernstein [CDU]: Das habe ich gehaut, deswegen bin ich noch einmal aufgestanden. - Frau Ministerin, würden Sie mir zustimmen, dass sich Ihre Formulierung, dass sich eine solche Erklärung als Misstrauen gegenüber allen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen wollen, interpretieren lässt, unabhängig davon, ob man das so wertet oder nicht, deswegen nicht ganz halten lässt, weil es hier um Antragsteller geht und nicht um jeden, der aktiv ist? Es kann ja nur um den Personenkreis gehen, der Fördermittel des Bundesministeriums in Anspruch nehmen möchte.

- Wenn jeder, der diese Anträge stellt, unter Generalverdacht gestellt wird und sich deswegen rechtfertigen muss, dann kann man das zu Recht so sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will zum Ende kommen und ganz deutlich machen: Wer Demokratie verteidigen will, der muss Demokraten unterstützen. Wer Demokratie verteidigen will, muss Antidemokraten entschieden entgegenreten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

(Ministerin Kristin Alheit)

Wer das will, darf nicht - das ist ganz wichtig - unsere demokratische Kultur durch eine Kultur der Verdächtigung beschädigen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das ist die Auffassung der Landesregierung, die wir im Land und auf Bundesebene vertreten werden. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Deshalb werden wir jetzt über den Antrag in der Drucksache 18/373 (neu) in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer diese Drucksache ablehnt, den bitte ich nun um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP. - Enthaltungen gibt es demnach nicht, damit ist der Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung für den heutigen Tag, wünsche Ihnen einen guten Abend und sehe Sie morgen früh - hoffentlich gesund - um 10 Uhr im Plenarsaal wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:22 Uhr